



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

**Sicherheits- und verteidigungspolitisches
Meinungsklima in der
Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung
2015

Heiko Biehl
Chariklia Höfig
Markus Steinbrecher
Meike Wanner

Forschungsbericht

Dezember 2015

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, Potsdam 14471

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

Internet: www.zmsbw.de

© ZMSBw

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches
Meinungsklima in der
Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung
2015

Heiko Biehl
Chariklia Höfig
Markus Steinbrecher
Meike Wanner

Forschungsbericht

Potsdam, Dezember 2015

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort.....	5
	<i>Hans-Hubertus Mack</i>	
1	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick	7
	<i>Heiko Biehl, Chariklia Höfig, Markus Steinbrecher, Meike Wanner</i>	
2	Methodisches Design der Studie	11
	<i>Chariklia Höfig</i>	
3	Subjektive Sicherheit.....	15
	<i>Chariklia Höfig</i>	
4	Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr	29
	<i>Heiko Biehl</i>	
5	Bewertung des Kontakts von Bundeswehr und Gesellschaft	41
	<i>Markus Steinbrecher</i>	
6	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	47
	<i>Markus Steinbrecher</i>	
7	Bekanntheit und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“	56
	<i>Markus Steinbrecher</i>	
8	Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands	63
	<i>Markus Steinbrecher</i>	
9	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr	71
	<i>Meike Wanner</i>	
10	Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr.....	77
	<i>Meike Wanner</i>	
11	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.....	80
	<i>Meike Wanner</i>	
	Literaturverzeichnis	89

Vorwort

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat im Herbst 2015 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchgeführt. Diese Studie wird seit 1996 regelmäßig realisiert und stellt damit die längste und aktuellste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar.

Der vorliegende Ergebnisbericht präsentiert Befunde und Analysen der diesjährigen Befragung und zeigt den Verlauf der sicherheitspolitischen Einstellungen über die letzten Jahre hinweg auf. Er dient sowohl der Dokumentation der erhobenen Daten als auch der Untersuchung bivariater, teilweise auch multivariater Zusammenhänge. Er richtet sich an all diejenigen aus Politik, Wissenschaft, Bundeswehr, Medien und Öffentlichkeit, die sich für das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr, zur Sicherheitspolitik und zu den Auslandseinsätzen interessieren. Diejenigen, die stärker an einer auf die akademische Diskussion ausgerichteten Aufbereitung der Daten und weiterführenden Analysen interessiert sind, seien auf den jüngst bei Springer VS erschienenen Sammelband „Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Befunde, Methoden“ (Biehl/Schoen 2015) verwiesen.

Zentrale Themenstellungen der Befragung waren das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und die Resonanz des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“ empirisch erfasst (vgl. Abschnitt 3 für ausführlichere Informationen).

Das Studienkonzept und die Ausschreibungsunterlagen wurden am ZMSBw erarbeitet. Der Fragebogen wurde in einer ersten Fassung am ZMSBw erstellt. Er umfasste 60 Fragen sowie zusätzliche Angaben zur Soziodemografie der Befragten. Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) wurden Fragen zum Ansehen der Streitkräfte (F15-F22), zum Tag der Bundeswehr und zur Attraktivitätsoffensive (F25-F42) in die Befragung aufgenommen. Im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung entfielen Fragen zum Ukraine Konflikt, zur Bewertung und zu den Auswirkungen des Afghanistaneinsatz-

zes sowie zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Drohnen. Um in Zukunft für derartige Fragestellungen möglichst aktuelle empirische Erkenntnisse bereitstellen zu können, soll das Instrumentarium der Bevölkerungsbefragung ab 2016 ausdifferenziert werden. In einer Basisbefragung werden grundlegende sicherheitspolitische Haltungen und Einstellungen zu den Streitkräften erfasst und die nachstehend dokumentierten Trends fortgeschrieben. Hinzu sollen kurzfristig geplante, anlassbezogene Erhebungen treten, die inhaltlich konzise gehalten sind. So stehen schnell Daten zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen bereit.

Die Daten der vorliegenden Befragung wurden im Zeitraum vom 8. September bis 30. Oktober 2015 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid erhoben. Befragt wurden 2 653 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben (vgl. Abschnitt 3 für weitere Angaben zum methodischen Design). Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Emnid erhielt das ZMSBw am 4. November 2015 den vorläufigen Datensatz. Mit diesem Datensatz wurde ein erster Ergebnisbericht erstellt, der dem BMVg am 6. November vorgelegt wurde. In ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Verteidigungshaushalt 2016 am 26. November ist die Bundesministerin der Verteidigung auf Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage des ZMSBw eingegangen. Eine Kurzfassung dieses Berichts wurde bereits am 27. November auf der Webseite des ZMSBw (<http://www.zmsbw.de>) veröffentlicht.

Grundlage des folgenden Berichts ist eine um die offenen Fragen ergänzte und geprüfte Version des Datensatzes. Neben der deskriptiven Darstellung der Ergebnisse sind an einigen Stellen tiefergehende bivariate und multivariate Analysen enthalten, um auffällige Ergebnisse oder Entwicklungen detailliert zu beleuchten. Das ZMSBw wird sich in weiteren Analysen und Publikationen detaillierter mit Fragestellungen und Problemen beschäftigen, die in diesem Bericht nur angerissen werden können.

Dr. Hans-Hubertus Mack
Oberst und Kommandeur des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

1 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

Heiko Biehl, Chariklia Höfig, Markus Steinbrecher, Meike Wanner

1. **Subjektive Sicherheit** → Abschnitt 3

- Die weltweite Sicherheitslage sehen vier von zehn Befragten als eher (23 Prozent) bzw. sehr unsicher (17 Prozent) an, während deutlich weniger die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als eher (14 Prozent) bzw. sehr (3 Prozent) unsicher ansehen. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Sicherheitslage in Deutschland deutlich schlechter bewertet.
- Bezüglich der persönlichen Situation überwiegt in der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit. Nur wenige fühlen sich eher (14 Prozent) oder sehr (3 Prozent) unsicher. Im Vergleich zum Vorjahr ist das persönliche Sicherheitsgefühl allerdings deutlich gesunken.
- Konkrete Bedrohungen werden sehr differenziert wahrgenommen, wobei Aspekte, die mit der aktuellen Flüchtlingskrise zusammenhängen (Fundamentalismus, Zuwanderung, Fremdenfeindlichkeit), dominieren. Ökologische und sozioökonomische Faktoren sind in der Wahrnehmung der Befragten im Vergleich zum Vorjahr weniger präsent. Militärische bzw. kriminelle Gefahren werden dagegen im Vergleich zum Vorjahr häufiger als bedrohlich empfunden.

2. **Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr** → Abschnitt 4

- Wie in den Vorjahren stehen die meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr positiv gegenüber. Mehr als drei Viertel der Befragten weisen eine positive Einstellung auf.
- Die Bundeswehr sowie die Soldatinnen und Soldaten genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen.
- Die Leistungen der Bundeswehr im In- und Ausland werden von der Mehrzahl der Befragten positiv bewertet.

3. Bewertung des Kontakts von Bundeswehr und Gesellschaft → Abschnitt 5

- Etwa 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass die Bundeswehr genug tut, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.
- Als besonders geeignetes Mittel der Informationsarbeit der Bundeswehr sehen die Befragten Tage der offenen Tür, öffentliche Diskussionsveranstaltungen und Beiträge auf verschiedenen Internetplattformen an.
- 51 Prozent der Befragten begrüßen es, Soldatinnen und Soldaten auch außerhalb des Dienstes in Uniform in der Öffentlichkeit zu sehen.

4. Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr → Abschnitt 6

- Die Bundeswehr wird von mehr als 60 Prozent der Befragten als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen angesehen.
- Generell haben etwa 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bemerkt, dass die Bundeswehr sich bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden. Von der Attraktivitätsagenda haben bisher viele weder etwas gehört noch gelesen.
- Die Attraktivitätsagenda „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“ ist nur etwas mehr als einem Viertel der Befragten bekannt.

5. Bekanntheit und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“ → Abschnitt 7

- Die Bekanntheit des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“ hat 2015 abermals deutlich zugenommen. Erstmals kennt ihn mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger.
- Im Wesentlichen ist den Befragten der Claim aus den Massenmedien bekannt. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich aber, dass im Freundes- und Familienkreis deutlich mehr über „Wir. Dienen. Deutschland.“ gesprochen wird.
- Über 70 Prozent der Befragten bewerten den Claim allgemein positiv und verbinden zahlreiche positive Eigenschaften mit ihm.

6. Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands → Abschnitt 8

- Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Krisen, Problemen und Konflikten mithelfen sollte. Damit setzt sich der bereits 2014 zu verzeichnende Anstieg der Zustimmung zu einer aktiven Außenpolitik fort.
- Wichtigste Motive für eine aktive Außenpolitik sind aus Sicht der Befragten die moralische Verpflichtung Deutschlands, die Gewährung gegenseitiger Hilfe, falls Deutschland einmal Unterstützung benötigen sollte, und die Gewährleistung der nationalen Sicherheit Deutschlands.
- Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach den einzusetzenden Mitteln, zeigt sich insgesamt eher eine Präferenz für nicht-militärische Mittel wie Entwicklungshilfe und diplomatische Verhandlungen.

7. Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr → Abschnitt 9

- 2015 spricht sich eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (51 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus, 31 Prozent sind dafür, dass sie gleich bleiben sollten, und 13 Prozent sprechen sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben aus.
- Für den Personalumfang der Bundeswehr zeigt sich ein sehr ähnliches Bild: Erhöhung: 45 Prozent, keine Veränderung: 36 Prozent, Verringerung: 14 Prozent.
- Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für beide Bereiche deutliche Zuwächse. Die Anteile der Befürworter erhöhter Verteidigungsausgaben bzw. einer personellen Vergrößerung der Bundeswehr sind 2015 um 19 bzw. 16 Prozentpunkte angestiegen.

8. Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr → Abschnitt 10

- Die Bundeswehr sollte nach der Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden.
- Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeichnen.

- Im Jahr 2015 werden erstmals alle erfragten Aufgabenbereiche von der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet, selbst solche, die zuvor eher kritisch gesehen wurden, da sie den Einsatz militärischer Gewalt erfordern („in Konfliktregionen gegnerische Kräfte bekämpfen“).

9. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr → Abschnitt 11

- Die Bevölkerungsmehrheit hat von allen im Rahmen der Studie abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr zumindest schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen zumindest einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes über die Einsätze.
- 2015 sind der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer und die ISAF-Folgemission Resolute Support die bekanntesten Auslandseinsätze der Bundeswehr. 41 bzw. 39 Prozent der Bundesbürger geben an, dass sie alle oder einige Fakten rund um diese Einsätze kennen.
- Als einzige Mission wird der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet (56 Prozent). Die übrigen Einsätze werden jeweils von vier bzw. drei von zehn Bürgerinnen und Bürgern befürwortet (Zustimmungswerte zwischen 41 und 32 Prozent).
- Vier von zehn Bundesbürgern geben an, dass sie sich gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, 30 Prozent sagen teils/teils, und 27 Prozent bezeichnen den eigenen Informationsstand als schlecht. Weitere Informationen zu den Auslandseinsätzen wünscht sich rund ein Drittel der Befragten (35 Prozent).

2 Methodisches Design der Studie

Chariklia Höfig

In der vom ZMSBw (früher vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, SOWI) jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderungen der gemessenen Einstellungen zu treffen.¹ In Abbildung 2.1 sind die Themenbereiche bzw. Items der diesjährigen Befragung aufgelistet.

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.² Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 2.1). Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points (das Gebiet Deutschlands wurde in etwa 53 000 Flächen unterteilt) abgegrenzt, daraus an-

¹ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatdatenebene (ähnlich eines Trenddesigns).

² Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

schließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip³ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁴ ausgewählt.

Tabelle 2.1: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merkmals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Anmerkung: Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2 500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit im Bereich von 23 (25 – 2) bis 27 Prozent (25 + 2).

Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen: $P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$

³ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁴ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Abbildung 2.1: Themen der Studie

Subjektive Sicherheit <ul style="list-style-type: none">• Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items)• Sozioökonomische, ökologische und militärische Bedrohungsdimensionen (14 Items)
Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (3 Items, davon 1 Item offen)• Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items)• Institutionenvertrauen (17 Items)• Verhältnis Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items)
Bewertung von Öffentlichkeitsmaßnahmen der Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• „Tag der Bundeswehr.“ (2-4 Items)• Bewertung Kontakt Bundeswehr und Gesellschaft sowie Informationsarbeit (13 Items)• Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr (8 Items)
Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items)• Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr (3-4 Items)
Bekanntheit und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“ <ul style="list-style-type: none">• Bekanntheit des Claims (1-11 Items)• Bewertung des Claims (7 Items)
Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands <ul style="list-style-type: none">• Internationale Verantwortung Deutschlands (8 Items)• Außen- und sicherheitspolitische Mittel (8 Items)• Außen- und sicherheitspolitische Kooperationen (9 Items)
Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• Ausgaben (1 Item)• Personalumfang (1 Item)
Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• Aufgabenbereiche (12 Items)
Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• Bekanntheit (8 Items)• Unterstützung (8 Items)• Informationsarbeit (2 Items)
Mediennutzung, mediale Präsenz und Wirkung der Bundeswehr <ul style="list-style-type: none">• Wahrnehmung der Bundeswehr und Bewertung (7-14 Items)• Mediennutzung (4 Items)• Medienberichterstattung zur Bundeswehr und Bewertung (4 Items)• Politisch relevante Themen (17 Items, davon 1 Item als offene Einstiegsfrage)
Eigenschaften der Befragten <ul style="list-style-type: none">• Soziodemografische Merkmale (10 Items)• Parteipolitische Orientierung (2 Items)• Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5-6 Items)• Verteidigungspolitisches Interesse und Wichtigkeit (2 Items)• Interne Efficacy (4 Items)

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Dieser wurde auf Weisung BMVg an zahlreichen Stellen geändert (vgl. Abschnitt 1). Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid durchgeführt.⁵ Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa 8 Wochen (8. September bis 30. Oktober 2015) 2 653 Nettointerviews durch erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die Befragung selbst dauerte im Mittel etwa 48 Minuten, wobei das kürzeste Interview nach knapp 34 Minuten und das längste nach 75 Minuten abgeschlossen wurde. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße in einem iterativen Verfahren gewichtet (vgl. Tabelle 2.2), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Tabelle 2.2: Grundgesamtheit und Stichprobe

	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
Geschlecht			
Männer	49	49	48
Frauen	51	51	52
Alter			
16 bis 20 Jahre	5	5	4
20 bis 29 Jahre	14	14	15
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	18	18	20
50 bis 59 Jahre	18	18	19
60 bis 69 Jahre	16	16	14
70 Jahre und älter	16	16	16
Bildungsabschluss			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	30	30	30
Realschulabschluss	31	31	32
Hauptschulabschluss oder niedriger	40	40	38
Region			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	20	20	20
Süddeutschland (BW, BY)	28	28	29
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2015; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

⁵ Die Autorinnen und Autoren des Forschungsberichts standen während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu TNS Emnid.

3 Subjektive Sicherheit

Chariklia Höfig

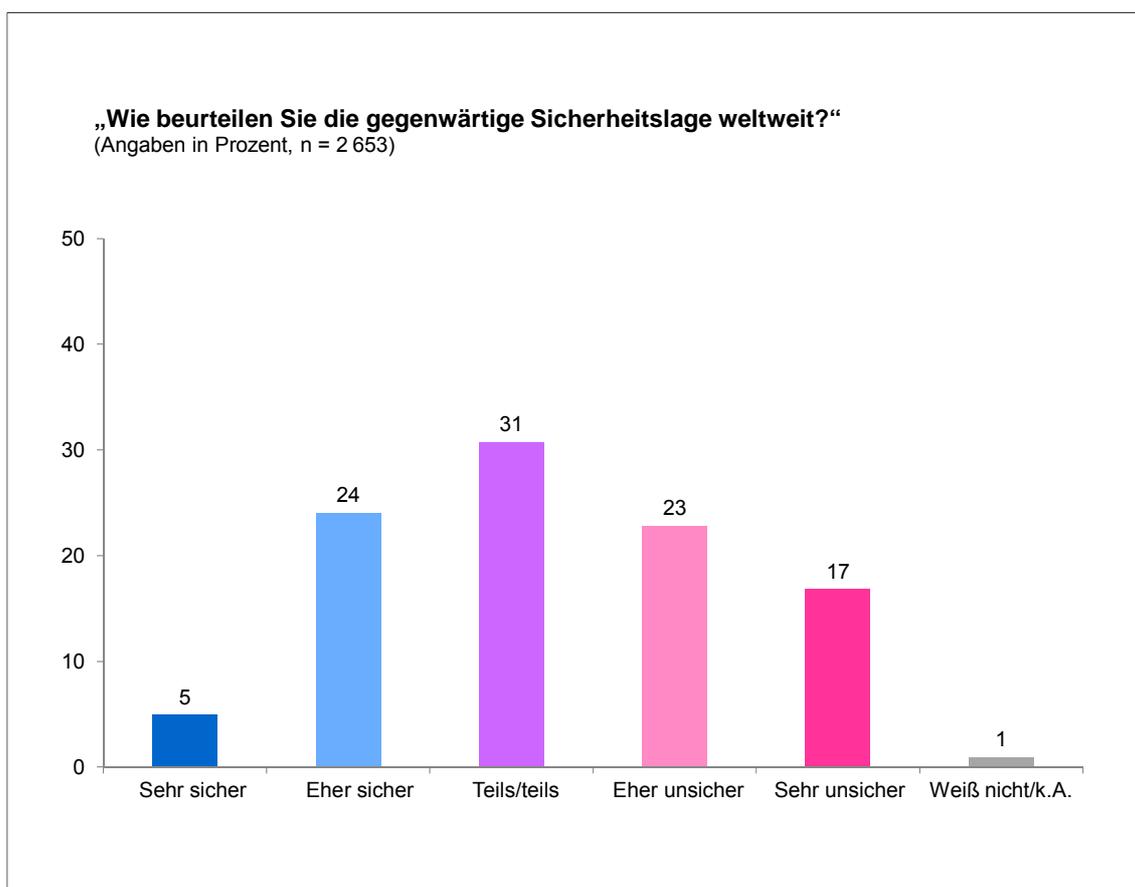
Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen (Maslow 1943). Nicht zuletzt deshalb sind die Sicherheit und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger als zentrale Wertebegriffe in unserer Gesellschaft und als Kernaufgabe der Bundeswehr fest verankert. Im sicherheitspolitischen Diskurs wird der Begriff der Sicherheit sehr unterschiedlich verwendet und vielfach diskutiert. Der Wortherkunft nach beschreibt Sicherheit (lat. „securus“ bzw. „securitas“) einen Zustand „ohne Sorge“ bzw. der „Sorglosigkeit“ (Brunner 1984). Diese Negativbestimmung des Terminus, also das Fehlen von Sorgen oder Bedrohungen, findet sich ebenfalls in zahlreichen Arbeiten zum Sicherheitsbegriff wieder. Im Wörterbuch zur Sicherheitspolitik wird Sicherheit beispielsweise definiert als ein „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen [...]“ (Meier/Nelte/Huhn 2008: 410). Deutlich wird an dieser Stelle der dem Sicherheitsbegriff zugeschriebene konstruierte Charakter, wonach (Un-)Sicherheit individuell empfunden und keine, aus der realen Sicherheitslage resultierende, objektive Tatsache ist. Diese Auffassung findet sich ebenso in zahlreichen neueren Sicherheitsdiskursen wieder, wobei immer wieder über die Unterscheidung von objektiver bzw. objektiver und subjektiver Sicherheit sowie über die Legitimität des Einflusses Letzterer auf realpolitische Entscheidungen diskutiert wird (z.B. Armbrorst 2014; Daase 2012; Gusy 2010; Haverkamp 2014; Noll 1994). Empirische Arbeiten betonen zudem die Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit (Statistiken) und subjektiv wahrgenommener Sicherheit in der Bevölkerung (bspw. Gigerenzer 2013; Windzio et al. 2007: 19f.).⁶ Da es in der vorliegenden Studie um das sicherheitspolitische Meinungsklima in der deutschen Bevölkerung geht, wurde in der Befragung Letzteres gemessen.

Das Empfinden der Sicherheit ist überaus komplex und wird, neben der realen sicherheitspolitischen Lage (faktische Gefahren), durch eine Vielzahl von anderen Einflussfaktoren, wie bspw. individuelle und soziale Merkmale und Prädispositionen, persönliche Erfahrungen, politische Vorgaben und nicht zuletzt maßgeblich durch die Berichterstattung in den Massenmedien – Stichwort Verfügbarkeitsheuristik (bspw. Arson/Wilson/Akert 2008: 72) – determiniert (Daase 2010; Hummelsheim/Oberwittler

⁶ Windzio und Kollegen (2007) finden bspw. erhebliche Unterschiede zwischen der polizeilichen Kriminalitätsstatistik und der Kriminalitätswahrnehmung in der Bevölkerung.

2014; Krasmann et al. 2014). (Subjektive) Sicherheit ist demnach immer sozial konstruiert und zudem äußerst vielschichtig. Letzteres bezieht sich vor allem auf die verschiedenen Dimensionen des Sicherheitsbegriffs, die im Zuge der veränderten weltpolitischen Lage und dem damit entstandenen Konzept der Vernetzten Sicherheit zu einer „Erweiterung“ des Sicherheitsbegriffs geführt haben. Neben klassisch militärischen Aspekten wurden daher auch sozioökonomische und ökologische Bedrohungen in die vorliegende Untersuchung einbezogen.

Abbildung 3.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Analog zum sozialpsychologischen Verständnis von Einstellung (bspw. Arson/Wilson/Akert 2008: 194-199) wird angenommen, dass die subjektive Einschätzung von Sicherheit eine affektive, eine kognitive und eine Verhaltenskomponente besitzt (Hummelsheim/Oberwittler 2014: 56). Davon ausgehend, dass Bedrohungswahrnehmungen der affektiven und Risikowahrnehmungen der kognitiven Dimension von Sicherheit zugeschrieben werden können, fokussiert sich die folgende Analyse auf die gefühlsmäßige Komponente von Sicherheit (Krasmann et al. 2014: 32). Hierbei wird die Wahrnehmung verschiedener Dimensionen von Bedrohungen auf der persönlichen Ebe-

ne betrachtet sowie deren Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung insgesamt sowohl auf der persönlichen, der gesellschaftlichen bzw. nationalstaatlichen und globalen Referenzebene untersucht.

Tabelle 3.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage

„Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage weltweit?“ (Angaben in Prozent)				
	Sicher ¹	Teils/teils	Unsicher ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	29	31	40	(1)
Geschlecht ^{n.s.}				
Männer	29	32	40	(0)
Frauen	29	30	40	(1)
Alter ^{n.s.}				
16 bis 29 Jahre	28	30	41	(1)
30 bis 49 Jahre	30	34	36	(1)
50 bis 69 Jahre	29	29	41	(1)
70 Jahre und älter	29	31	40	(1)
Bildungsniveau ^{n.s.}				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	29	31	39	(1)
Realschulabschluss	29	31	39	(1)
Hauptschulabschluss	29	31	39	(1)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}				
4.001 Euro und mehr	(27)	(27)	(44)	(1)
2.001 bis 4.000 Euro	30	32	38	(1)
Bis 2.000 Euro	26	31	42	(1)
Wahlabsicht Bundestagswahl **				
CDU/CSU	27	30	42	(1)
SPD	33	32	34	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	25	29	46	(2)
Die Linke	(29)	(35)	(34)	(2)
FDP	(20)	(34)	(45)	(1)
AfD	(22)	(23)	(55)	(0)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	30	31	38	(1)
Region **				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	30	34	35	(1)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	30	29	41	(1)
Süddeutschland (BW, BY)	28	26	46	(0)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	29	31	40	(1)

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Sehr sicher“ und „Eher sicher“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

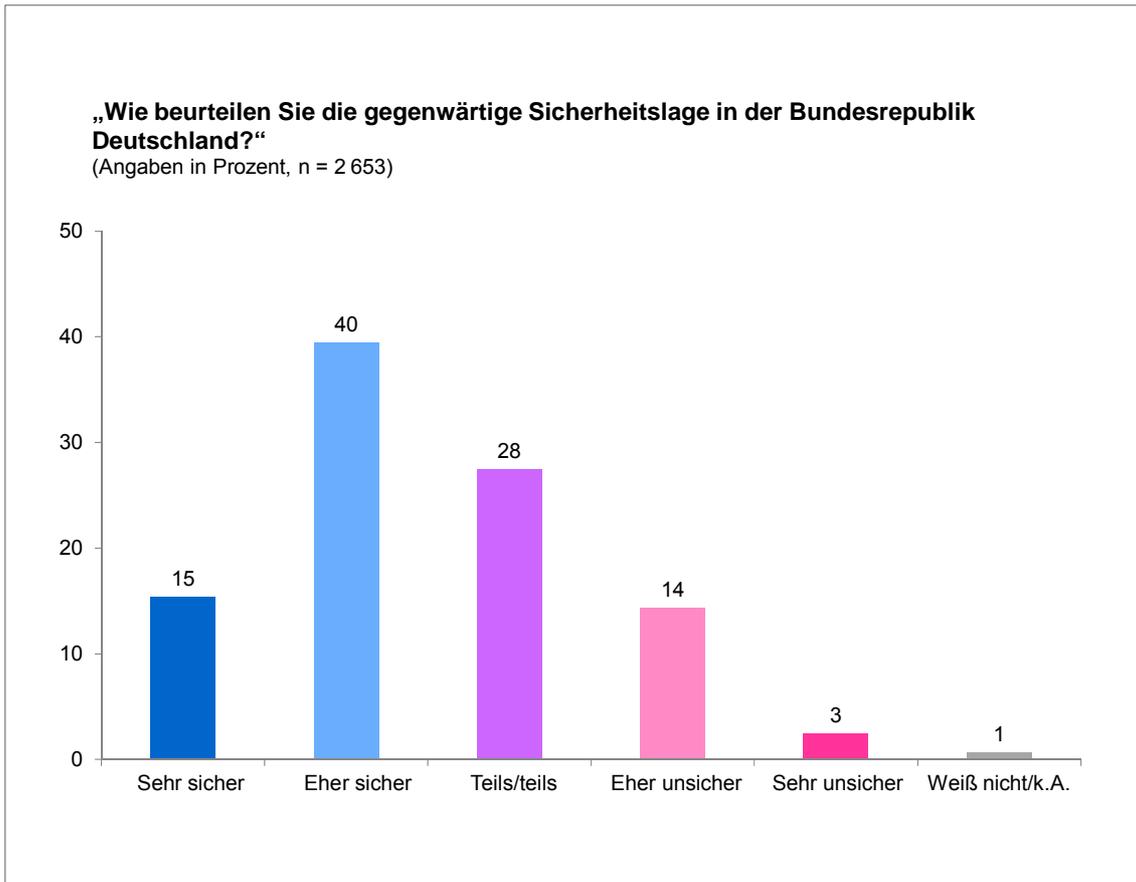
Aufgrund des multidimensionalen Charakters des Sicherheitsbegriffs ist es umso schwerer, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung theoretisch sowie empirisch greifbar zu machen. Bereits die theoretische Begriffsbestimmung determiniert, „welche Gefahren wahrgenommen werden, welche Themen Priorität erhalten und welche Strategien als angemessen angesehen werden“ (Krasmann et al. 2014: 137). Ebenso wird durch die Operationalisierung von Sicherheit, also der Zuordnung von beobachtbaren Indikatoren zu dem theoretischen Konstrukt Sicherheit, sowie ferner durch den Messvorgang selbst, maßgeblich bestimmt bzw. begrenzt, welche Facetten der Sicherheit überhaupt erfasst werden können (Biemer 2010; Krasmann et al. 2014). Die im Folgenden präsentierten empirischen Ergebnisse geben insofern einen Ausschnitt des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung wieder.

Die globale Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlich eingeschätzt (vgl. Abbildung 3.1). Während drei von zehn Befragten die Lage als sehr sicher (5 Prozent) oder eher sicher (24 Prozent) bewerten, meinen 40 Prozent, die Lage sei eher unsicher (23 Prozent) oder sehr unsicher (17 Prozent). 31 Prozent der Befragten sind geteilter Meinung. Insgesamt ist die Wahrnehmung in der Bevölkerung bezüglich der weltweiten Sicherheitslage relativ homogen (vgl. Tabelle 3.1). So gibt es keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen, auch zwischen verschiedenen Altersgruppen und Bildungs- und Einkommensschichten finden sich keine signifikanten Unterschiede. Einzig bezüglich der Wahlabsicht, operationalisiert über die „Sonntagsfrage“, und des Wohnortes der Befragten finden sich kleinere Differenzen: So schätzen Anhänger der CDU/CSU, der Grünen, der FDP und der AfD die weltweite Lage etwas unsicherer ein als die übrige Bevölkerung.⁷ Befragte, die in Norddeutschland leben, bewerten die globale Sicherheitslage hingegen etwas sicherer.

Im Vergleich zur weltweiten Lage wird die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bürgerinnen und Bürger sicherer eingeschätzt (vgl. Abbildung 3.2). Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (40 Prozent) oder sehr sicher (15 Prozent). Im Kontrast dazu meinen etwa zwei von zehn Befragten, die Lage sei eher unsicher (14 Prozent) bzw. sehr unsicher (3 Prozent). 28 Prozent der Befragten schätzen die Lage im eigenen Land als teils sicher/teils unsicher ein.

⁷ Insgesamt ist die Gruppe der FDP- und AfD-Wähler, wie in der Tabelle ausgewiesen, sehr klein.

Abbildung 3.2: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Bezüglich der nationalen Lage zeigen sich deutlich stärkere Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung (vgl. Tabelle 3.2), als bei der globalen Sicherheitsperzeption. So schätzen Frauen die Lage in der Bundesrepublik Deutschland unsicherer ein als Männer. Zudem nimmt das Unsicherheitsgefühl mit steigendem Alter zu, aber mit steigendem Bildungs- und Einkommensniveau ab. Unter den Wählern der AfD gibt es vergleichsweise viele Befragte, die die nationale Lage als unsicher wahrnehmen. Anhänger der Linken hingegen schätzen die Sicherheitslage deutlich sicherer ein als Personen mit Wahlabsicht für eine der anderen Parteien. Gleiches gilt, wie schon bei der globalen Sicherheitslage, für die Norddeutschen.

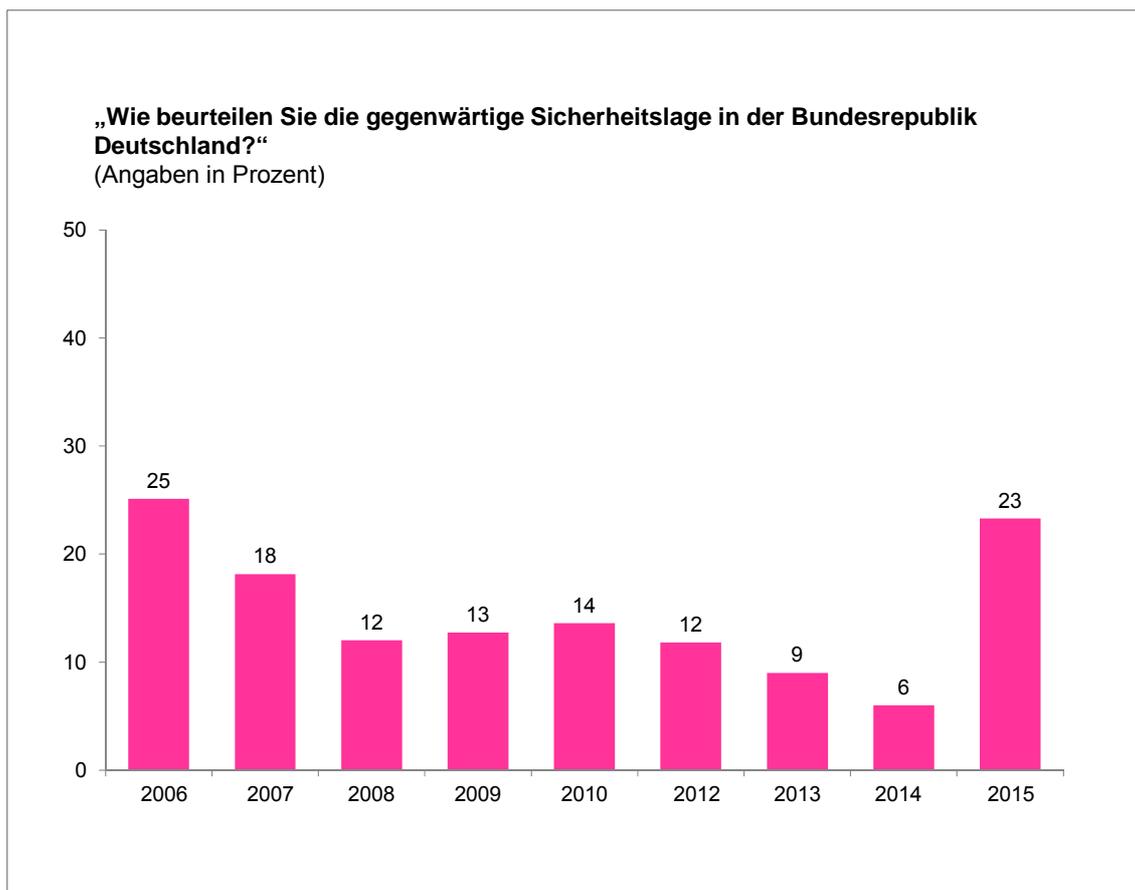
Tabelle 3.2: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage

„Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland?“ (Angaben in Prozent)				
	Sicher ¹	Teils/teils	Unsicher ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	55	28	17	(1)
Geschlecht *				
Männer	56	29	15	(1)
Frauen	54	26	19	(1)
Alter *				
16 bis 29 Jahre	56	27	16	(1)
30 bis 49 Jahre	59	27	14	(1)
50 bis 69 Jahre	53	28	18	(1)
70 Jahre und älter	51	28	21	(0)
Bildungsniveau *				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	59	27	14	(0)
Realschulabschluss	56	26	17	(1)
Hauptschulabschluss	52	30	18	(1)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***				
4.001 Euro und mehr	(58)	(29)	(13)	(0)
2.001 bis 4.000 Euro	60	26	14	(1)
Bis 2.000 Euro	50	29	20	(1)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	54	28	18	(1)
SPD	60	25	15	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	59	24	(17)	(0)
Die Linke	51	38	(11)	(0)
FDP	(48)	(32)	(20)	(0)
AfD	(35)	(26)	(39)	(0)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	54	27	18	(2)
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	59	27	13	(1)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	50	35	15	(0)
Süddeutschland (BW, BY)	55	25	20	(1)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	56	25	17	(1)

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Sehr sicher“ und „Eher sicher“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Abbildung 3.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich



Anmerkungen: Anteile 2006–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2015.

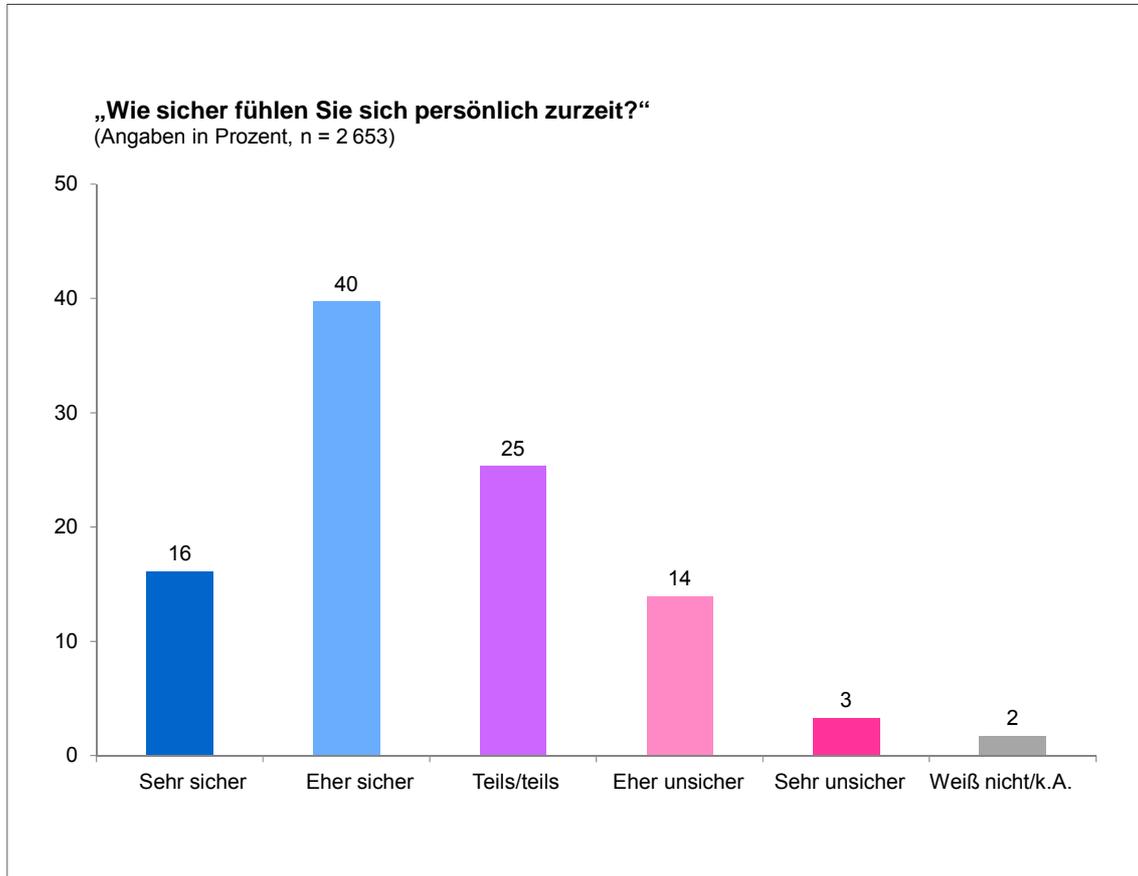
Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden in Bezug auf die gegenwärtige Sicherheitslage in Deutschland im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verändert hat (vgl. Abbildung 3.3).⁸ Während das subjektive Unsicherheitsempfinden unter den Befragten in den letzten Jahren stetig sank, steigt es 2015 wieder deutlich an auf das höchste Niveau seit 2006.

Insgesamt überwiegt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 3.4). Etwa sechs von zehn Befragten fühlen sich persönlich sehr (16 Prozent) oder eher sicher (40 Prozent). Ein Viertel der Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsempfinden, und nur wenige fühlen sich persönlich eher (14 Prozent) oder sehr unsicher (3 Prozent). Bezüglich der Perzeption der persönlichen

⁸ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (ab 2014 neu: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für die Jahre 2014 und 2015 herausgerechnet. Damit gehen noch 2 080 (2014) bzw. 1 924 Befragte (2015) in die Analysen ein.

Sicherheit finden sich ähnliche soziostrukturelle Unterschiede zwischen den Befragten (vgl. Tabelle 3.3) wie bei der Einschätzung der nationalen Lage.

Abbildung 3.4: Beurteilung der persönlichen Sicherheit



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Auch auf der persönlichen Referenzebene fühlen sich signifikant mehr Frauen als Männer unsicher. Mit steigendem Alter sowie abnehmendem Einkommen und Bildungsniveau nimmt die Unsicherheitswahrnehmung zu, wobei die Bildungsunterschiede nicht signifikant sind. Wie beim nationalen Sicherheitsempfinden fühlen sich AfD-Wähler signifikant unsicherer als der Durchschnitt, während Befragte, die Die Linke wählen würden, sich vergleichsweise deutlich weniger unsicher fühlen. Während unter den Befragten aus Norddeutschland die globale und nationale Sicherheitslage signifikant seltener als unsicher eingeschätzt wurde, so sind es bezüglich der persönlichen Sicherheit die Ostdeutschen, die sich im Meinungsbild von der übrigen Bevölkerung unterscheiden: Zwar gibt es in den neuen Bundesländern vergleichsweise weniger Befragte, die sich unsicher fühlen, zugleich aber auch weniger Befragte, die angeben, sich sicher zu fühlen. Dementsprechend ist der Anteil der Befragten größer, die ein ambivalentes Sicherheitsempfinden aufweisen.

Tabelle 3.3: Beurteilung der persönlichen Sicherheit

„Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“ (Angaben in Prozent)				
	Sicher ¹	Teils/teils	Unsicher ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	56	25	17	(2)
Geschlecht**				
Männer	58	26	14	(2)
Frauen	54	24	20	(2)
Alter^{n.s.}				
16 bis 29 Jahre	57	24	17	(2)
30 bis 49 Jahre	58	26	15	(1)
50 bis 69 Jahre	55	26	18	(2)
70 Jahre und älter	52	25	21	(2)
Bildungsniveau^{n.s.}				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	60	24	15	(1)
Realschulabschluss	57	26	16	(2)
Hauptschulabschluss	54	26	18	(2)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***				
4.001 Euro und mehr	63	(19)	(18)	(0)
2.001 bis 4.000 Euro	60	25	14	(2)
Bis 2.000 Euro	52	26	21	(2)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	53	27	18	(2)
SPD	61	23	14	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	62	(20)	(18)	(1)
Die Linke	64	(25)	(8)	(3)
FDP	56	(25)	(18)	(1)
AfD	(33)	(33)	(35)	(0)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	53	26	20	(1)
Region **				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	57	24	17	(2)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	53	30	16	(2)
Süddeutschland (BW, BY)	57	24	19	(0)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	56	24	17	(3)

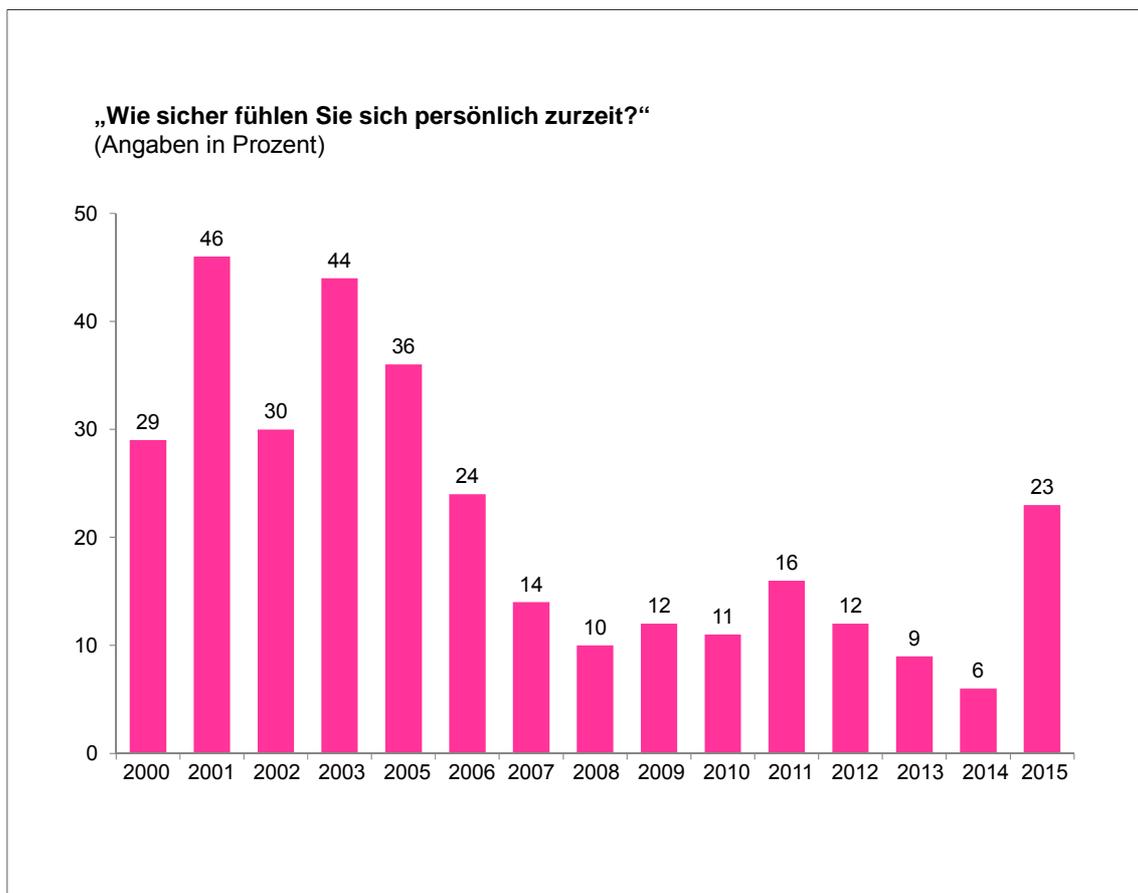
Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Sehr sicher“ und „Eher sicher“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Ebenso wie bei der Einschätzung der Sicherheitslage in Deutschland wird auch auf der persönlichen Ebene ein zunehmendes Unsicherheitsempfinden sichtbar (vgl. Abbildung 3.5). Während sich vor 15 Jahren etwa drei von zehn Befragten persönlich unsicher fühlten, und infolge von 9/11 und der damit verbundenen sicherheitspolitischen Gefahrenlage (Krieg in Afghanistan ab 2001, Irakkrieg 2003, Terroranschläge in Madrid 2004

und London 2005) zum Teil deutlich größere Unsicherheit bei den Befragten zu spüren war, nahm das Unsicherheitsempfinden seit Mitte des letzten Jahrzehnts parallel zur besseren wirtschaftlichen Lage wieder deutlich ab. Diesen Trend schreiben die aktuellen Daten nicht fort. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Befragten, die sich unsicher fühlen, um 17 Prozentpunkte gestiegen.⁹ Die derzeitigen Krisen bzw. Konflikte inner- und außerhalb Deutschlands schlagen sich im persönlichen Sicherheitsempfinden der Befragten derzeit deutlich nieder.

Abbildung 3.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheit im Zeitvergleich



Anmerkungen: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2015.

In der Bevölkerung herrscht ein differenziertes Bewusstsein über die verschiedenen Gefahren, die die eigene Sicherheit bedrohen können (Tabelle 3.4). Die aktuelle Flücht-

⁹ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für die Jahre 2014 und 2015 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2 160 (2014) bzw. 1 982 Befragte (2015) ein.

lingskrise macht sich deutlich in den berichteten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bemerkbar. Mehr als vier von zehn Befragten fühlen sich persönlich durch religiösen Fundamentalismus (44 Prozent) und die Zuwanderung (43 Prozent) nach Deutschland bedroht. Zudem sorgt sich ein Teil der Befragten über Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (39 Prozent). Ängste hinsichtlich sozioökonomischer Aspekte wie steigender Preise (39 Prozent), einer unzureichenden finanziellen Absicherung im Alter (39 Prozent) und auch – in etwas geringerem Ausmaß – Arbeitsplatzunsicherheit (26 Prozent) spielen ebenfalls eine große Rolle.

Tabelle 3.4: Wahrgenommene Bedrohungen in Deutschland

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent)				
	Bedroht ¹	Teils/teils	Nicht bedroht ²	Trifft nicht zu/ w.n./k.A.
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	44	27	28	1
Zuwanderung nach Deutschland	41	28	30	1
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	39	25	34	1
Steigende Preise	39	26	34	1
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	39	28	32	2
Terroranschläge in Deutschland	31	33	35	1
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	30	31	37	1
Kriminalität in meinem Umfeld	30	29	40	1
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	28	28	42	1
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	26	23	40	11
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	21	25	53	1
Krieg in Europa	21	28	51	1
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	17	25	57	1
Störfall in einem Atomkraftwerk	16	24	58	2

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Auch militärische bzw. sicherheitspolitische Gefahren, wie mögliche Terroranschläge in Deutschland (31 Prozent), Spannungen zwischen dem Westen und Russland (30 Prozent), Kriminalität im eigenen Umfeld (30 Prozent) und ein möglicher Krieg in Europa (21 Prozent), werden von einigen Befragten als bedrohlich wahrgenommen. Ökologische Aspekte wie der weltweite Klimawandel durch die globale Erwärmung (28 Prozent), mögliche große Naturkatastrophen (21 Prozent), die weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit bzw. Seuche (17 Prozent) sowie ein potenzieller Störfall in einem Atomkraftwerk (16 Prozent) machen vergleichsweise wenigen Bürgerinnen und Bürgern Sorgen.

Tabelle 3.5: Bedrohungsdimensionen in Deutschland

	Modell I			Modell II			
	Sicherheits-politisch	Ökologisch	Sozio-ökonomisch	Innere Sicherheit	Ökologisch	Sozio-ökonomisch	Militärisch/Sicherheits-politisch
Krieg in Europa	,39	,48					,78
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	,43	,37	,27	,31		,28	,51
Terroranschläge in Deutschland	,71	,29		,63			,42
Kriminalität in meinem Umfeld	,64	,27		,64	,23		
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	,80			,83			
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	,29	,48		,43	,65		
Zuwanderung nach Deutschland	,71		,27	,65		,27	,25
Störfall in einem Atomkraftwerk		,72			,71		,22
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung		,68	,33		,63	,33	,26
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen		,70	,28		,63	,29	,31
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	,31	,60		,20	,41		,54
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	,26		,73	,26		,73	
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden			,69			,69	
Steigende Preise			,73			,73	
Eigenwert	4,8	1,4	1,1	4,8	1,4	1,1	,8
Erklärte Varianz (in %)	33,9	10,2	7,9	33,9	10,2	7,9	6,2

Anmerkungen: Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation). Modell I (explorativ) / Modell II (konfirmatorisch): Signifikanz nach Bartlett $p = .000$; Anti-Image KMO = 0.886. In der Tabelle sind nur Faktorladungen $\geq ,20$ ausgewiesen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Die implizit bereits herausgestellten, theoretisch angenommenen Dimensionen der persönlichen Sicherheit – militärische bzw. sicherheitspolitische, ökologische und sozio-ökonomische Bedrohungen – werden empirisch in einer Faktorenanalyse¹⁰ nur zum Teil sichtbar (vgl. Tabelle 3.5). Im Modell I (explorativ) bilden sich drei Bedrohungsfaktoren heraus, die erste Dimension wird dabei zwar primär durch genuin sicherheitspolitische Aspekte bestimmt, auf den zweiten Faktor laden jedoch sowohl ökologische Bedrohungen als auch militärische bzw. sicherheitspolitische Items. Die dritte Dimension wird durch sozio-ökonomische Aspekte definiert, in den Nebenladungen finden sich je-

¹⁰ Multivariates, datenreduzierendes Verfahren zur Aufdeckung der dimensional Struktur (Hintergrundvariablen/latente Variablen) von Merkmalen, ausführlicher dazu bspw. Bortz (1999: 495-500, 747).

doch auch ökologische Items. Da bei der Konzeption des Fragebogens bzw. der Items theoretisch vier Bedrohungsdimensionen angenommen wurden, wurde im Modell II eine konfirmatorische Faktorenanalyse durchgeführt. Insgesamt zeigen sich die erwarteten Dimensionen, die Faktorenstruktur ist dennoch unscharf. Die Analysen deuten darauf hin, dass militärische bzw. sicherheitspolitische, ökologische und sozioökonomische Bedrohungen von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als unabhängige Aspekte wahrgenommen werden.

Für die weitere Analyse des Zusammenhangs zwischen Bedrohungs- und Sicherheitswahrnehmungen wurden daher keine Indizes gebildet, sondern bivariate Analysen mit den einzelnen Bedrohungsitems durchgeführt (vgl. Tabelle 3.6). Dabei zeigt sich, dass vor allem militärische bzw. sicherheitspolitische Aspekte mit der globalen, nationalen und persönlichen Sicherheitswahrnehmung der Befragten zusammenhängen. Die Perzeption der globalen Sicherheitslage hängt dabei vorrangig mit der Bedrohung durch mögliche Terroranschläge, religiösen Fundamentalismus und – in etwas geringerem Maße – mit der Gefahr von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, Spannungen zwischen dem Westen und Russland und einer unzureichenden finanziellen Absicherung im Alter zusammen. Die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland wird neben den eben angesprochenen Bedrohungsaspekten zusätzlich vor allem durch die Gefahr eines Krieges in Europa und der weltweiten Ausbreitung einer Krankheit oder Seuche bestimmt. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Hinblick auf das persönliche Sicherheitsempfinden. Hier spielen die Spannungen zwischen dem Westen und Russland sowie die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland jedoch eine etwas geringere Rolle.

Von den verschiedenen Dimensionen sind es vor allem die militärischen bzw. sicherheitspolitischen Bedrohungen, die das persönliche Sicherheitsempfinden der Befragten determinieren.¹¹ Sozioökonomische Gesichtspunkte beeinflussen in etwas geringerem Maße, wie sicher oder unsicher sich die Befragten fühlen. Konkret bedeutet das: Je höher die wahrgenommene Bedrohungslage bezüglich beider Dimensionen ist, desto geringer ist die subjektive Sicherheitsperzeption insgesamt auf der persönlichen, nationalen und globalen Ebene. Ökologische Gefahren scheinen dabei einen deutlich geringeren Einfluss zu haben.

Da militärische bzw. sicherheitspolitische Bedrohungen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger derzeit eine relativ große Rolle spielen und diese zudem entschei-

¹¹ Dies gilt natürlich nur, wenn man davon ausgeht, dass Bedrohungswahrnehmungen die Sicherheitsperzeption determinieren. Tabelle 4.6 zeigt jedoch nur bivariate Zusammenhänge, über einen Ursache-Wirkungszusammenhang kann demnach strengenommen empirisch keine Aussage getroffen werden. Auch soziodemografische Merkmale der Befragten können bivariat nicht kontrolliert werden.

dend das Sicherheitsgefühl determinieren, ist das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung derzeit im Vergleich zu den Vorjahren relativ hoch. Sollten militärische Bedrohungen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger künftig wichtiger werden, wird demnach auch das Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung weiter ansteigen.

Tabelle 3.6: Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden

Bedrohungswahrnehmung	Sicherheitsempfinden		
	global	national	persönlich
Krieg in Europa	-,12***	-,22***	-,21***
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	-,20***	-,22***	-,18***
Terroranschläge in Deutschland	-,32***	-,41***	-,39***
Kriminalität in meinem Umfeld	-,19***	-,31***	-,33***
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	-,34***	-,36***	-,36***
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	-,22***	-,22***	-,16***
Zuwanderung nach Deutschland	-,19***	-,26***	-,32***
Störfall in einem Atomkraftwerk	-,07***	-,13***	-,18***
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	-,04*	-,09***	-,04*
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	-,04*	-,14***	-,11***
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	-,08***	-,23***	-,21***
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	-,21***	-,22***	-,21***
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	-,13***	-,16***	-,18***
Steigende Preise	-,13***	-,13***	-,11***

Anmerkungen: Bivariate Analysen mit dem nicht-parametrischen Zusammenhangsmaß Spearmans Rho, da Variablen nicht normalverteilt (Kolmogorow-Smirnow-Test und optische Überprüfung der Histogramme) und strenggenommen ordinalskaliert sind. Bedrohungswahrnehmung (0 = gering, 1 = hoch), Sicherheitsempfinden (0 = gering, 1 = hoch). Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

4 Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

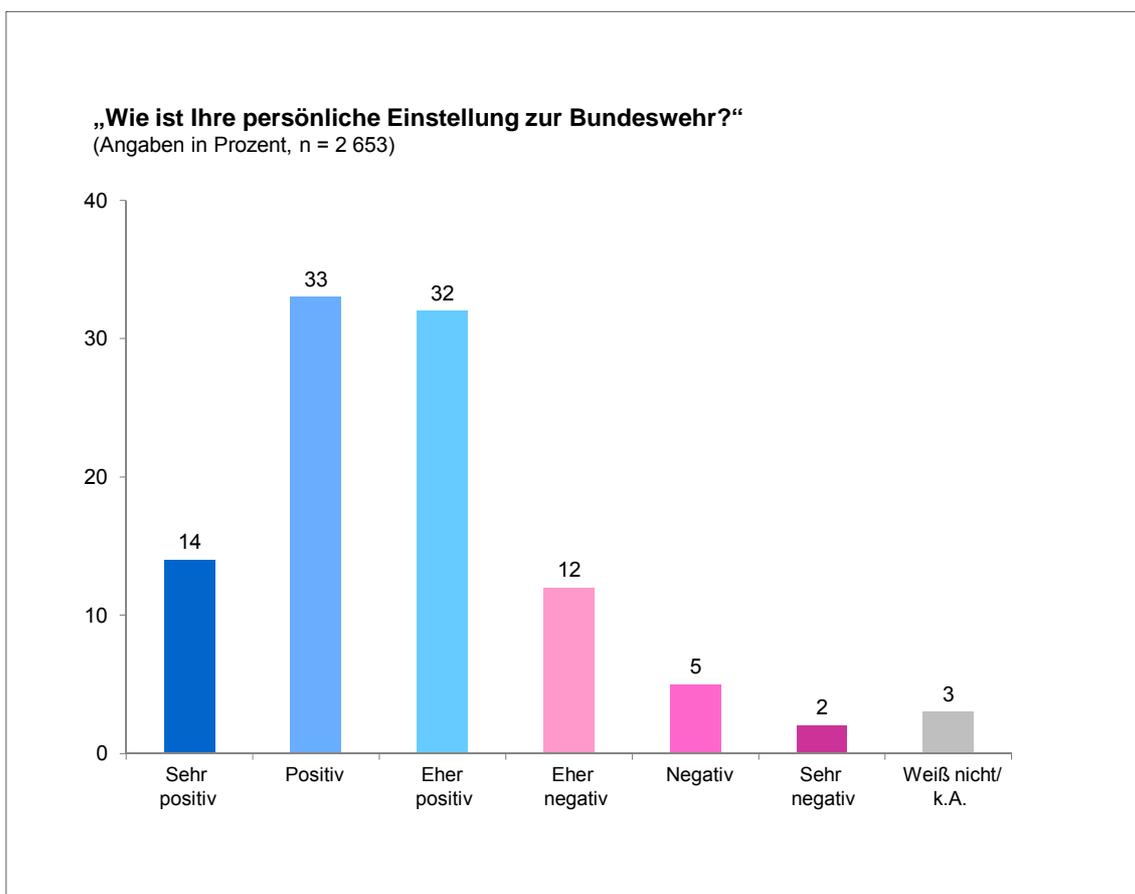
Heiko Biehl

Die Bundeswehr als Armee in der Demokratie ist der Integration in die Gesellschaft verpflichtet und strebt nach öffentlicher Anerkennung und Unterstützung. Entsprechend setzt die Zentrale Dienstvorschrift zur Inneren Führung (ZDv 10/1, Ziffer 401; mittlerweile überführt in die ZDv A 2006/1) das Ziel, „[...] die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzubeziehen [...]“. Mit diesem Anspruch wird die Bundeswehr dem Umstand gerecht, dass sie – wie alle anderen öffentlichen Institutionen – ihre Legitimation zu einem wesentlichen Teil aus der öffentlichen Akzeptanz schöpft. Der gesellschaftliche Zuspruch ist für die Streitkräfte essenziell und bildet eine wesentliche Quelle soldatischer Motivation. Dass die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den Streitkräften überaus wohlwollend ist, belegt die einschlägige Forschung seit Jahren und auch die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw zeigt, dass der Großteil der Bürgerinnen und Bürger eine positive Einstellung zur Bundeswehr hat.

Im Jahr 2015 äußerten fast vier von fünf Befragten ihre positive Haltung zu den Streitkräften (vgl. Abbildung 4.1). Ablehnende Einstellungen sind weit weniger verbreitet, ein Fünftel der Befragten bekundet seine negative Sicht auf die Bundeswehr. 3 Prozent wollten sich nicht festlegen oder äußern.

Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort (vgl. Abbildung 4.2). Seit Beginn des vorigen Jahrzehnts bekennen stets drei Viertel der Befragten oder mehr ihre wohlwollende Haltung zur Bundeswehr. Der Anteil der Kritiker betrug nie mehr als ein Viertel der Befragten. Im Vergleich zum Vorjahr ist wiederum eine positivere Haltung zur Bundeswehr zu konstatieren. Damit weist der überwiegende Teil der Deutschen eine so positive Haltung auf wie selten in der Geschichte der Bundeswehr und wie dies auch bei den Partnern und Verbündeten nicht überall der Fall ist (Biehl et al. 2011). Dieser aus Sicht der Streitkräfte erfreuliche Befund wird dadurch verstärkt, dass sich der Zuspruch nicht auf einige soziale Gruppierungen konzentriert, sondern aus allen gesellschaftlichen Bereichen kommt.

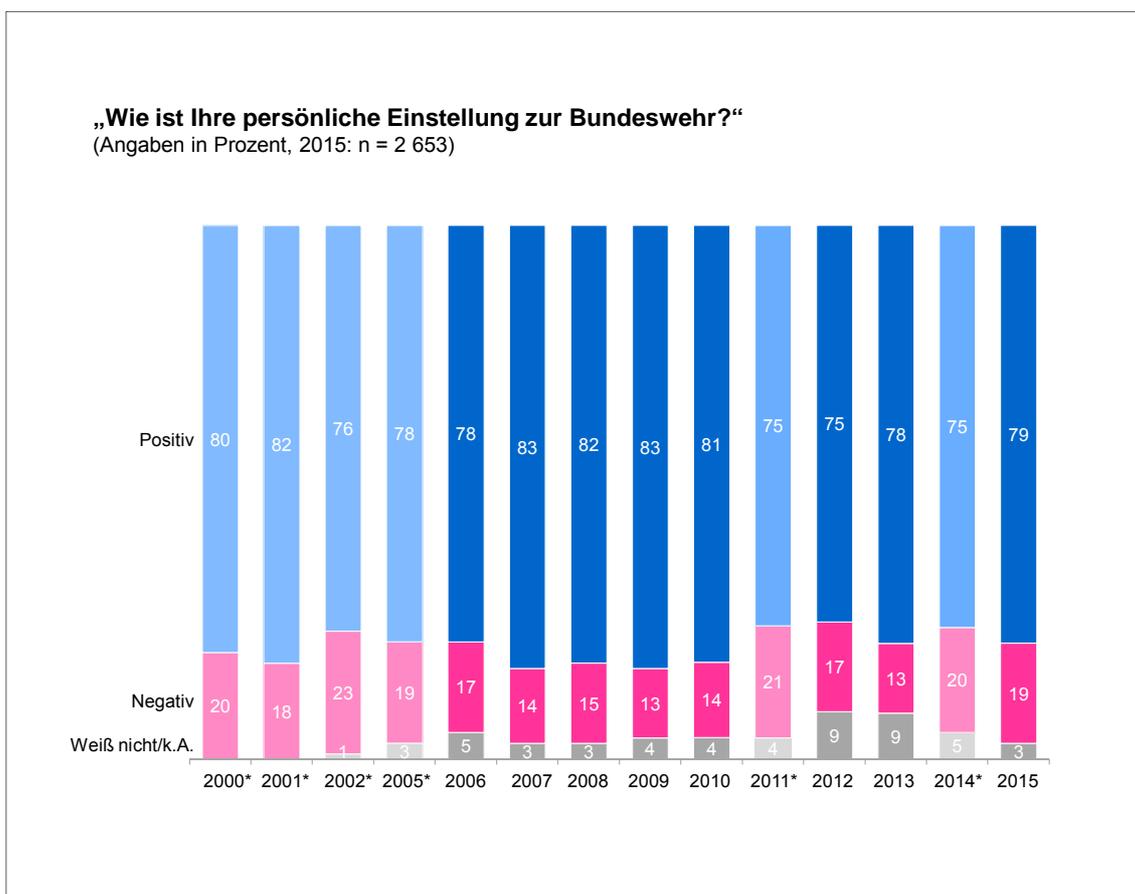
Abbildung 4.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Wie Tabelle 4.1 ausweist, überwiegt in allen betrachteten sozialen Gruppen der Anteil derjenigen mit positiver Haltung zur Bundeswehr. Im Vergleich der Geschlechter zeigt sich, dass Männer wie Frauen den Streitkräften wohlgesonnen gegenüberstehen, wobei die Haltung der männlichen Befragten nochmals positiver ist. Über die Altersgruppen hinweg zeigt sich der aus der Forschung bekannte Befund, dass junge Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr etwas kritischer begegnen, während ältere eine positivere Haltung an den Tag legen. Ungeachtet dieses Musters ist wesentlich, dass in allen Altersgruppen der Zuspruch für die Streitkräfte überwiegt – auch von den unter 30-Jährigen bekunden über 70 Prozent ihre positive Einstellung zur Bundeswehr. Junge Bürgerinnen und Bürger sind mithin im Vergleich kritischer, aber keineswegs ablehnend der Bundeswehr gegenüber. Der Schulabschluss der Befragten übt keinen Einfluss auf die Haltung zu den Streitkräften aus. Alle Bildungsgruppen stehen den Streitkräften gleichermaßen positiv gegenüber.

Abbildung 4.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich



Anmerkung: * Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000-2015.

Das Haushaltseinkommen hat wiederum einen leichten Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr. Bürgerinnen und Bürger mit höherem Einkommen sind der Bundeswehr gegenüber etwas negativer eingestellt als Personen mit mittlerem oder niedrigerem Einkommen. Für einige Beobachter sicherlich überraschend äußern sich auch sämtliche Parteianhängerschaften mehrheitlich positiv über die deutschen Streitkräfte. Am höchsten ist der Anteil bei den Unionsanhängern mit 86 Prozent. Daran schließen sich Bürgerinnen und Bürger mit einer Präferenz für die SPD an. Aber auch die Anhänger der Grünen und der Linken, die sich als Parteien zuweilen kritisch zu den deutschen Streitkräften und ablehnend zu ihren Auslandseinsätzen positionieren, bekunden – ebenso wie Befragte ohne Wahlabsicht – mehrheitlich ihre positive Einstellung. Regionale Muster der Militäraffinität zeigen sich nicht. Ein hoher Zuspruch zur Bundeswehr ist in Nord-, West-, Ost- und Süddeutschland gleichermaßen vorhanden.

Tabelle 4.1: Einstellung zur Bundeswehr

„Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)			
	Positiv ¹	Negativ ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	79	19	3
Geschlecht ***			
Männer	82	16	(2)
Frauen	75	20	4
Alter **			
16 bis 29 Jahre	71	24	(5)
30 bis 49 Jahre	79	18	(3)
50 bis 69 Jahre	82	15	(3)
70 Jahre und älter	78	18	(4)
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	78	20	(3)
Realschulabschluss	79	19	(3)
Hauptschulabschluss	80	16	(4)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	79	15	(6)
2.001 bis 4.000 Euro	82	16	(2)
Bis 2.000 Euro	76	20	(4)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	86	12	(2)
SPD	82	16	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	68	31	(2)
Die Linke	57	(38)	(5)
FDP	81	(14)	(4)
AfD	71	(24)	(5)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	76	20	(4)
Region ^{n.s.}			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	80	17	(3)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	78	19	(4)
Süddeutschland (BW, BY)	76	21	(4)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	81	16	(3)

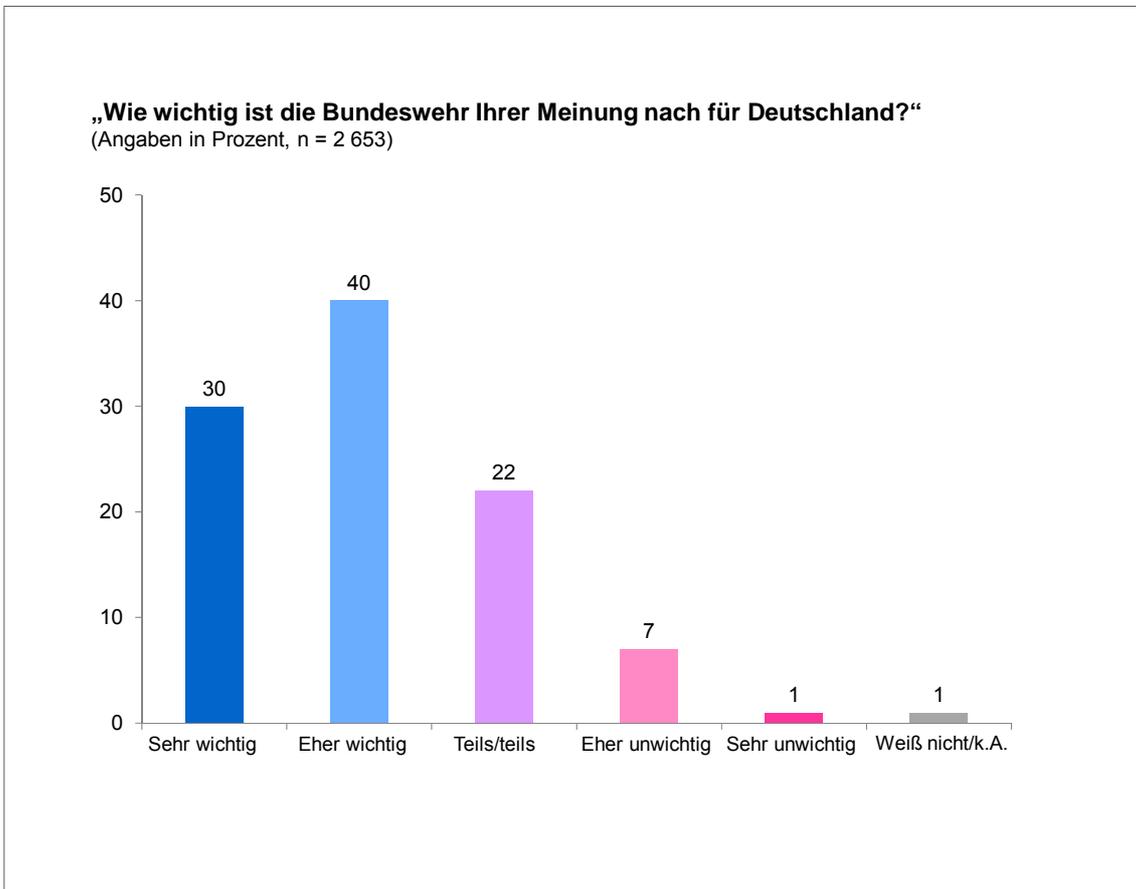
Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
 1) Anteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Signifikanzniveau: ***: $p < .001$; **: $p < .01$; *: $p < .05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq .05$); Werte in Klammern: $n \leq 50$.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Ursächlich für dieses wohlwollende Meinungsbild der Bundeswehr gegenüber ist u.a. die Relevanz, die ihr von den Bürgerinnen und Bürgern zuerkannt wird. Nach Einschätzung von 70 Prozent der Befragten ist die Bundeswehr für Deutschland wichtig (vgl. Abbildung 4.3). 22 Prozent sind geteilter Meinung. Als (eher) unwichtig schätzen 8 Prozent die Bundeswehr ein. Die Veränderungen zum Vorjahr sind auffällig (grafisch

nicht ausgewiesen): Der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr als wichtig ansieht, sank um 10 Prozentpunkte. Die Gruppe derjenigen, die die Bundeswehr als unwichtig empfinden, vergrößerte sich um 3 Prozentpunkte.

Abbildung 4.3: Einschätzung Wichtigkeit der Bundeswehr

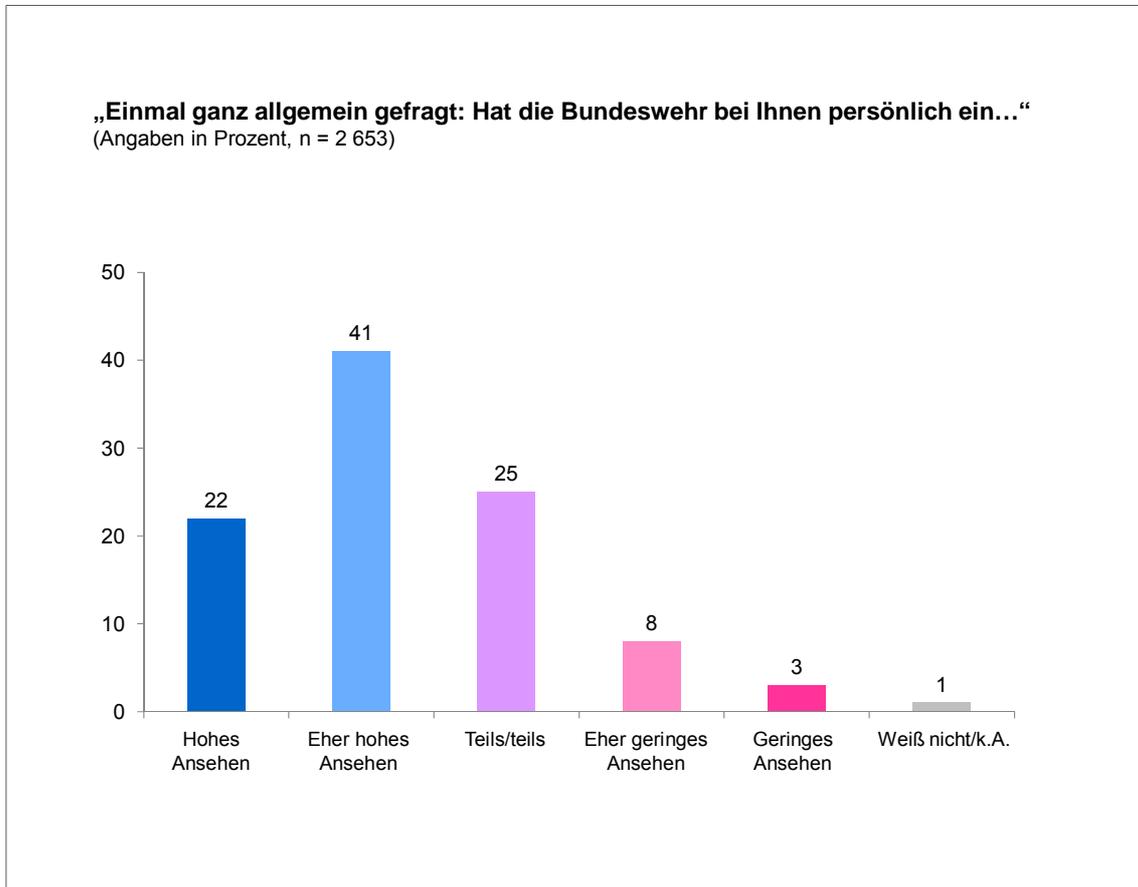


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Ungeachtet dieser positiven Befunde herrscht ein verbreitetes Unbehagen hinsichtlich des gesellschaftlichen Rückhalts, den die Streitkräfte im Allgemeinen und die Soldaten persönlich erfahren. Die Einschätzung des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler vom freundlichen Desinteresse der Bundesbürger an den Soldaten, der Bundeswehr und der Sicherheitspolitik ist zu einem geflügelten Wort geworden. Insbesondere viele Soldatinnen und Soldaten finden sich in dieser Diagnose wieder und wünschen einen stärkeren und expliziteren Zuspruch der Öffentlichkeit. Um die Diskrepanz zwischen der in allen einschlägigen Studien wiederholt bestätigten positiven Haltung der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr und dem wahrgenommenen Meinungsklima zu erfassen, fanden in der Bevölkerungsbefragung 2015 vier spezifische Items Verwendung. Dabei

wurde zunächst nach dem persönlichen Ansehen der Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern gefragt.

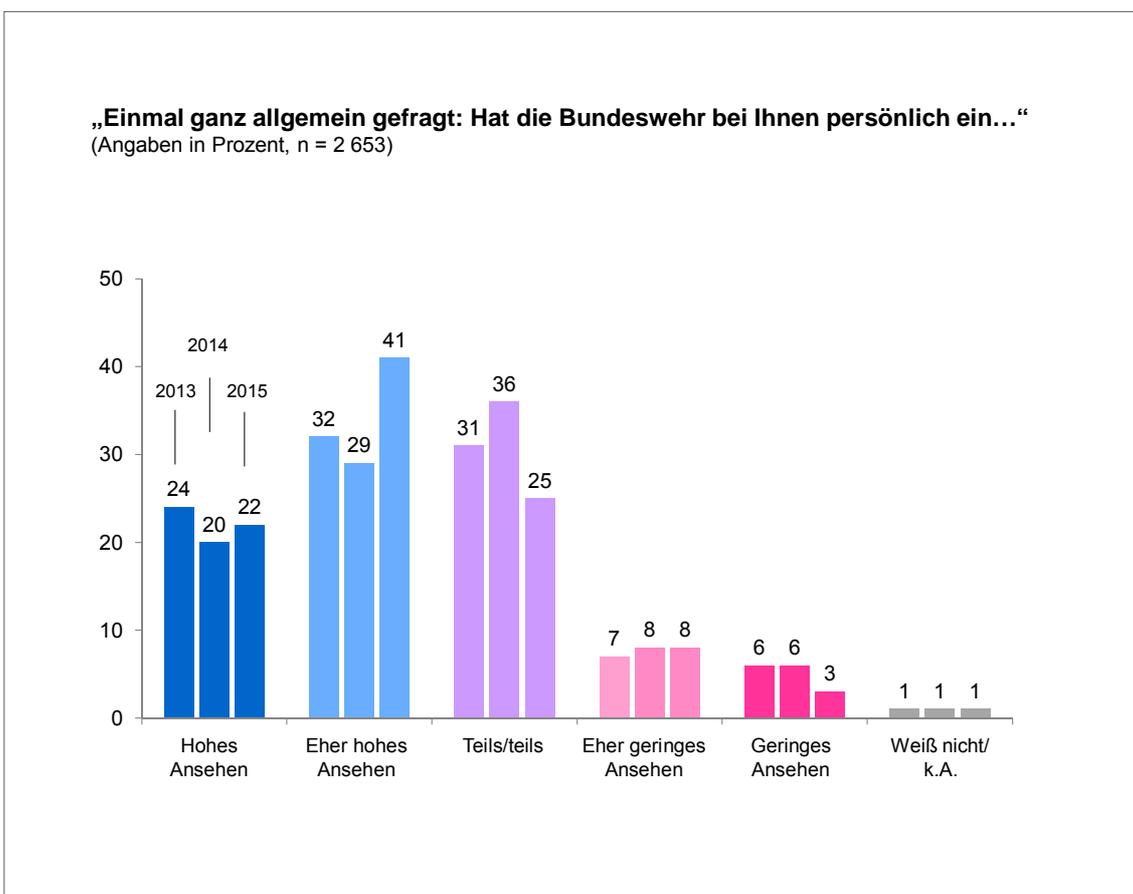
Abbildung 4.4: Persönliches Ansehen der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Wie angesichts der zuvor präsentierten Werte nicht anders zu erwarten, genießt die Bundeswehr in der Bevölkerung ein hohes Ansehen (vgl. Abbildung 4.4). Fast zwei Drittel der Befragten äußerten sich entsprechend. Ein Viertel positioniert sich in der Mitte. Bei 11 Prozent der Befragten hat die Bundeswehr ein (eher) geringes Ansehen. Im Vergleich zu 2014 (telefonische Befragung (CATI)) zeigt sich ein Anstieg der Personen, bei denen die Bundeswehr ein hohes Ansehen hat (vgl. Abbildung 4.5). Gleichzeitig nimmt der Anteil derjenigen ab, die der Bundeswehr ein teils hohes, teils geringes, eher geringes oder geringes Ansehen entgegenbringen. In einem zweiten Schritt wurde die Wahrnehmung des öffentlichen Meinungsbildes zu diesem Thema erhoben. Die Befragten sollten dabei nicht ihre eigene Ansicht kundtun, sondern ihre Auffassung über die Mehrheitsmeinung.

Abbildung 4.5: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich

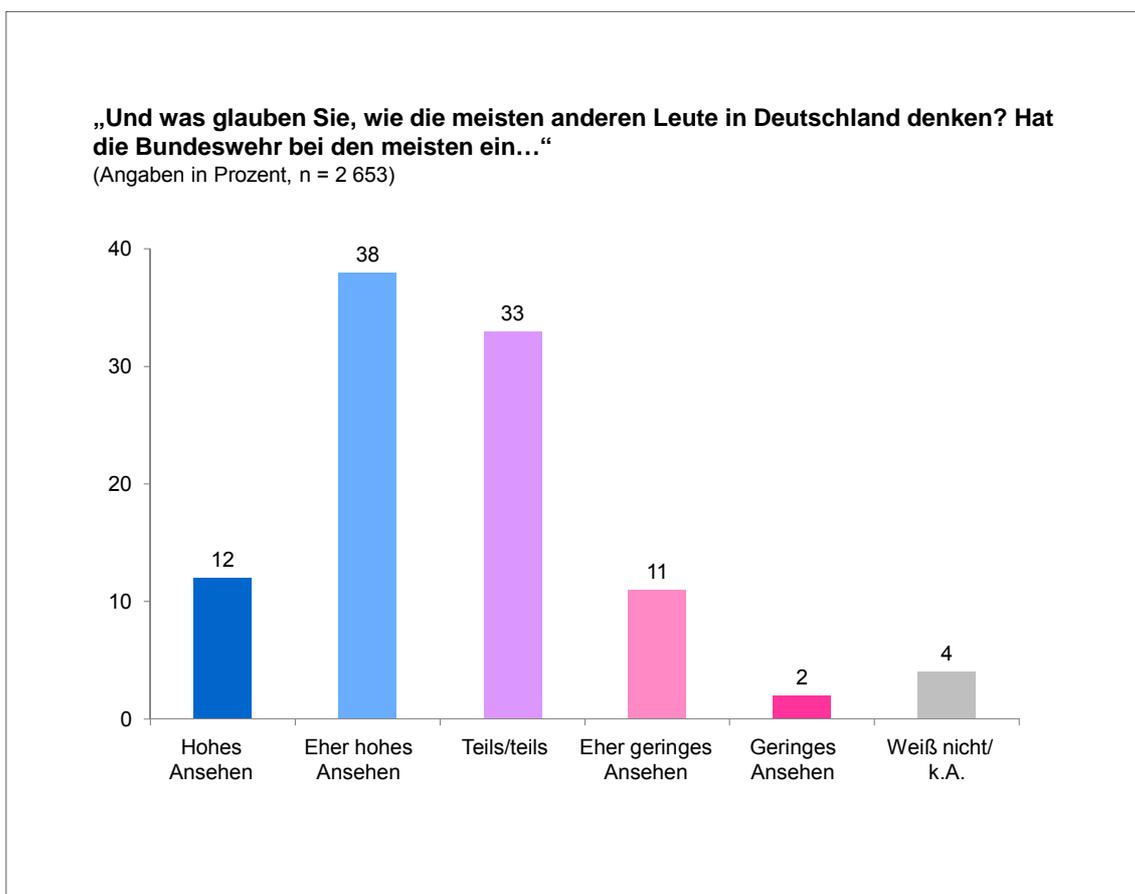


Anmerkung: Die Fragestellung lautete 2013: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013-2015.

Gefragt nach ihrer Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr ergeben sich Differenzen zwischen den aus den persönlichen Bewertungen aggregierten Einstellungen der Befragten und ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas (vgl. Abbildungen 4.4 und 4.6). Die Bundeswehr ist in der persönlichen Bewertung der Bürger angesehener als im wahrgenommenen Meinungsklima. So können nur 50 Prozent der Befragten ein für die Bundeswehr positives Meinungsklima erkennen, ein Drittel vermutet ein ambivalentes und 13 Prozent ein negatives. Im Gegensatz dazu steht aber bei über 60 Prozent der Befragten persönlich die Bundeswehr in einem hohen Ansehen (vgl. Abbildung 4.4). Die Diskrepanzen treten nochmals deutlicher zutage, wenn nicht die Haltung zur militärischen Organisation, sondern die Einstellung zu den Soldatinnen und Soldaten erfasst wird.

Abbildung 4.6: Gesellschaftliches Ansehen der Bundeswehr

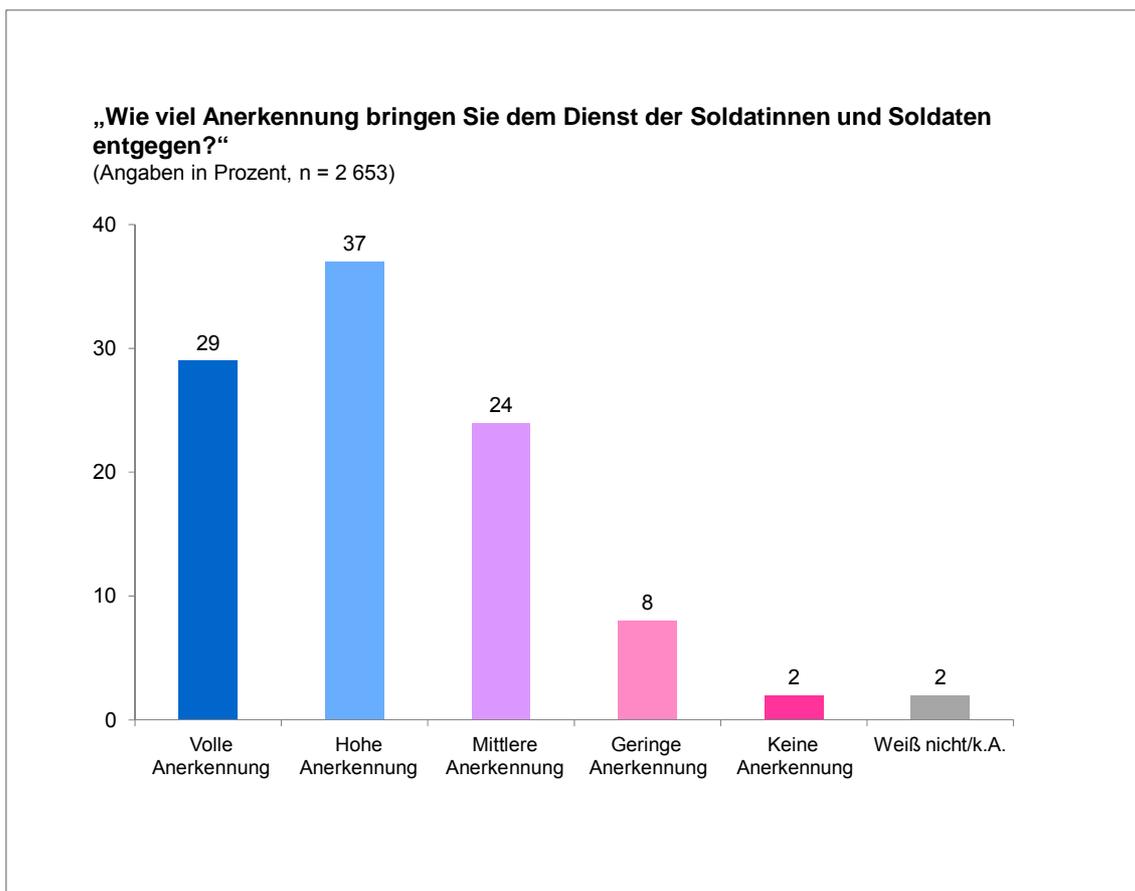


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Während es bei den vorangehenden Ausführungen um das Ansehen gegenüber der Institution Bundeswehr insgesamt ging, beschäftigen sich die folgenden Ausführungen mit einem spezifischeren Aspekt des Meinungsklimas, der Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten. Bei zwei Dritteln der Bevölkerung erfährt der soldatische Dienst volle oder hohe Anerkennung (vgl. Abbildung 4.7). Ein Viertel nimmt eine mittlere Position ein. Geringe oder keine Anerkennung bringt dem soldatischen Dienst nur jeder zehnte Befragte entgegen.

Fragt man nach der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (vgl. Abbildung 4.8), dann sind die Unterschiede gravierend: Während zwei Drittel der Befragten ihre persönliche Anerkennung bekunden, sehen nur gut 40 Prozent der Befragten einen entsprechenden Zuspruch bei allen Bürgerinnen und Bürgern. Über ein Drittel vermutet eine mittlere Anerkennung, und 18 Prozent nehmen eine geringe oder keine Anerkennung wahr.

Abbildung 4.7: Persönliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten

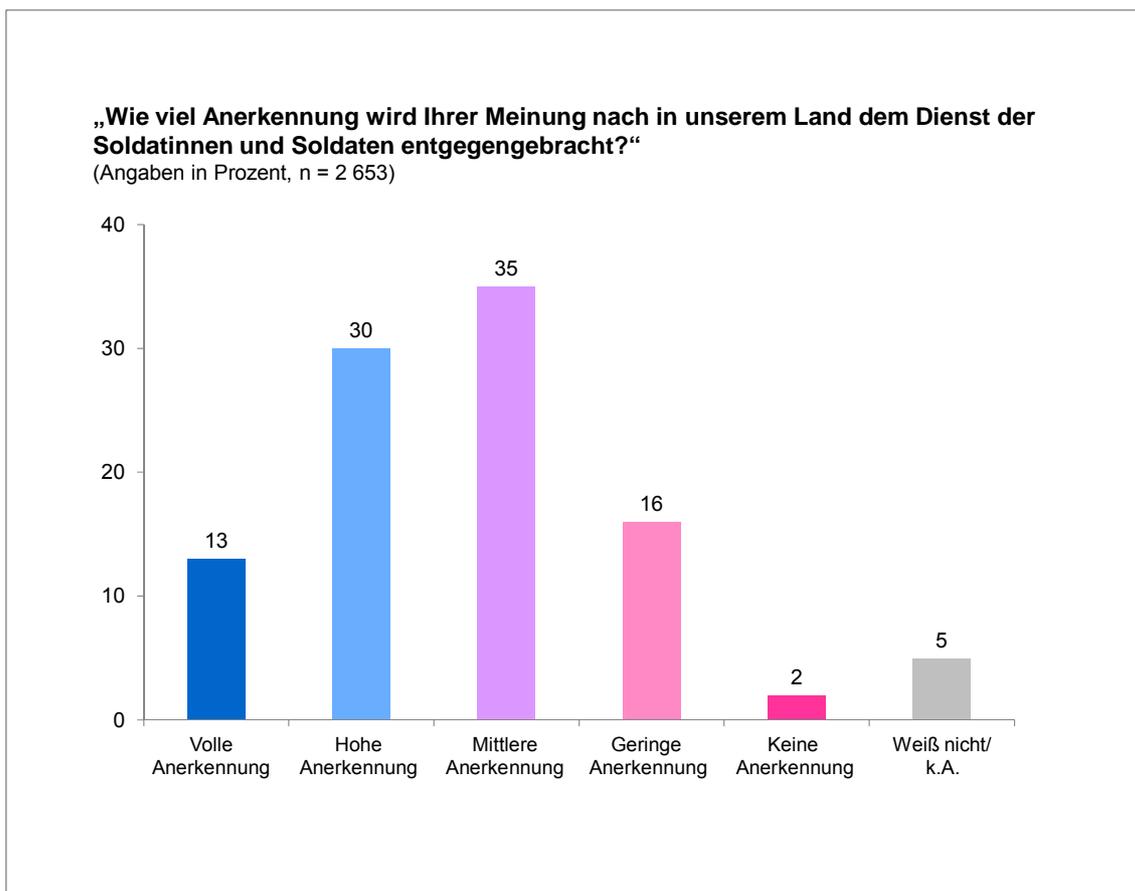


Anmerkungen: Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt. Die vollständigen Ausprägungen lauten „Ein hohes Maß an Anerkennung“, „Ein mittleres Maß an Anerkennung“, „Ein geringes Maß an Anerkennung“. Die beiden übrigen Antworten sind unverändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Aufgrund abweichender Stimuli, Frageformulierungen und Antwortvorgaben sowie fehlender Erklärungsgrößen kann nicht ausreichend bestimmt werden, ob die auftretenden Differenzen in den Einstellungen zur Bundeswehr und zum soldatischen Dienen methodisch bedingt oder substantiell sind. Entsprechende Zusammenhänge und Erklärungen wird eine laufende Untersuchung im ZMSBw detailliert analysieren. Ungeachtet dessen ist bemerkenswert, welche Diskrepanzen zwischen dem aggregierten tatsächlichen persönlichen Ansehen der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten einerseits und der wahrgenommenen gesellschaftlichen Anerkennung andererseits bestehen. Die Wahrnehmungen innerhalb der Truppe werden also teilweise durch die festgestellten Unterschiede in der deutschen Bevölkerung bestätigt. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Befragten diverse Facetten militärischer Aufgaben, Tätigkeiten und Bereiche positiv bewerten.

Abbildung 4.8: Gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten



Anmerkung: Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 4.7.

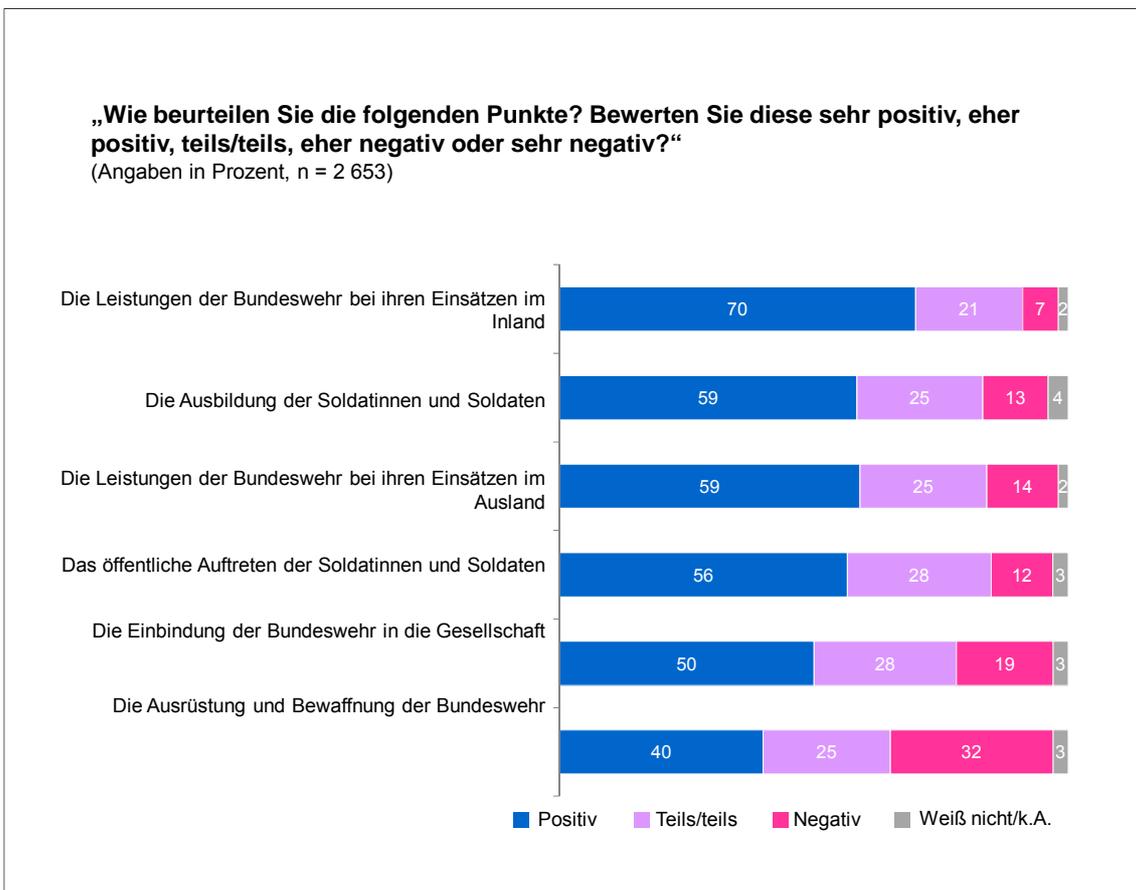
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

So bringen die Bürgerinnen und Bürger verschiedenen Aspekten und Leistungen der Bundeswehr hohe Wertschätzung entgegen (vgl. Abbildung 4.9). Am positivsten werden die Leistungen der Bundeswehr im In- und Ausland angesehen (70 bzw. 59 Prozent). Ebenso werden die Ausbildung und das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten von deutlich mehr als der Hälfte der Befragten positiv beurteilt. Etwas kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit 50 Prozent Zustimmung – wobei offenbleibt, ob dies als Versäumnis der Streitkräfte oder als gesellschaftliches Manko verstanden wird – sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung aus. Die Ausrüstungslage beurteilen 40 Prozent positiv und ein knappes Drittel der Befragten negativ. Dieser Befund kann angesichts der in den letzten Jahren berichteten Mängel in diesem Bereich nicht verwundern.

Nicht zuletzt aufgrund ihrer diversen Leistungen stellt die Bundeswehr einen etablierten Bestandteil von Staat und Gesellschaft dar. Dieses Urteil bestätigen differenzierte Nachfragen zur Haltung zu den Streitkräften (vgl. Abbildung 4.10). Drei Viertel der Befrag-

ten vertreten die Ansicht, dass die deutschen Streitkräfte zum Schutz der freiheitlichen Werteordnung beitragen. Für 73 Prozent der Befragten ist es selbstverständlich, dass Deutschland eigene Streitkräfte hat, und über 70 Prozent empfinden diese als normalen Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft. Aus diesen Funktionen erwächst bei vielen eine emotionale Beziehung zur Bundeswehr. 58 Prozent der Befragten empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit ihr gegenüber, über die Hälfte hat gar ein Gefühl der inneren Verbundenheit.

Abbildung 4.9: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr



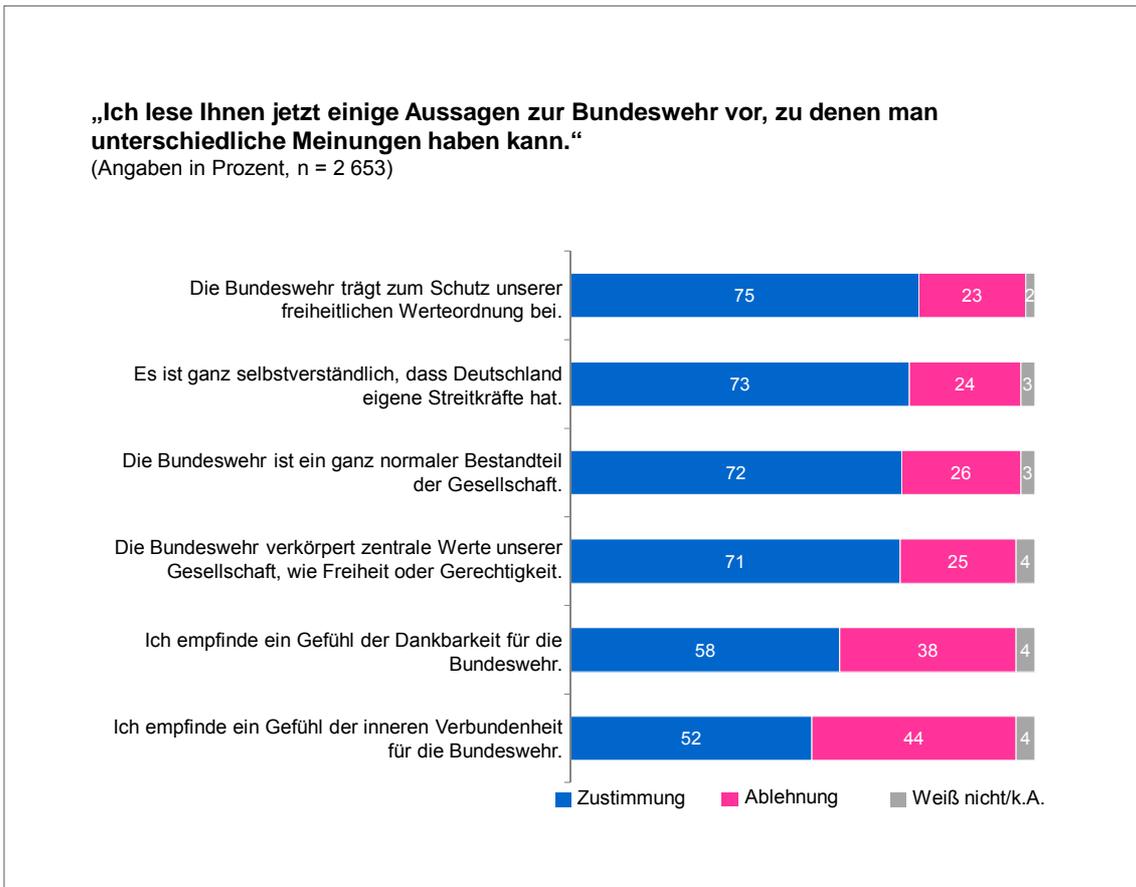
Anmerkung: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

In der Gesamtschau zeigt sich über die ganze Bandbreite der betrachteten Indikatoren hinweg, dass die Bevölkerung den Streitkräften positiv gegenübersteht. Die Bundeswehr erfährt Vertrauen, genießt Anerkennung, ihr Wirken gilt als wichtig für das Gemeinwesen, der Dienst der Soldatinnen und Soldaten ist angesehen. Die Streitkräfte sind mithin, wie es die Vorschrift zur Inneren Führung vorsieht, in die Gesellschaft inte-

griert. Sucht man nach Defiziten in den zivil-militärischen Beziehungen, dann zeigen sich diese bei der Unterstützung der Auslandseinsätze (vgl. Abschnitt 11). Die dabei geäußerten Vorbehalte deuten jedoch weniger auf eine Lücke zwischen Gesellschaft und Bundeswehr hin, wie dies die Diagnose eines freundlichen Desinteresses nahelegt, sondern auf einen sicherheitspolitischen Dissens.

Abbildung 4.10: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst, Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

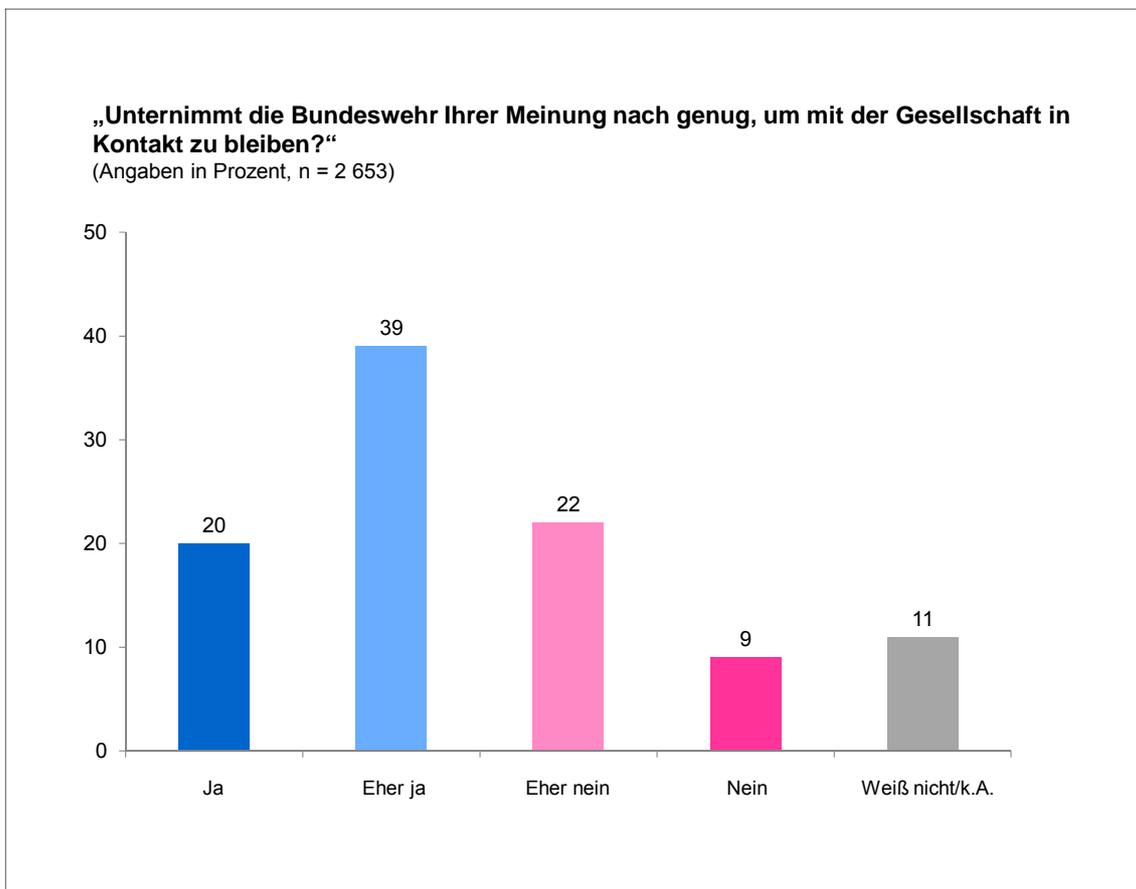
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

5 Bewertung des Kontakts von Bundeswehr und Gesellschaft

Markus Steinbrecher

Nach dem Aussetzen der Wehrpflicht und der Schließung zahlreicher Standorte in ganz Deutschland gibt es für die Bürgerinnen und Bürger weniger Gelegenheiten, im Alltag mit der Bundeswehr in Kontakt zu kommen. Die Massenmedien und eigene Kommunikationsmaßnahmen der Bundeswehr haben daher einen höheren Stellenwert für die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft.

Abbildung 5.1: Bewertung Kontakt Bundeswehr und Gesellschaft

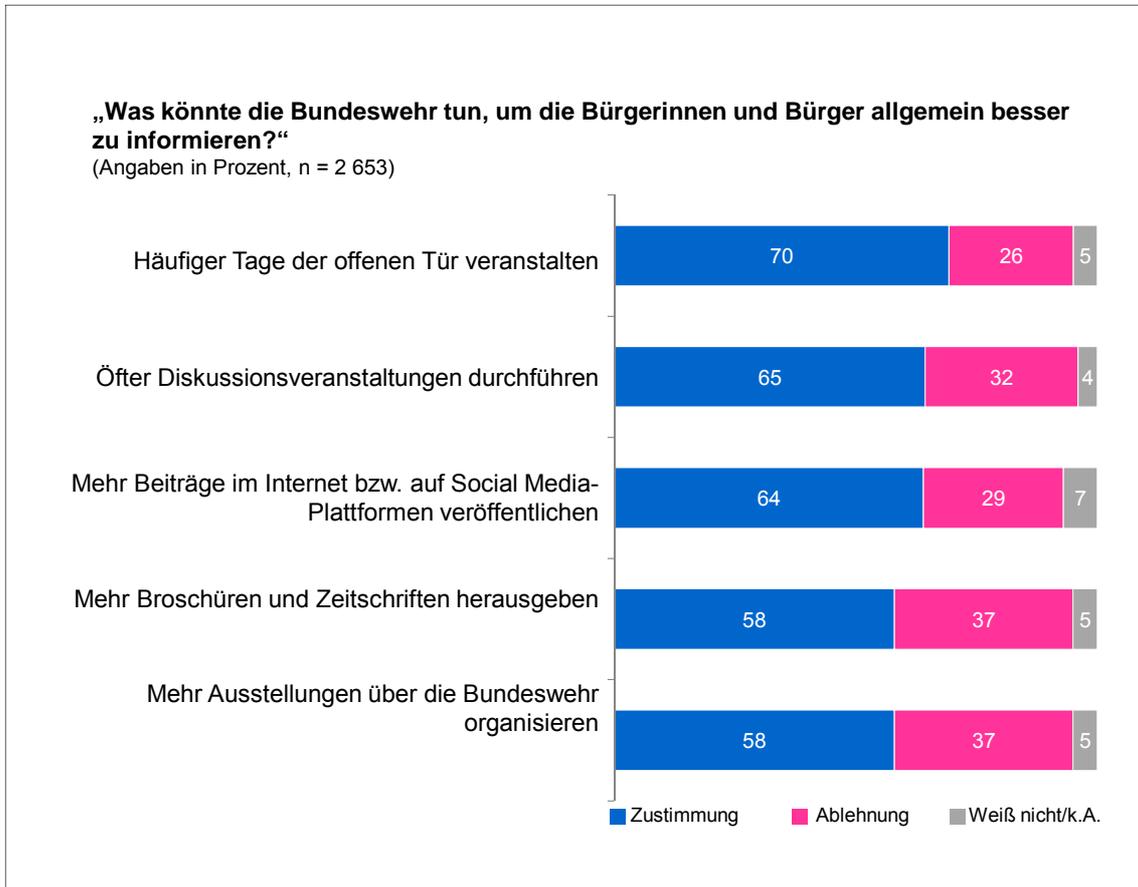


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

In der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2015 wurden die Befragten danach gefragt, ob die Bundeswehr generell genug tut, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben (vgl. Abbildung 5.1). Die Mehrheit der Befragten (59 Prozent) denkt, dass die Bundes-

wehr in dieser Hinsicht ausreichend aktiv ist. Etwa ein Drittel (31 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht.

Abbildung 5.2: Bewertung Möglichkeiten Informationsarbeit Bundeswehr



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „ja“ und „eher ja“ zusammengefasst, Ablehnung: Anteile „nein“ und „eher nein“ zusammengefasst.

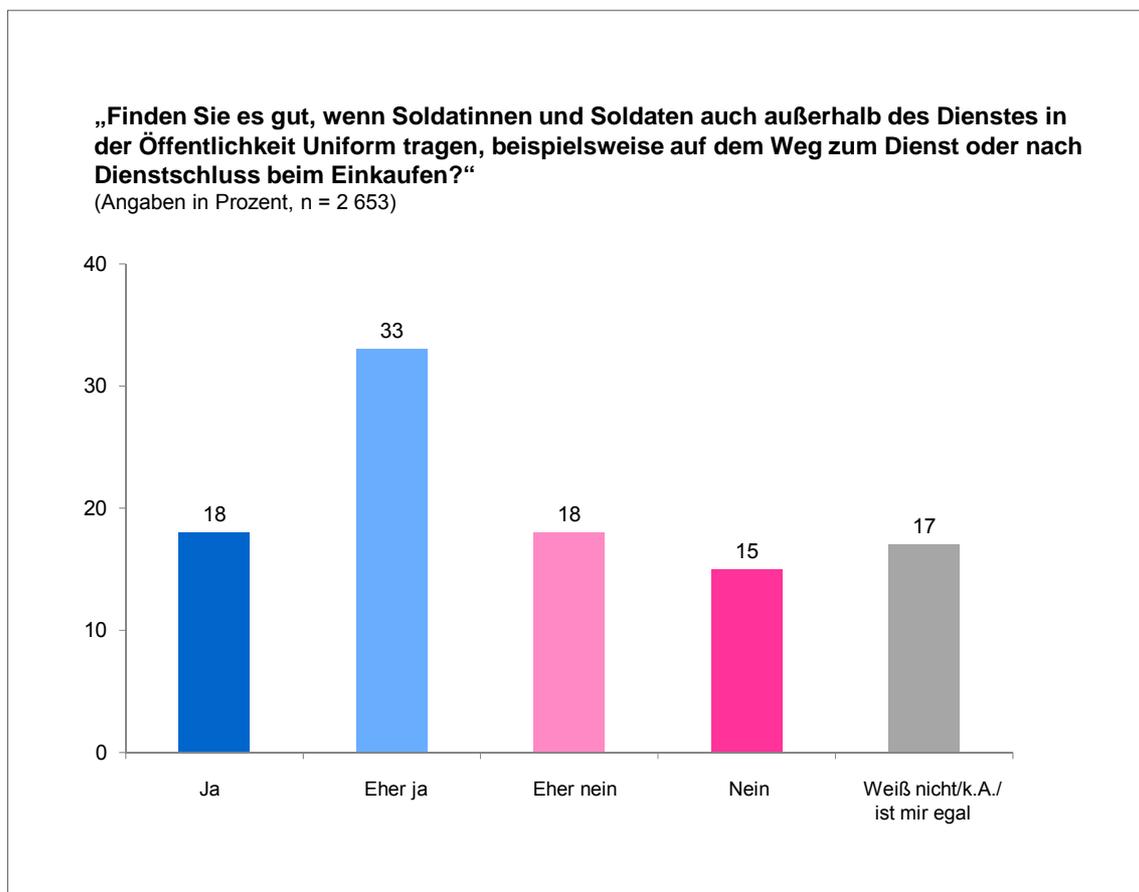
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Unabhängig von ihrer generellen Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft wurde danach gefragt, welche Mittel die Befragten als geeignet erachten, um die Bürgerinnen und Bürger besser durch die Bundeswehr zu informieren (vgl. Abbildung 5.2). Am häufigsten wird bejaht, dass die Bundeswehr mehr Tage der offenen Tür veranstalten sollte (Zustimmung: 70 Prozent; Ablehnung: 26 Prozent). Auch sollte die Bundeswehr nach der Meinung der Befragten öfter Diskussionsveranstaltungen durchführen (Zustimmung: 65 Prozent; Ablehnung: 32 Prozent) und mehr Informationen über verschiedene Kanäle verbreiten, z.B. mehr Beiträge im Internet bzw. auf Social Media-Plattformen veröffentlichen (Zustimmung: 64 Prozent; Ablehnung: 29 Prozent), mehr Broschüren und Zeitschriften herausgeben oder mehr Ausstellungen über

die Bundeswehr organisieren (jeweils Zustimmung: 58 Prozent; Ablehnung: 37 Prozent).

Durch die oben genannten Entwicklungen sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr aus dem Alltagsbild vieler deutscher Städte und Gemeinden verschwunden. Gefragt nach ihrer Bewertung des Tragens von Uniformen in der Öffentlichkeit findet es eine Mehrheit der Befragten gut, wenn Soldatinnen und Soldaten außerhalb des Dienstes Uniform tragen (vgl. Abbildung 5.3). 51 Prozent (ja/eher ja) der Befragten bewerten das Uniformtragen in der Öffentlichkeit positiv, 33 Prozent (nein/eher nein) bewerten es negativ, und 17 Prozent der Befragten äußern sich dazu nicht bzw. geben an, dass es ihnen egal ist. Zwischen den soziodemografischen Teilgruppen gibt es in dieser Frage nahezu keine Meinungsunterschiede (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Abbildung 5.3: Bewertung Uniformtragen außerhalb des Dienstes

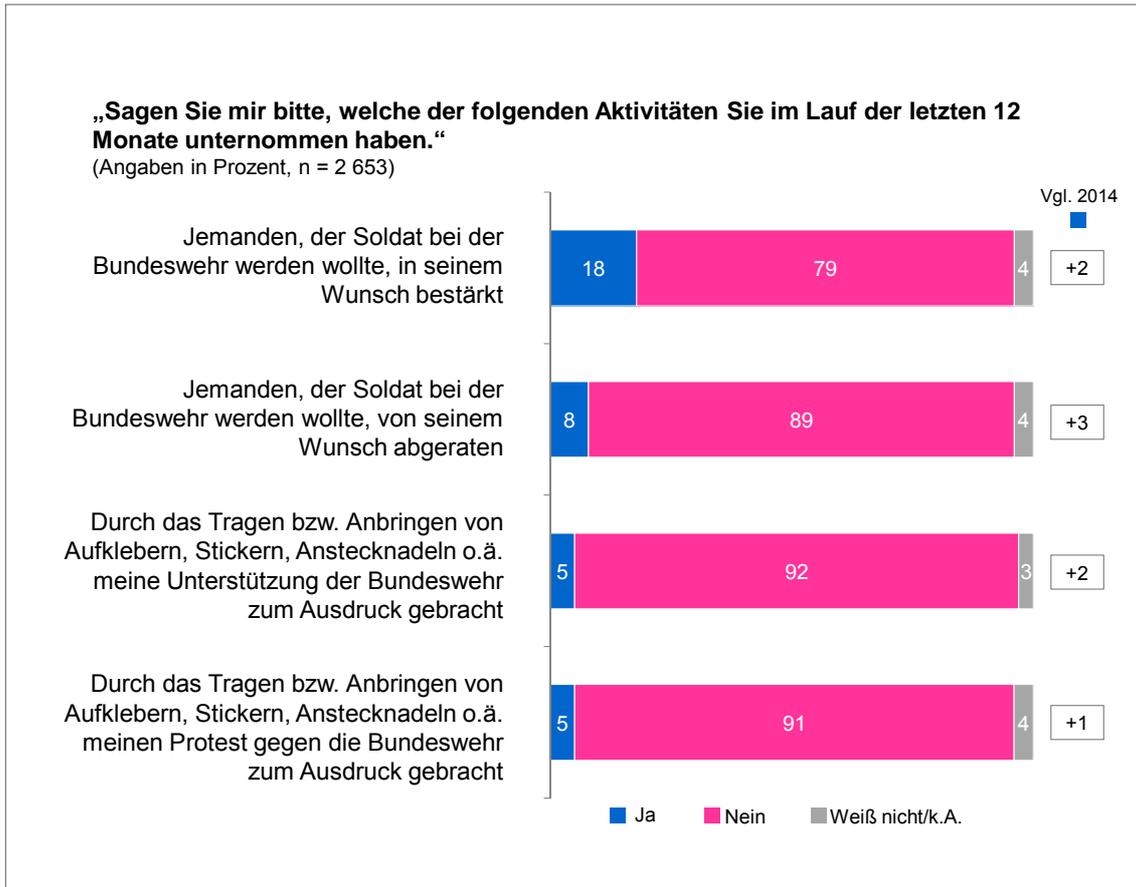


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Darüber, wie eng das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Bundeswehr andererseits ist, geben nicht nur Meinungen und Einstellungen einen Eindruck. Vielmehr können auch Verhaltensabsichten ein Indikator für die Intensität dieser

Beziehung sein. In der Bevölkerungsbefragung 2015 wurden wie schon im Vorjahr vier Paare von Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr abgefragt (vgl. Abbildungen 5.4 und 5.5). Davon war jeweils eine Aktivität unterstützend oder positiv der Bundeswehr gegenüber, die andere negativ oder ablehnend.

Abbildung 5.4: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Teil 1



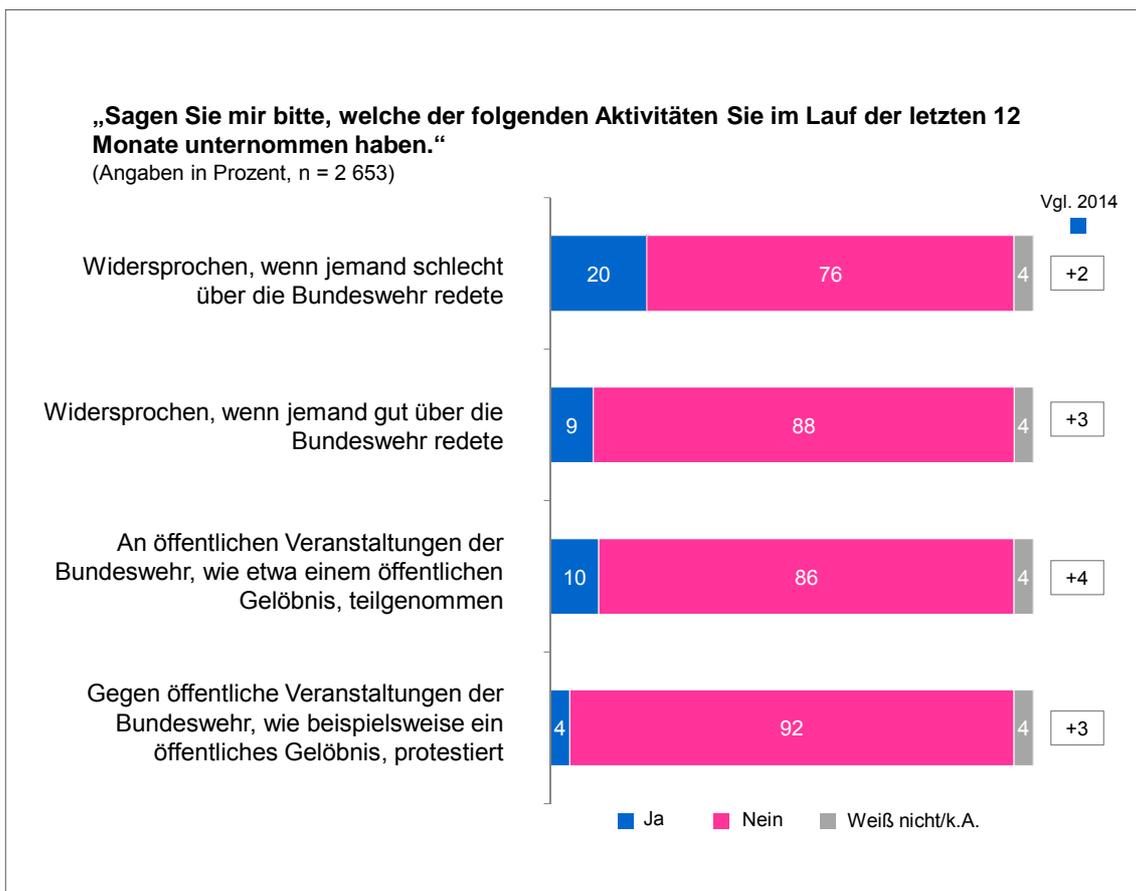
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014 und 2015.

Maximal ein Fünftel der Befragten hat eine der acht auf die Bundeswehr ausgerichteten Aktivitäten in den letzten 12 Monaten unternommen. Bei allen Aktivitäten zeigt sich eine Zunahme des Aktivitätsniveaus im Vergleich zu 2014 zwischen 1 und 4 Prozentpunkten.

Mit Ausnahme des Tragens bzw. Anbringens von Aufklebern, Stickern, Anstecknadeln o.ä. überwiegen jeweils die positiven oder unterstützenden Aktivitäten. So haben 18 Prozent der Befragten jemanden, der Soldat bei der Bundeswehr werden wollte, in seinem Wunsch bestärkt und nur 8 Prozent von diesem Wunsch abgeraten.

Ein ähnliches Verhältnis zwischen Unterstützung und Ablehnung zeigt sich bei den beiden anderen Paaren (vgl. Abbildung 5.5): So haben mehr als doppelt so viele Befragte (20 Prozent) widersprochen, wenn jemand schlecht über die Bundeswehr redete als wenn jemand gut über die Bundeswehr redete (9 Prozent). 10 Prozent haben an Veranstaltungen der Bundeswehr wie einem öffentlichen Gelöbnis teilgenommen. Lediglich 4 Prozent der Befragten haben gegen solche Veranstaltungen protestiert.

Abbildung 5.5: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Teil 2



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014 und 2015.

Insgesamt zeigen sich überwiegend wohlwollende und positive Einstellungen zur Bundeswehr, die von kleineren Gruppen der Bevölkerung in unterstützende Handlungen umgesetzt werden. Fasst man die Ergebnisse in diesem Abschnitt zusammen, ergibt sich ein relativ enges Verhältnis zwischen Streitkräften sowie Bürgerinnen und Bürgern. Auch hier spiegelt sich das schon in Abschnitt 4 beschriebene grundsätzliche Wohlwollen gegenüber der Bundeswehr auf der Meinungs- und Einstellungsebene wider. In unterstützende Handlungen werden die grundsätzlich positiven Haltungen aber nur von maximal einem Fünftel der Befragten umgesetzt. Im Vergleich zu anderen Bereichen

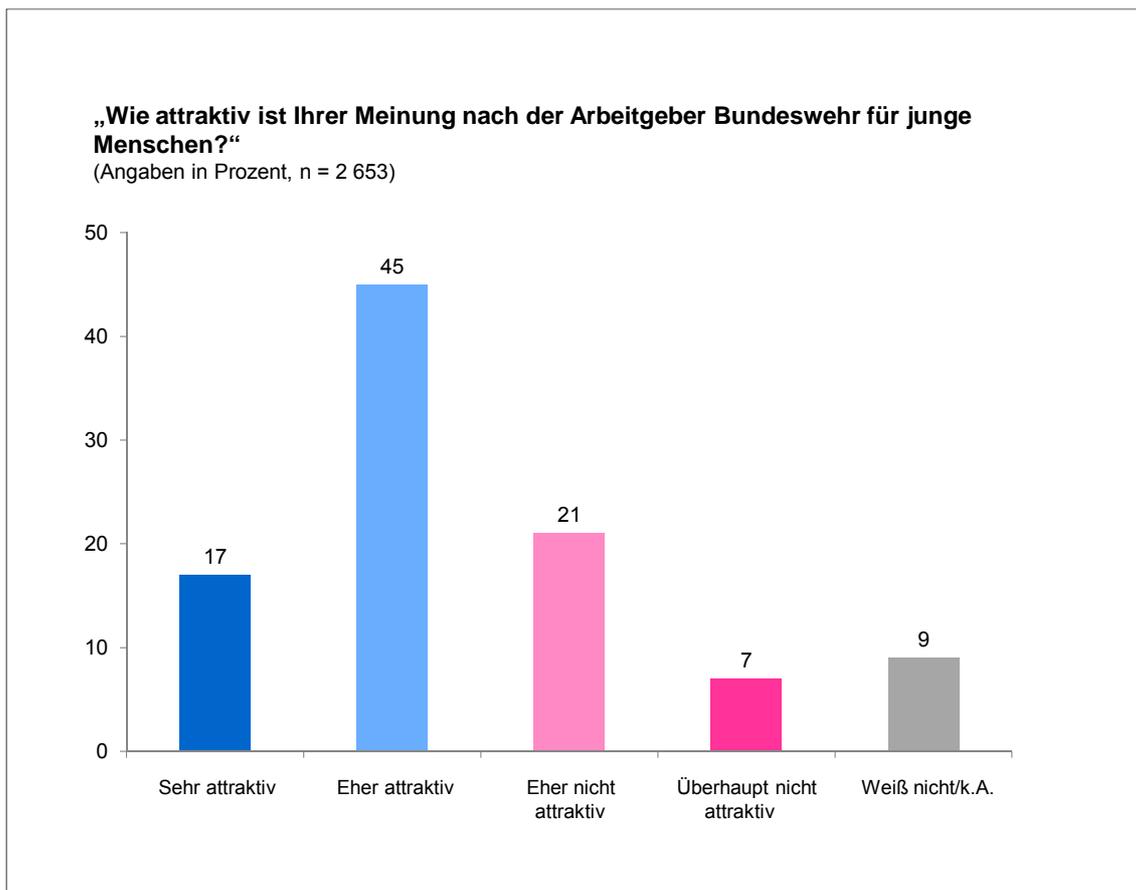
der empirischen Sozial- und Politikforschung (z.B. der Forschung zu politischer Partizipation) ist dies aber kein ungewöhnlicher Befund (Steinbrecher 2009).

6 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

Markus Steinbrecher

Wegen des demografischen Wandels und der sehr guten Arbeitsmarktlage in Deutschland, insbesondere im europäischen Vergleich, müssen alle Arbeitgeber stärker um junge Berufstätige kämpfen als früher. Ohne die Wehrpflicht fehlt der Bundeswehr ein wichtiger Rekrutierungsweg, um junge Menschen vom Dienst in den Streitkräften zu überzeugen. Für die Personalgewinnung der Bundeswehr ist es daher entscheidend, wie attraktiv sie für junge Menschen als Arbeitgeber ist. Schließlich müssen sich in jedem Jahrgang mindestens 60 000 junge Männer und Frauen für eine militärische oder zivile Laufbahn bei der Bundeswehr interessieren, um die aktuelle Personalstärke der Bundeswehr zu halten (militärisches Personal: ca. 179 000, Stand: 31. Oktober 2015; Fantapié Altobelli et al. 2015: 8).

Abbildung 6.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Tabelle 6.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen in soziodemografischen Gruppen

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“ (Angaben in Prozent)			
	Attraktiv ¹	Nicht attraktiv ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	62	28	9
Geschlecht ***			
Männer	69	25	4
Frauen	57	32	6
Alter *			
16 bis 29 Jahre	61	31	(8)
30 bis 49 Jahre	63	30	7
50 bis 69 Jahre	64	26	9
70 Jahre und älter	61	26	13
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	64	27	9
Realschulabschluss	62	30	8
Hauptschulabschluss	63	27	10
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	(59)	(32)	(9)
2.001 bis 4.000 Euro	67	26	7
Bis 2.000 Euro	60	31	9
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	69	23	8
SPD	67	27	(6)
Bündnis 90/Die Grünen	59	31	(11)
Die Linke	49	44	(7)
FDP	61	(33)	(6)
AfD	(57)	(35)	(8)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	59	32	(10)
Region **			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	64	29	(7)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	64	29	(6)
Süddeutschland (BW, BY)	63	26	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	61	30	10

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Von den Bürgerinnen und Bürgern wird die Bundeswehr mehrheitlich positiv bewertet. Mehr als sechs von zehn Befragten (62 Prozent) sehen die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen, etwas weniger als drei von zehn Bürgerinnen und Bürgern bewerten die Bundeswehr nicht als attraktiv (28 Prozent) (vgl. Abbildung 6.1). Da die Attraktivität anderer Arbeitgeber in der Bevölkerungsbefragung 2015 nicht abge-

fragt wurde, fehlt ein Vergleichsmaßstab. Eine andere Studie des ZMSBw zur Attraktivität verschiedener Arbeitgeber unter Jugendlichen aus dem Jahr 2011 zeigt aber, dass die Bundeswehr bei jungen Menschen nur im hinteren Drittel der attraktiven potenziellen Arbeitgeber rangiert (Hentschel 2013: 47-51).

Betrachtet man die wahrgenommene Attraktivität in soziodemografischen Gruppen der Bevölkerung (vgl. Tabelle 6.1), sieht man einen deutlichen Geschlechterunterschied: Männer bewerten die Bundeswehr mit 69 Prozent als deutlich attraktiver als Frauen (57 Prozent). Zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen gibt es gar keine Unterschiede. Vergleicht man die Altersgruppen, gibt es nur geringe Abweichungen. Auch die 16- bis 29-Jährigen bewerten die Bundeswehr mit 61 Prozent als attraktiv. Ein Blick auf die anderen Gruppen in Tabelle 6.1 zeigt die höchsten Attraktivitätseinschätzungen bei Menschen mit mittlerem Einkommen, Anhängern von CDU/CSU und SPD sowie Nord- und Ostdeutschen.

Mit ihrer Attraktivitätsagenda („Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“) hat die Bundeswehr ein umfassendes Programm gestartet, ihre Anziehungskraft als Arbeitgeber zu erhöhen. Dazu gehören beispielsweise die stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, die Reduzierung der Zahl der Versetzungen oder der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Diese Maßnahmen wirken bisher in erster Linie nach innen in die Bundeswehr¹², nur einige Bestandteile wie die Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit erhalten eine stärkere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Daher stellt sich die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger etwas von den Maßnahmen des Programms „Bundeswehr in Führung“ mitbekommen.

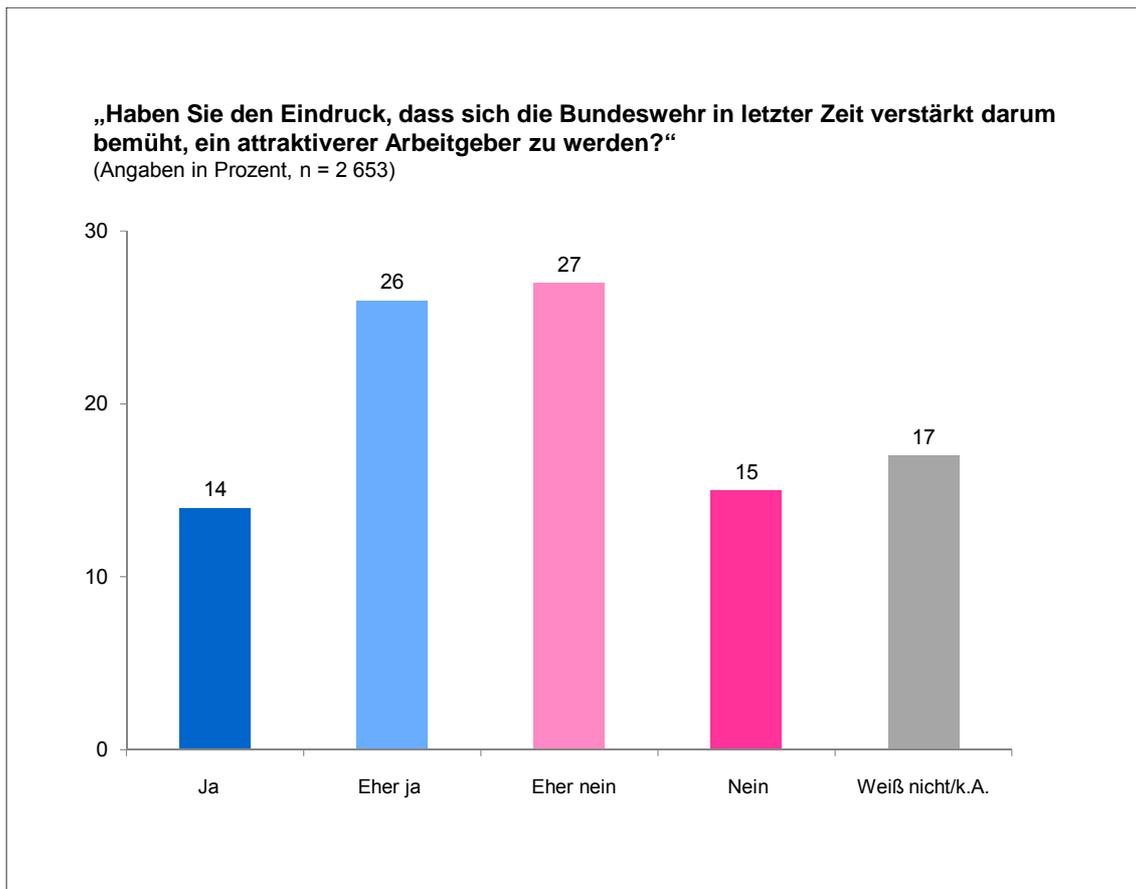
Immerhin 40 Prozent der Befragten („Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst) haben wahrgenommen, dass die Bundeswehr sich bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden (vgl. Abbildung 6.2). Ein ähnlich großer Anteil der Bürger hat von den Bemühungen der Bundeswehr allerdings nichts gemerkt (42 Prozent; „Nein“ und „Eher nein“ kombiniert). 17 Prozent der Befragten geben auf diese Frage keine substantielle Antwort. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Bundeswehr ihre Programme und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung in der Öffentlichkeit noch stärker betonen und offensiver bewerben kann.

Die Befragten, die wahrgenommen haben, dass die Bundeswehr daran arbeitet, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden, wurden mit einer offenen Frage danach gefragt, was

¹² Einen umfassenden Überblick bietet das Portal „Bundeswehr in Führung“ unter http://www.bundeswehr.org/portal/a/bworg!/ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK_9pPL8onS9zMTsktLUnBy9tNLUjKLSvPT4stSi8sScEiATqCQ-LS9dvyDbUREAhSKeFQ!!! (Zitiert als Bundeswehr 2015c, letzter Zugriff: 08.12.2015).

zu diesem Eindruck beigetragen hat (vgl. Abbildung 6.3). Hier werden vor allem die Werbemaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr genannt. 20 Prozent der Äußerungen beziehen sich auf mehr Werbung und Information allgemein, 9 Prozent sprechen den neuen Werbeslogan der Bundeswehr an, und 4 Prozent nennen das neue Image.

Abbildung 6.2: Wahrnehmung der Bemühungen der Bundeswehr, ein attraktiverer Arbeitgeber zu sein



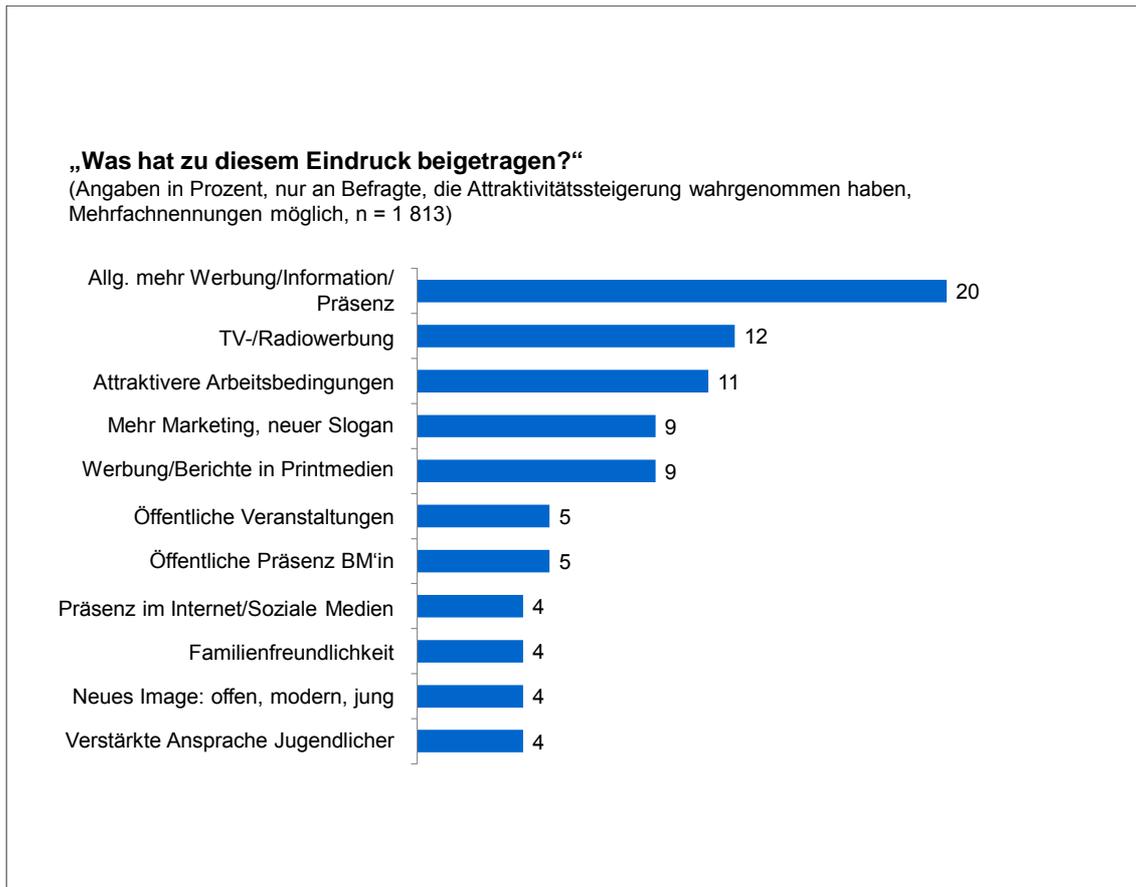
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Viele Befragte geben bestimmte Medienkanäle an wie TV- oder Radiowerbung (12 Prozent), Werbung oder Berichte in Printmedien (9 Prozent) sowie die Präsenz im Internet oder den sozialen Medien (4 Prozent). Konkrete Attraktivitätsmaßnahmen werden ebenfalls von einigen Befragten angeführt: 11 Prozent nennen attraktivere Arbeitsbedingungen, 4 Prozent die Familienfreundlichkeit. 5 Prozent der Befragten verknüpfen explizit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit der Attraktivitätsagenda.

Dass die Bundeswehr ihre Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung wie oben bereits angemerkt stärker und intensiver bewerben muss, zeigt die Verteilung der Antworten zu

der Frage, ob die Befragten schon konkret etwas vom Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr gehört oder gelesen haben (vgl. Abbildung 6.4). Bei etwas mehr als einem Viertel der Befragten (28 Prozent) ist das der Fall. Hingegen haben 63 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung 2015 von der Attraktivitätsagenda noch nichts gehört oder gelesen, und 8 Prozent machen keine Angabe.

Abbildung 6.3: Offene Nachfrage zur Wahrnehmung der Attraktivitätsagenda



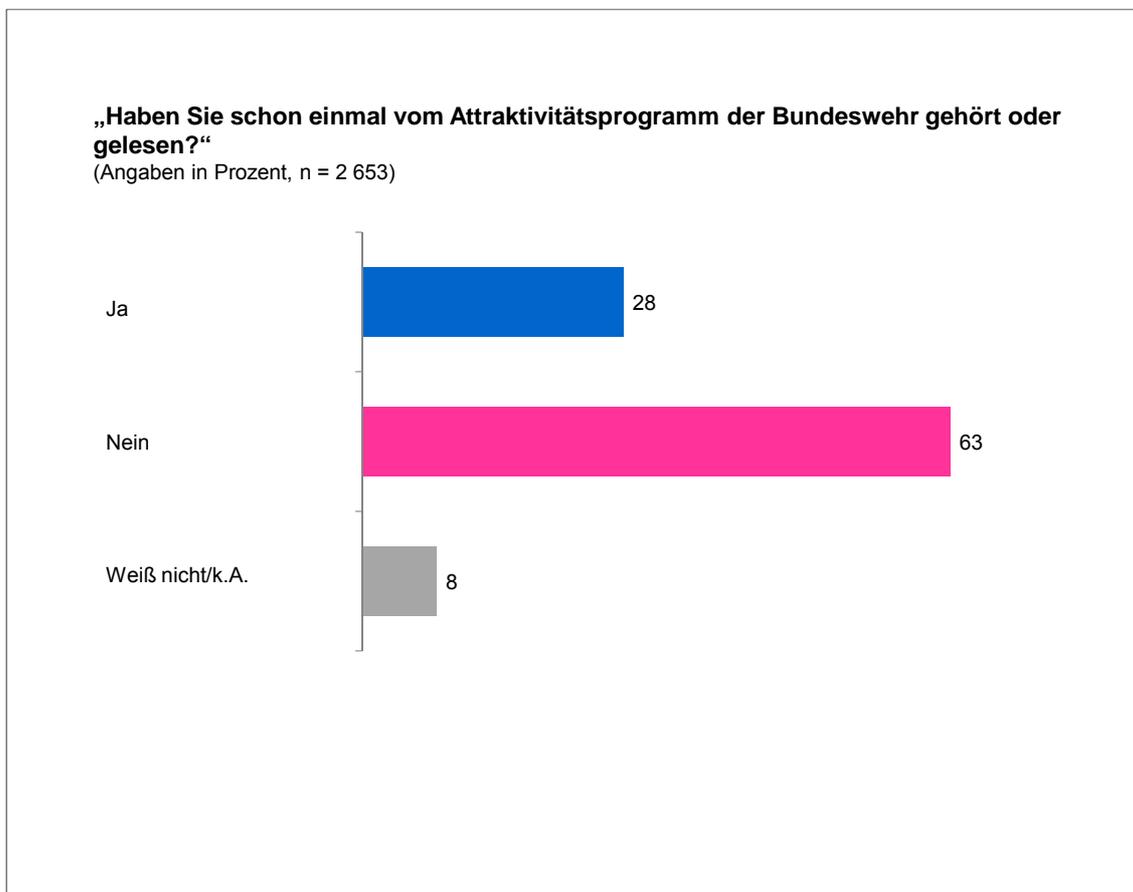
Anmerkungen: Die Frage ging nur an Befragte, die eine Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr wahrgenommen haben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Auch bei der Wahrnehmung des Attraktivitätsprogramms zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen (vgl. Tabelle 6.2). So haben Männer mit 36 Prozent deutlich häufiger davon gehört als Frauen mit 21 Prozent. Bei den Altersgruppen gibt es ebenfalls deutliche Unterschiede. Für die 30- bis 49-Jährigen zeigt sich mit 35 Prozent der höchste Wert. Bei den 16- bis 29-Jährigen hat nur jeder Vierte etwas von der Attraktivitätsagenda gehört, und bei der ältesten Gruppe ist es nicht einmal jeder Fünfte. Für das Bildungsniveau und das Einkommen gibt es große Unterschiede: Befragte mit höherem Einkommen und mit mittlerem oder hohem Bil-

dungsabschluss haben die Maßnahmen der Bundeswehr eher wahrgenommen. Für die Wahlabsicht gibt es keine signifikanten, für die regionale Herkunft nur geringe Abweichungen.

Abbildung 6.4: Bekanntheit des Attraktivitätsprogramms der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Unabhängig von den konkreten Maßnahmen der Attraktivitätsagenda sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung sich dazu äußern, was die Bundeswehr tun kann, um noch attraktiver zu werden. Abbildung 6.5 zeigt eine Übersicht über die zusammengefassten offenen Antworten der Befragten. Mit großem Abstand am häufigsten (17 Prozent) führen die Bürgerinnen und Bürger eine gute bzw. höhere Entlohnung als Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung an. Bessere Karriereöglichkeiten und Arbeitsbedingungen werden von 9 Prozent angeführt. 8 Prozent nennen mehr Öffentlichkeit und Transparenz. Die weiteren in Abbildung 6.5 dargestellten Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zeigen durchaus differenzierte Vorstellungen, wie man die Attraktivität der Bundeswehr steigern kann. Interessanterweise decken sich die Bewertungen der Befragten der Bevölkerungsbefragung 2015 nur zum Teil mit denen

der Soldatinnen und Soldaten selbst. Im Rahmen der vom ZMSBw 2013 durchgeführten Attraktivitätsstudie bewertete das militärische Personal Bezahlung und Sozialleistungen als gut, während beispielsweise große Defizite bei der Familienfreundlichkeit, Vorgesetztenverhalten oder den Weiterbildungsmöglichkeiten gesehen wurden (Höfig 2014).

Tabelle 6.2: Wahrnehmung des Attraktivitätsprogramms der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie schon einmal vom Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)			
	Ja	Nein	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	28	63	8
Geschlecht ***			
Männer	36	56	8
Frauen	21	70	9
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	25	66	(9)
30 bis 49 Jahre	35	57	8
50 bis 69 Jahre	29	63	9
70 Jahre und älter	19	72	9
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	33	58	9
Realschulabschluss	33	61	6
Hauptschulabschluss	24	67	9
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***			
4.001 Euro und mehr	(42)	(48)	(11)
2.001 bis 4.000 Euro	33	59	8
Bis 2.000 Euro	24	69	7
Wahlabsicht Bundestagswahl ^{n.s.}			
CDU/CSU	28	64	8
SPD	32	58	10
Bündnis 90/Die Grünen	30	62	(8)
Die Linke	(26)	66	(8)
FDP	(39)	58	3
AfD	(16)	74	(10)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	28	64	(8)
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	27	64	(9)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	28	65	(7)
Süddeutschland (BW, BY)	28	67	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	30	58	12

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Abbildung 6.5: Offene Nachfrage zu Attraktivitätsmaßnahmen

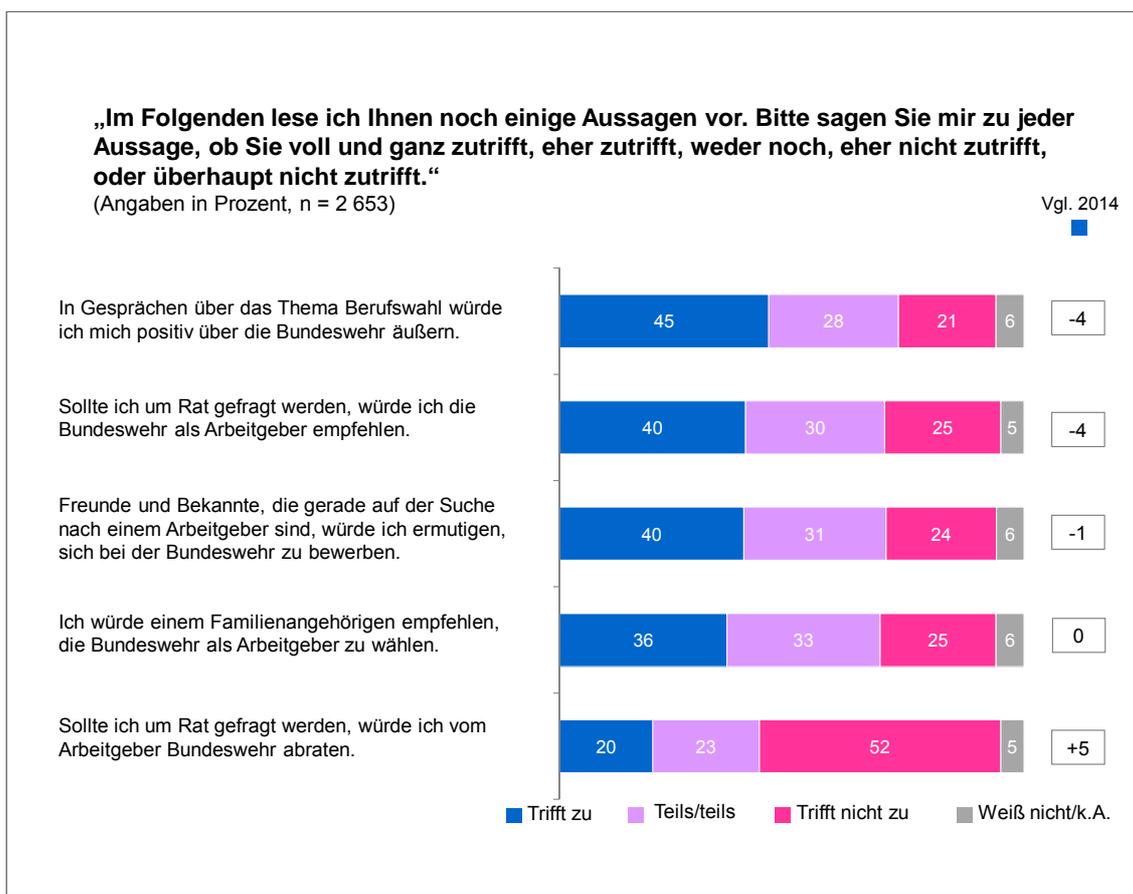


Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die positiven bzw. zustimmenden Antworten variieren zwischen 36 und 45 Prozent (vgl. Abbildung 6.6). Bei allen fünf Fragen würde sich jeweils etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Befragten negativ äußern und sich explizit gegen die Bundeswehr aussprechen. Blickt man auf die einzelnen Aussagen, ergibt sich der höchste Wert für „positive Äußerungen über die Bundeswehr in Gesprächen über die Berufswahl“ (45 Prozent). Lediglich 20 Prozent der Befragten würden explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten. Für diese Aussage zeigt sich mit fünf Prozentpunkten allerdings die größte Veränderung im Vergleich zu 2014.

Abbildung 6.6: Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr



Anmerkungen: Trifft zu: „Trifft ganz zu“ und „Trifft eher zu“ zusammengefasst; Trifft nicht zu: „Trifft überhaupt nicht zu“ und „Trifft eher nicht zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014 und 2015.

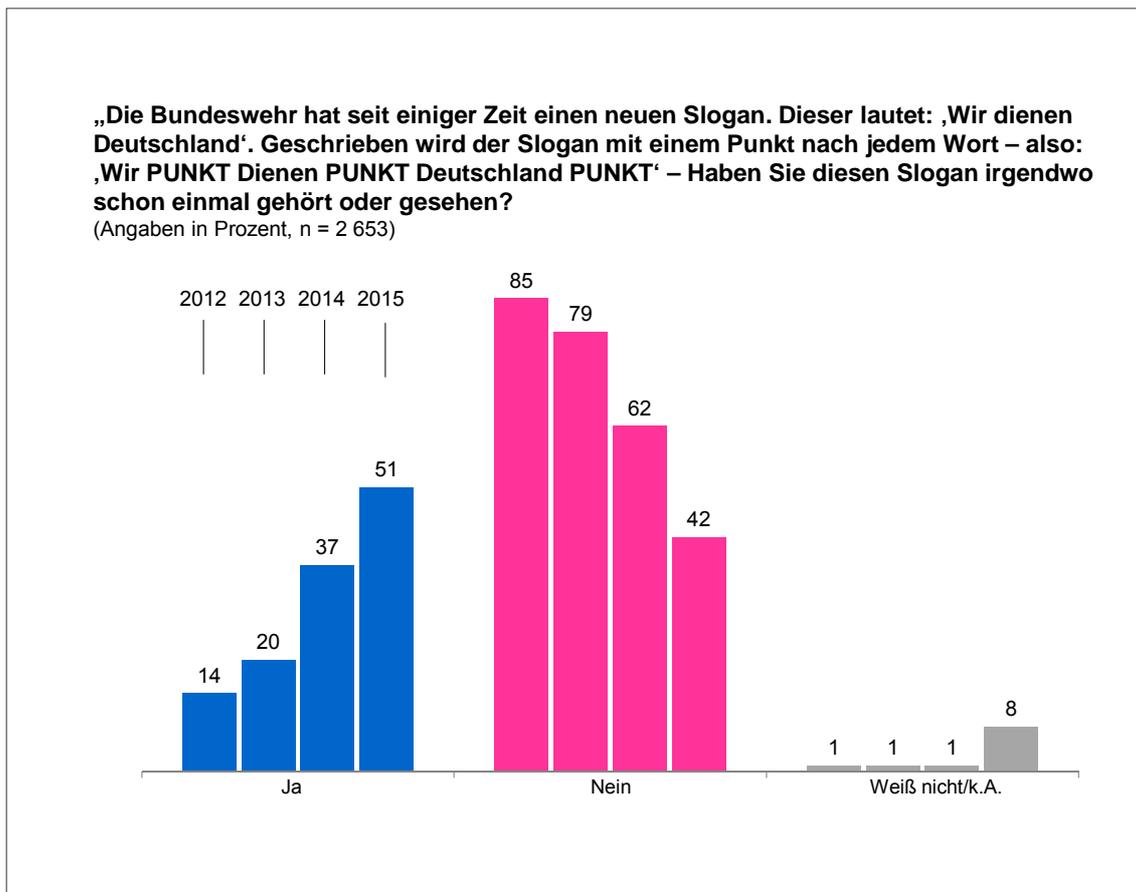
Insgesamt zeigen sich auch in diesem Abschnitt grundsätzlich positive Einstellungen zur Bundeswehr. Die Streitkräfte werden als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen gesehen, den viele Befragte auch Verwandten, Freunden oder Bekannten empfehlen würden. Im Gegensatz dazu ist die Attraktivitätsagenda mit ihren zahlreichen Maßnahmen vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bekannt. Zudem decken sich die Vorstellungen der Befragten zur Attraktivitätssteigerung nicht mit den von den Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr identifizierten Problemen und Defiziten.

7 Bekanntheit und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“

Markus Steinbrecher

Anders als in den Vorjahren gab es keine eigene telefonische (CATI-)Befragung zum Claim der Bundeswehr „Wir. Dienen. Deutschland.“. Statt dessen wurden einige Fragen zum Claim in die (CAPI-)Bevölkerungsbefragung 2015 integriert. Ein Teil der im Folgenden berichteten Veränderungen könnte daher auf den Wechsel im Befragungsmodus und die Integration des Fragenblocks in eine wesentlich größere Mehrthemenbefragung zurückzuführen sein.

Abbildung 7.1: Bekanntheit Claim Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2012–2015.

In der Bevölkerungsbefragung 2015 geben 51 Prozent der Befragten an, dass sie den Werbeslogan der Bundeswehr „Wir. Dienen. Deutschland.“ kennen (vgl. Abbildung

7.1). Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. 2014 lag die Bekanntheit noch bei 37 Prozent. Der Bundeswehr scheint es also sehr erfolgreich gelungen zu sein, ihren Slogan noch breiter in der Bevölkerung bekannt zu machen.

Tabelle 7.1: Bekanntheit Claim Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

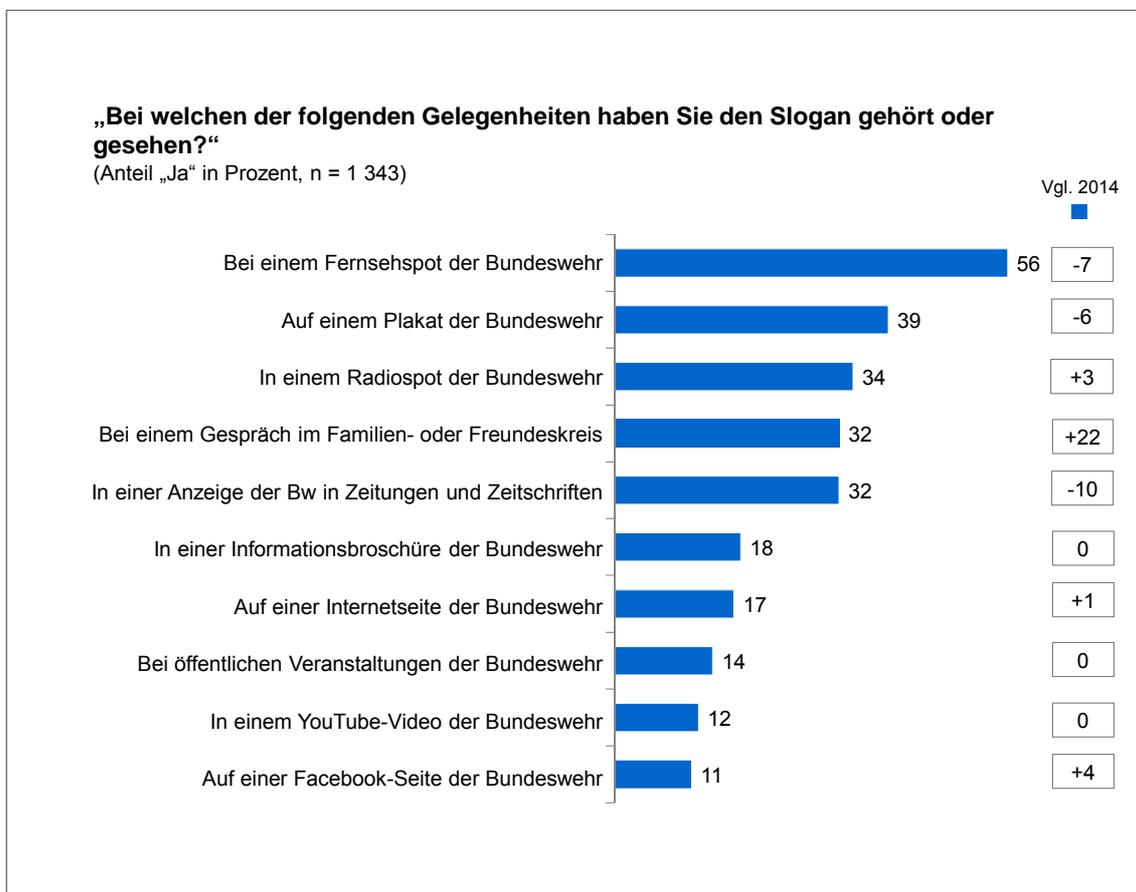
„Die Bundeswehr hat seit einiger Zeit einen neuen Slogan. Dieser lautet: ‚Wir dienen Deutschland‘. Geschrieben wird der Slogan mit einem Punkt nach jedem Wort – also: Wir PUNKT Dienen PUNKT Deutschland PUNKT – Haben Sie diesen Slogan irgendwo schon einmal gehört oder gesehen?“ (Angaben in Prozent)			
	Ja	Nein	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	51	42	8
Geschlecht ***			
Männer	57	36	7
Frauen	45	47	8
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	54	38	(8)
30 bis 49 Jahre	54	40	6
50 bis 69 Jahre	51	41	8
70 Jahre und älter	39	52	(9)
Bildungsniveau *			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	52	40	8
Realschulabschluss	54	38	8
Hauptschulabschluss	47	46	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***			
4.001 Euro und mehr	65	(27)	(8)
2.001 bis 4.000 Euro	58	36	7
Bis 2.000 Euro	42	50	8
Wahlabsicht Bundestagswahl ^{n.s.}			
CDU/CSU	52	41	7
SPD	50	43	(8)
Bündnis 90/Die Grünen	54	41	(5)
Die Linke	41	48	(11)
FDP	(54)	(39)	(8)
AfD	(48)	(45)	(7)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	50	42	(8)
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	46	44	(10)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	50	46	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	57	37	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	48	43	10

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Betrachtet man die Bekanntheit von „Wir. Dienen. Deutschland.“ in verschiedenen soziodemografischen Gruppen, kann man deutliche Unterschiede erkennen (vgl. Tabelle 7.1). Männern (57 Prozent) ist der Slogan deutlich eher bekannt als Frauen (45 Prozent). In den beiden jüngsten Altersgruppen ist er mehr als der Hälfte bekannt, bei den ältesten Befragten lediglich vier von zehn Personen. Während die Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlicher Bildung gering sind, unterscheiden sich die Einkommensgruppen deutlich. Bei den Befragten mit mehr als 4.000 Euro Einkommen kennen fast zwei Drittel „Wir. Dienen. Deutschland.“. Während sich Bürger mit unterschiedlichen Wahlabsichten nicht hinsichtlich der Bekanntheit des Slogans unterscheiden, gibt es regionale Unterschiede. Besonders Süddeutschen (57 Prozent) ist der Slogan bekannt, während er Norddeutschen mit 46 Prozent deutlich seltener ein Begriff ist.

Abbildung 7.2: Claim Bundeswehr gehört/gesehen, Quellen



Anmerkung: Die Angaben beziehen sich nur auf die Personen, die den Claim gehört oder gesehen haben.

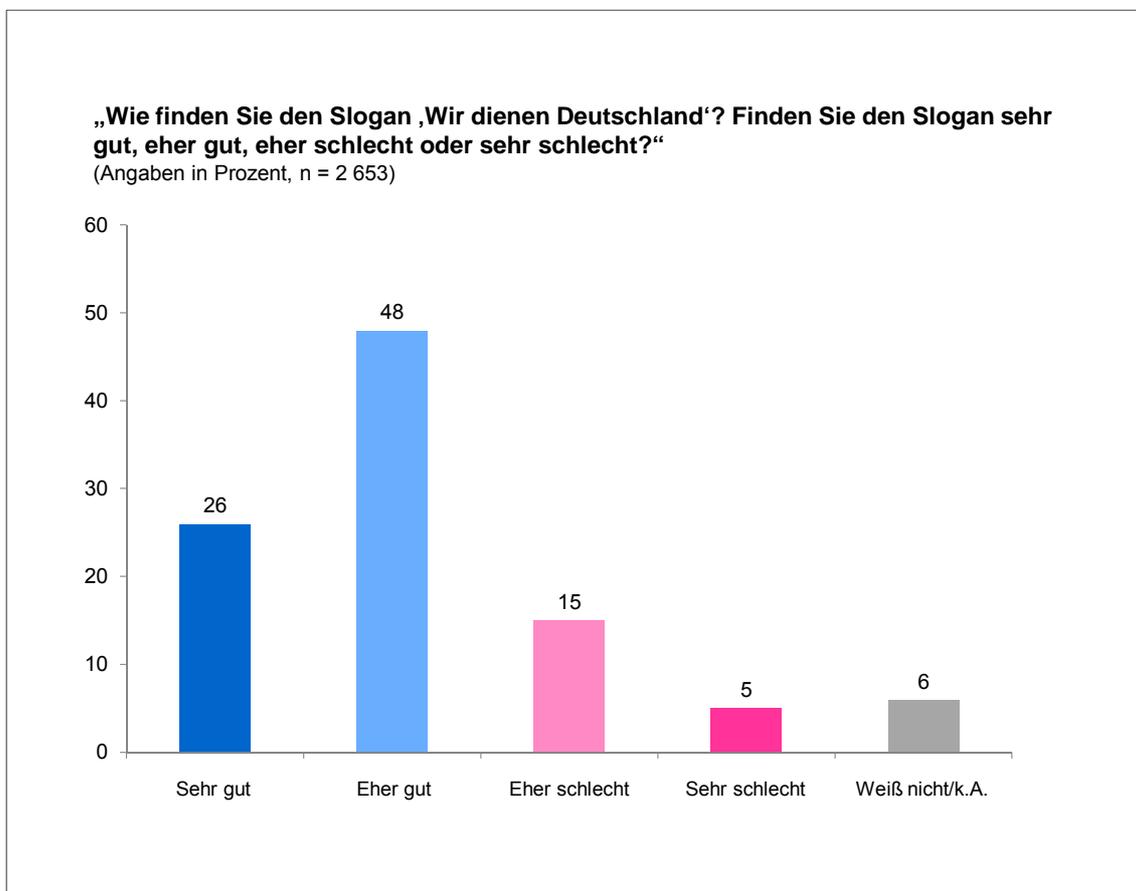
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014 und 2015.

Diejenigen, die den Slogan kannten, wurden zusätzlich danach gefragt, wo sie ihn gehört oder gesehen hatten (vgl. Abbildung 7.2). Die Befragten konnten dabei mehrere

Quellen angeben. Hier zeigt sich die große Reichweite der Massenmedien: Mehr als die Hälfte der Befragten kennt den Slogan aus dem Fernsehen (56 Prozent), 39 Prozent haben ihn auf einem Plakat gesehen und 34 Prozent im Radio gehört.

Während sich diese Werte im Vergleich zum Vorjahr nur um wenige Prozentpunkte geändert haben, zeigt sich in der Bevölkerungsbefragung 2015, dass deutlich mehr Menschen mit dem Slogan bei Gesprächen im Freundes- oder Familienkreis in Kontakt kamen. Berichteten 2014 lediglich 10 Prozent der Befragten, den Slogan aus diesem Zusammenhang zu kennen, war es 2015 fast ein Drittel der Befragten. Abgenommen hat hingegen die Reichweite der Anzeigen in Zeitungen oder Zeitschriften. Im Vorjahr sagten noch 42 Prozent, dass sie „Wir. Dienen. Deutschland.“ aus dieser Quelle kennen. 2015 waren es lediglich 32 Prozent.

Abbildung 7.3: Bewertung Claim Bundeswehr



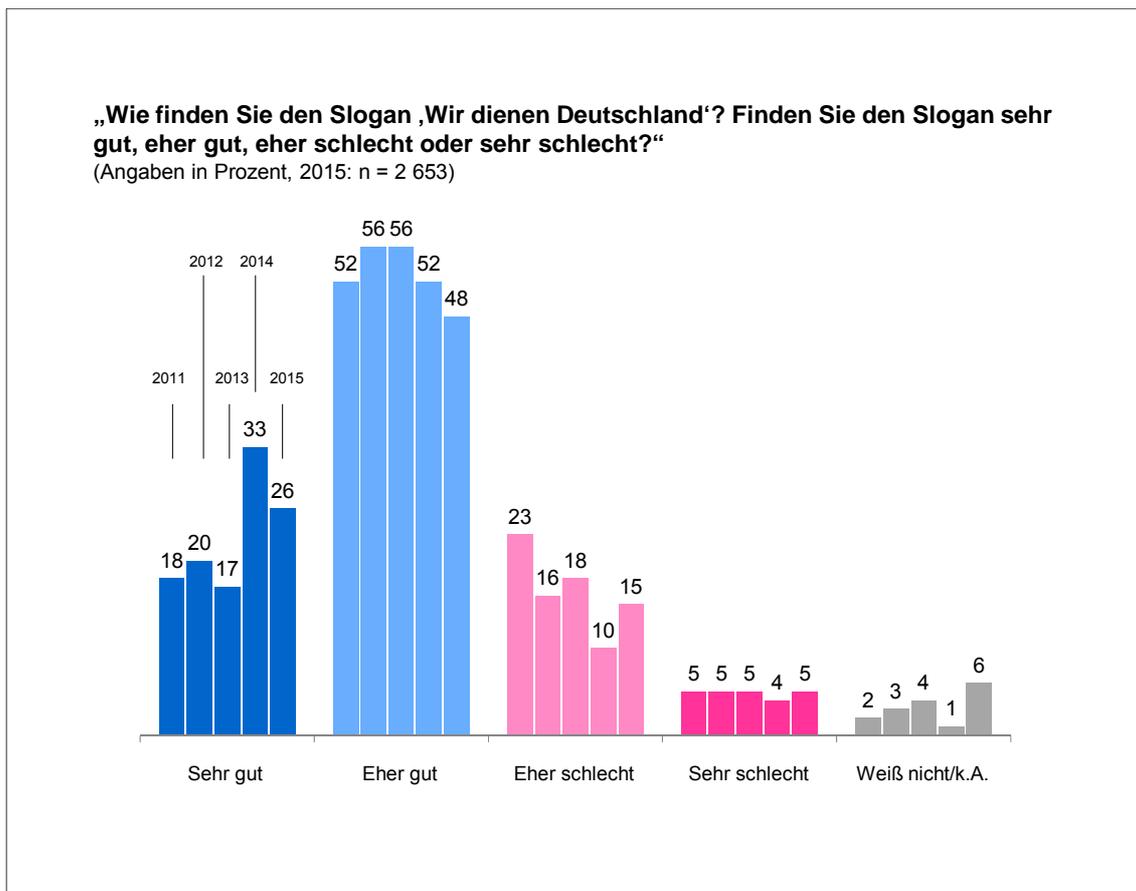
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Aus Informationskanälen, die von der Bundeswehr selbst verantwortet oder herausgegeben werden (z.B. die Facebook-Seite der Bundeswehr), kennt maximal ein Fünftel der Befragten den Slogan. Insgesamt zeigen die Ergebnisse also eindeutig die Bedeutung

der Massenmedien sowie der persönlichen Kommunikation im Freundes- und Familienkreis für die Bekanntheit von „Wir. Dienen. Deutschland.“.

Der Claim der Bundeswehr wird weiterhin von einer sehr großen Mehrheit der Befragten eindeutig positiv bewertet (vgl. Abbildung 7.3): 74 Prozent finden „Wir. Dienen. Deutschland.“ sehr gut oder eher gut, 20 Prozent finden ihn sehr schlecht oder eher schlecht, 5 Prozent geben keine Bewertung ab.

Abbildung 7.4: Bewertung Claim Bundeswehr im Zeitverlauf



Anmerkungen: 2014 wurde die Frage mit einer 5er-Skala erhoben, die nicht vollständig mit den Erhebungen in den anderen Jahren vergleichbar ist. Werte 2014: sehr gut: 25 Prozent, eher gut: 39 Prozent, teils/teils: 25 Prozent, eher schlecht: 8 Prozent, sehr schlecht: 3 Prozent, weiß nicht/k.A.: 1 Prozent. Für die Darstellung in der Abbildung wurde „teils/teils“ herausgerechnet.

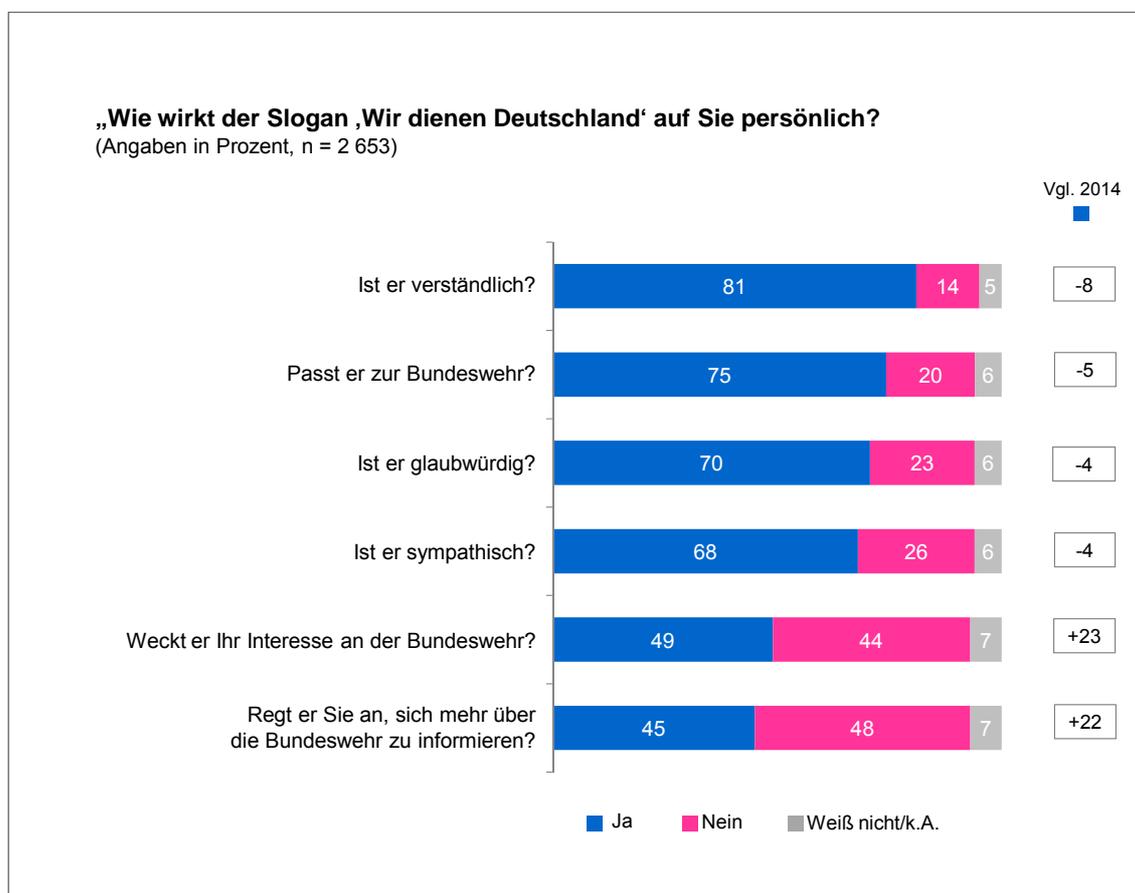
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2011–2015.

Im Vergleich über die Jahre hinweg zeigt sich eine weitgehend unveränderte positive Bewertung von „Wir. Dienen. Deutschland.“ (vgl. Abbildung 7.4). Der Anteil derjenigen, die den Slogan positiv bewerteten, schwankt zwischen 2011 und 2015 zwischen 70 und 76 Prozent. Negativ eingeschätzt wird der Claim jeweils von 20 bis 28 Prozent der Befragten. Insgesamt zeigt sich also eine hohe Stabilität in den Einschätzungen.

Die Wirkung des Claims der Bundeswehr auf die Befragten zeigt Abbildung 7.5. Hierzu wurden sechs Eigenschaften abgefragt. Für 81 Prozent der Befragten ist der Slogan verständlich. 75 Prozent finden, dass „Wir. Dienen. Deutschland.“ zur Bundeswehr passt. Auf 70 Prozent der Befragten wirkt das Motto glaubwürdig, für 68 Prozent ist es sympathisch. Bei diesen Eigenschaften des Slogans zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr jeweils eine Abnahme in der Zustimmung zwischen 4 und 8 Prozentpunkten.

Deutlich zugenommen hat aber im Gegensatz zu 2014 der Anteil derjenigen, deren Interesse an der Bundeswehr durch das Motto geweckt wird oder die dadurch angeregt werden, sich mehr über die Bundeswehr zu informieren (49 bzw. 46 Prozent). Dies ist eine Zunahme um jeweils gut 20 Prozentpunkte. Die berichteten Veränderungen könnten sich auf den Wechsel im Befragungsmodus zurückführen lassen.

Abbildung 7.5: Eigenschaften Claim Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014 und 2015.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse in diesem Abschnitt eine deutliche Zunahme der Bekanntheit des Slogans der Bundeswehr. Erstmals ist er mehr als der Hälfte der Bürgerinnen und Bürger bekannt. Er wird zudem von drei Vierteln der Befragten positiv

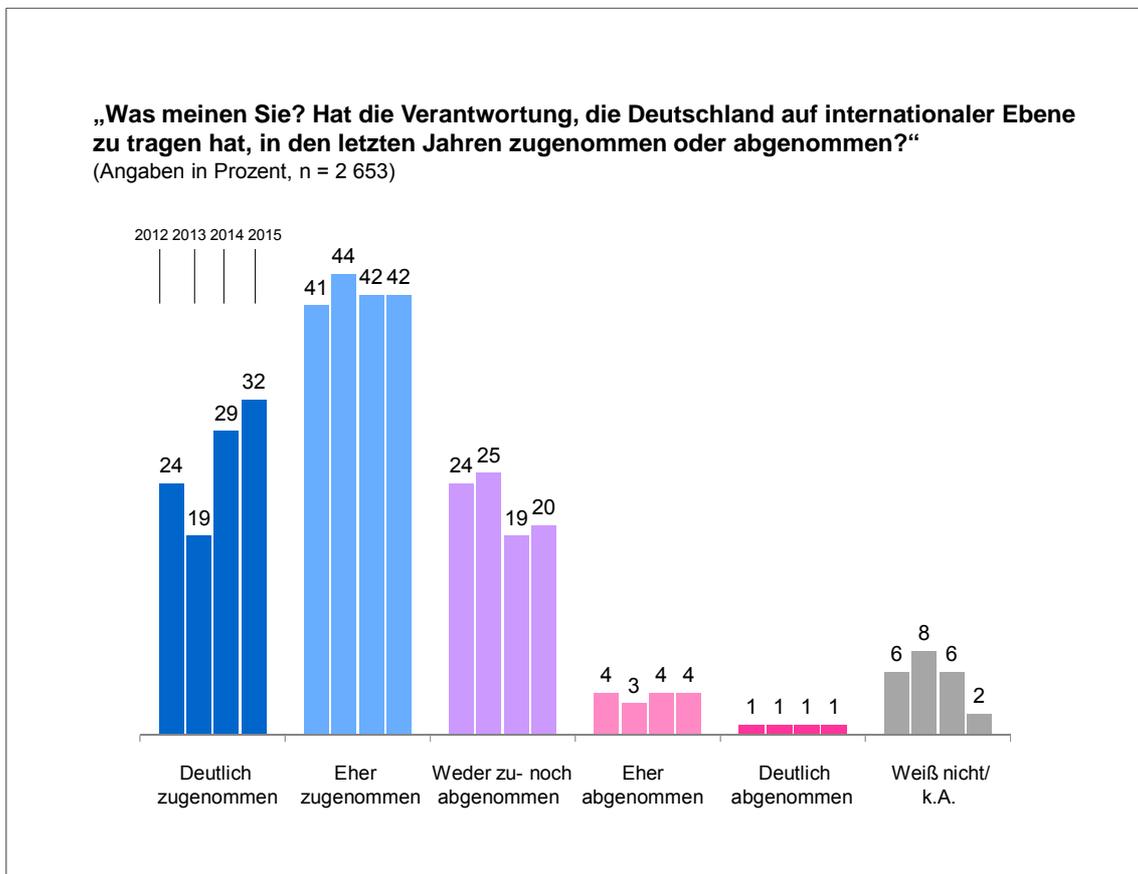
bewertet. Auch bei den spezifischen Assoziationen mit „Wir. Dienen. Deutschland.“ überwiegen eindeutig die positiven Bewertungen. Hier zeigen sich in der Regel sehr ähnliche Meinungen und Einstellungen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren (Bulmahn/Wanner 2013).

8 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

Markus Steinbrecher

Seit der Wiedervereinigung wird über eine gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert. Dies zeigt sich einerseits in der politischen und öffentlichen Debatte, andererseits an den zahlreichen Einsätzen der Bundeswehr in Europa und der Welt.

Abbildung 8.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene



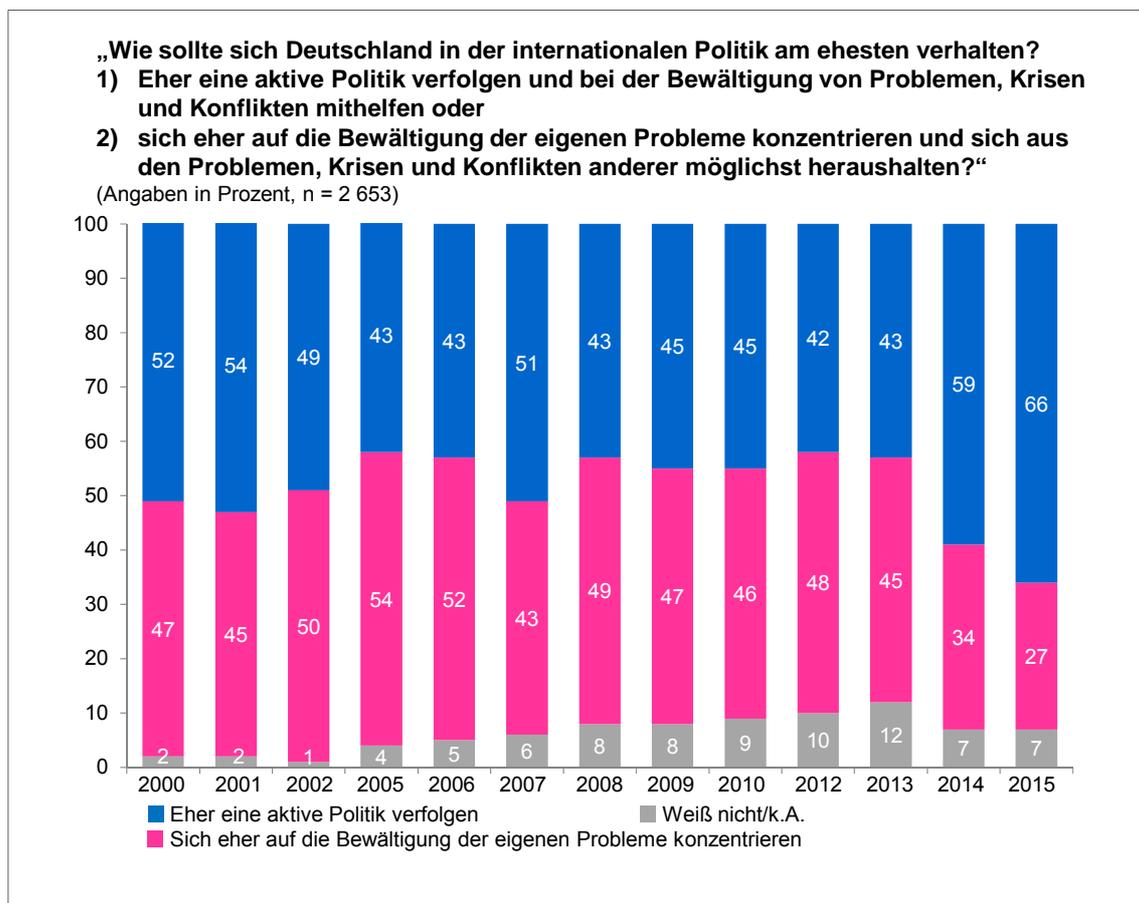
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2012–2015.

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen eindeutig eine gestiegene Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene wahr (vgl. Abbildung 8.1). 32 Prozent denken, dass die Verantwortung deutlich zugenommen hat, 42 Prozent, dass sie eher zugenommen hat.

Zusammengenommen sind dies fast drei Viertel der Bürger und damit der höchste Wert, seitdem diese Frage gestellt wird. 20 Prozent der Befragten sehen 2015 keine Veränderung, kaum jemand denkt, dass Deutschlands Verantwortung abgenommen hat (5 Prozent).

Gefragt danach, ob sich Deutschland in der internationalen Politik eher aktiv oder passiv verhalten soll (vgl. Abbildung 8.2), ergibt sich im Vergleich zu 2014 eine noch deutlichere Mehrheit für eine aktive Politik (66 Prozent). Dies ist mit Abstand der höchste Wert im ganzen betrachteten Zeitraum zwischen 2000 und 2015. Nur noch 27 Prozent der Befragten denken in der Befragung 2015, dass Deutschland eher passiv bleiben und sich auf die eigenen Probleme konzentrieren sollte. Seit 2013 ist somit eine merkliche Änderung im Meinungsbild eingetreten, die sich 2015 zu verstetigen scheint.

Abbildung 8.2: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich



Anmerkungen: Die Frageformulierung wurde 2014 und 2015 geändert. Ein Vergleich der alten und der neuen Frageformulierung mit den Daten der Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt aber, dass die Antwortverteilung sich zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2015.

Tabelle 8.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? 1) Eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	66	27	7
Geschlecht ***			
Männer	70	25	6
Frauen	62	29	9
Alter *			
16 bis 29 Jahre	63	28	(9)
30 bis 49 Jahre	70	23	6
50 bis 69 Jahre	64	30	6
70 Jahre und älter	64	28	(8)
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	72	22	7
Realschulabschluss	67	27	6
Hauptschulabschluss	63	30	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***			
4.001 Euro und mehr	80	(17)	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	71	24	6
Bis 2.000 Euro	61	32	7
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	71	23	(6)
SPD	68	24	(8)
Bündnis 90/Die Grünen	74	22	(4)
Die Linke	68	23	(8)
FDP	79	(17)	(4)
AfD	(36)	(58)	(6)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	57	35	(9)
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	68	28	(5)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	61	30	10
Süddeutschland (BW, BY)	65	31	(4)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	69	22	9

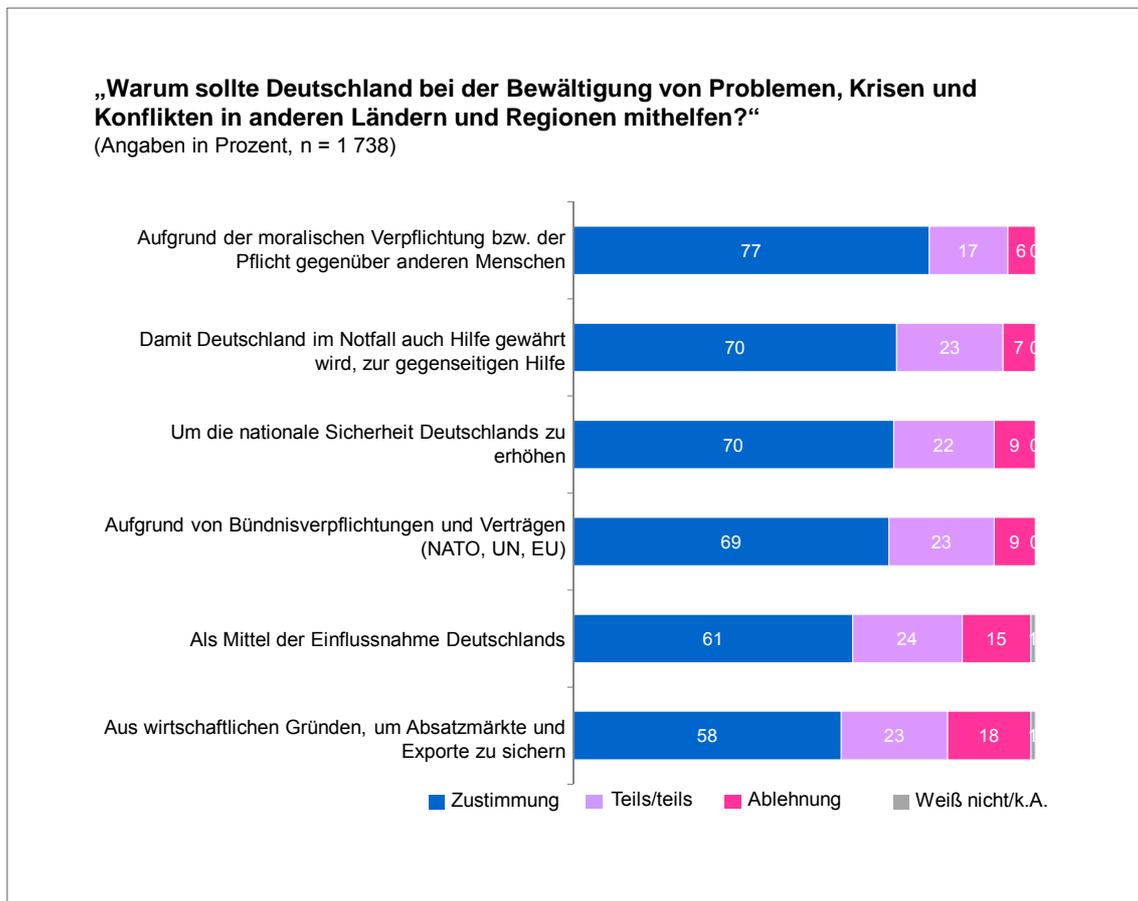
Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Tabelle 8.1 zeigt die Präferenz für eine aktive oder passive Außenpolitik in verschiedenen soziodemografischen Gruppen. Männer befürworten eine aktive Außenpolitik mit 70 Prozent stärker als Frauen mit 62 Prozent. Bei den Altersgruppen ragen die 30- bis 70 Prozent stärker als Frauen mit 62 Prozent. Bei den Altersgruppen ragen die 30- bis

49-Jährigen mit einer Zustimmung von 70 Prozent heraus. Es zeigt sich auch, dass ein höheres Bildungsniveau zu einer stärkeren Befürwortung einer aktiven Außenpolitik führt. Ähnliches gilt für das Einkommen: Die Befragten mit einem Einkommen über 4.000 Euro zeigen mit 80 Prozent die größte Zustimmung aller Gruppen für eine aktive Rolle Deutschlands. Überraschend sind die Unterschiede nach Wahlabsicht für einzelne Parteien. Mit 74 Prozent gibt es bei den Anhängern der Grünen die höchste Zustimmung, während sie bei den Befragten mit einer Wahlabsicht für die AfD mit 36 Prozent am geringsten ist. Auch zwischen den Regionen gibt es Unterschiede in der Präferenz für eine aktive Außenpolitik: Mit 68 bzw. 69 Prozent ist sie in Nord- und Westdeutschland am größten.

Abbildung 8.3: Argumente für eine aktive deutsche Außenpolitik



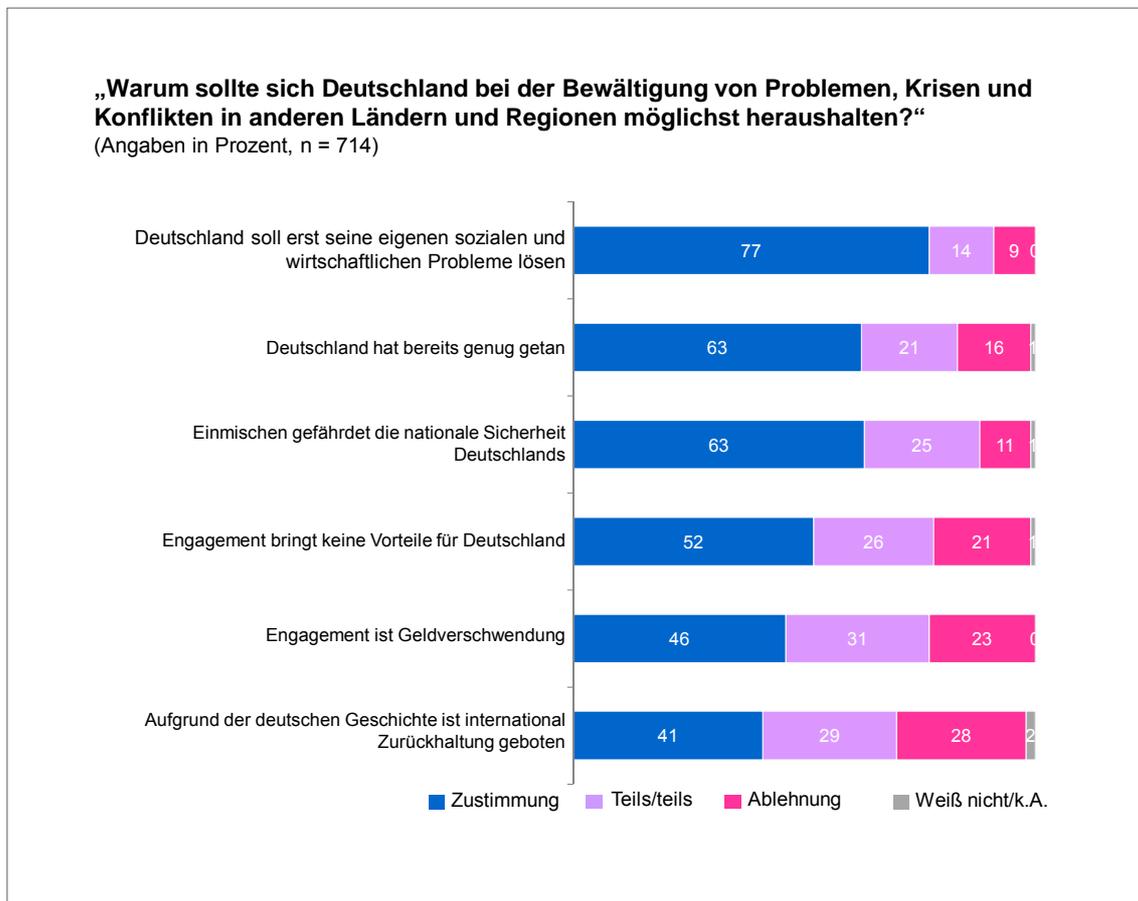
Anmerkungen: Die Fragen gingen nur an Personen, die das internationale Engagement Deutschlands befürworteten. Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Im Anschluss an die Frage nach einer aktiven oder passiven Außenpolitik Deutschlands wurden alle Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung 2015 danach gefragt, aus wel-

chen Gründen Deutschland eine aktive oder passive Politik betreiben sollte. Die Fragen nach den Gründen für eine aktive Politik wurden nur jenen Befragten gestellt, die eine solche Politik befürworteten (vgl. Abbildung 8.3). Hier zeigt sich eine deutliche Zustimmung zu allen sechs Aussagen. Für 77 Prozent ist Deutschland aus moralischen Gründen verpflichtet, eine aktive Außenpolitik zu betreiben, 70 Prozent befürworten die Aktivität zur gegenseitigen Hilfe und zur Erhöhung der nationalen Sicherheit Deutschlands. Ähnlich hoch ist mit 69 Prozent die Zustimmung für das Engagement aufgrund von Bündnisverpflichtungen und Verträgen. Immer noch etwa sechs von zehn Befragten stimmen zu, dass Deutschland zur Einflussnahme oder aus wirtschaftlichen Gründen aktiv sein soll.

Abbildung 8.4: Argumente gegen eine aktive deutsche Außenpolitik



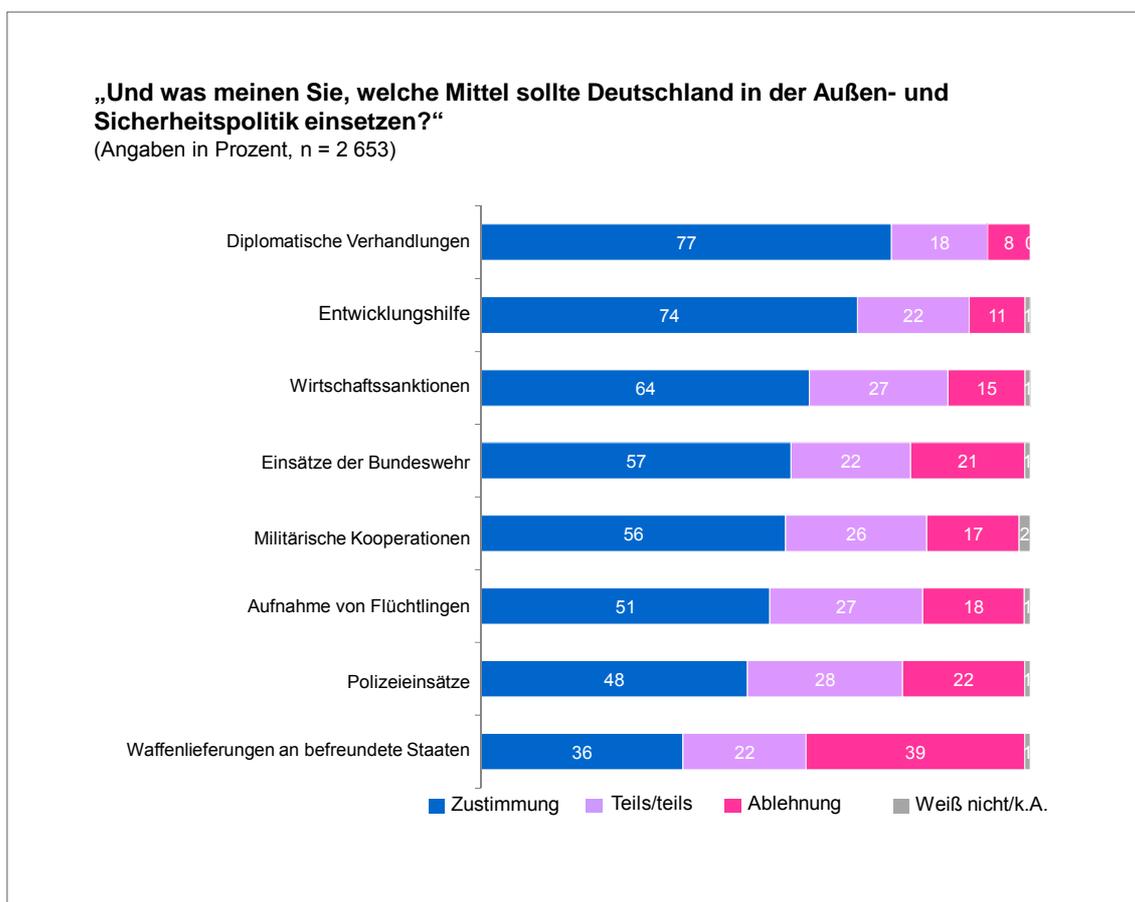
Anmerkungen: Frage ging nur an Personen, die das internationale Engagement Deutschlands ablehnen. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst, Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Wie in der vorangehenden Analyse wurden die Fragen nach den Argumenten gegen eine aktive deutsche Außenpolitik nur jenen Befragten gestellt, die sich für außenpoliti-

sche Zurückhaltung aussprechen (vgl. Abbildung 8.4). Hier erhalten nur vier der sechs Aussagen die Zustimmung einer absoluten Mehrheit der Befragten. Für 77 Prozent derjenigen, die eine passive Politik präferieren, sollte Deutschland nicht außenpolitisch aktiv sein, weil zuerst die eigenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme gelöst werden müssen. 63 Prozent sagen, dass Deutschland bereits genug getan habe oder führen die Gefährdung der nationalen Sicherheit Deutschlands als Grund an, keine aktive Außenpolitik zu betreiben. 52 Prozent sind der Meinung, dass ein Engagement keine Vorteile für Deutschland bringe. Etwas weniger als die Hälfte sieht außenpolitische Aktivität als Geldverschwendung, und etwa vier von zehn Bürgerinnen und Bürgern führen die deutsche Geschichte als Hinderungsgrund an.

Abbildung 8.5: Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



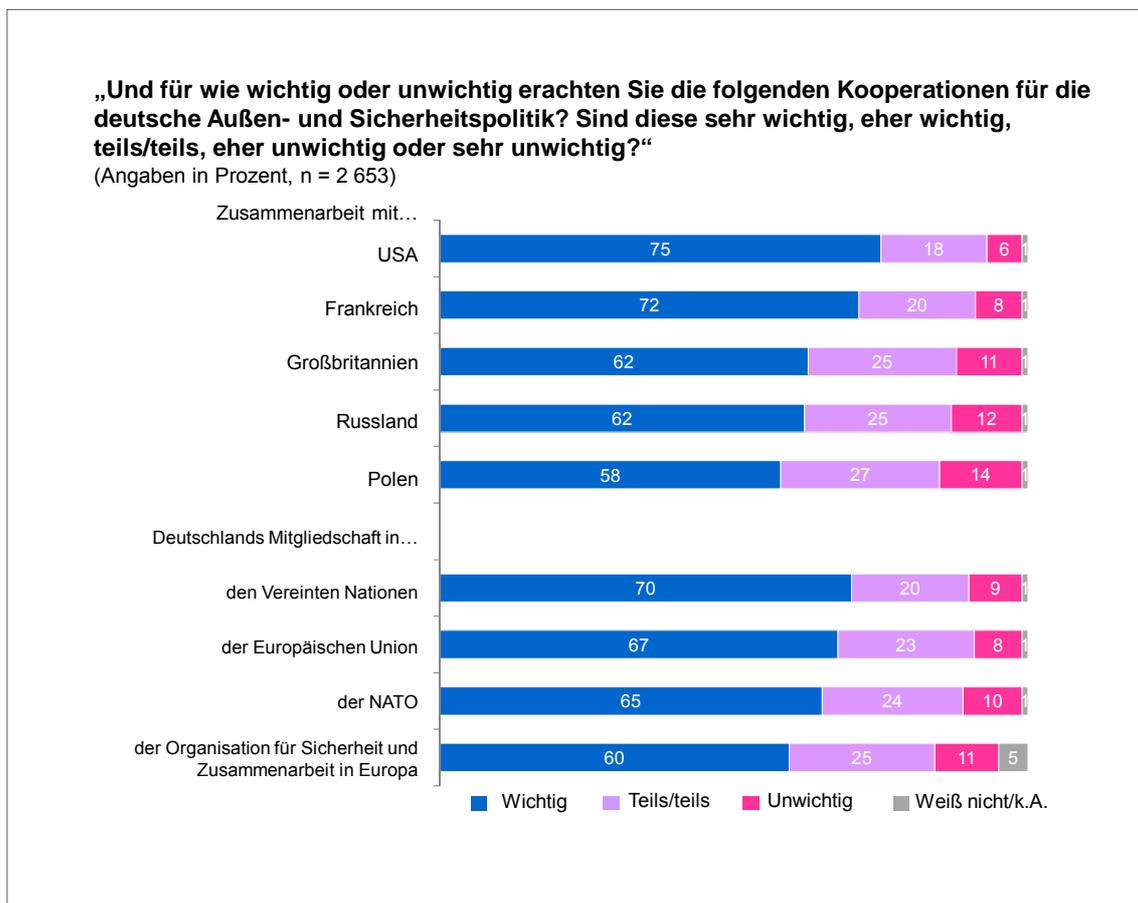
Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst, Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Gefragt nach ihrer Zustimmung zu verschiedenen Mitteln der Außen- und Sicherheitspolitik steht eine Mehrheit allen abgefragten Mitteln mit Ausnahme von Waffenlieferungen an befreundete Staaten positiv gegenüber (vgl. Abbildung 8.5). Mehr als drei

Viertel befürworteten diplomatische Verhandlungen. 74 Prozent begrüßen Entwicklungshilfe als Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Knapp zwei Drittel unterstützen Wirtschaftssanktionen. Etwas mehr als die Hälfte bewertet Einsätze der Bundeswehr, militärische Kooperationen und die Aufnahme von Flüchtlingen positiv. Polizeieinsätze werden von knapp 50 Prozent befürwortet. Bei Waffenlieferungen ist die Stimmung in der Bevölkerung geteilt. Insgesamt zeigt sich also eher eine Präferenz für nicht-militärische Mittel bei den Teilnehmern der Bevölkerungsbefragung.

Abbildung 8.6: Wichtigkeit von Kooperationen für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkung: Wichtig: Anteile „Sehr wichtig“ und „Eher wichtig“ zusammengefasst, Unwichtig: Anteile „Sehr unwichtig“ und „Eher unwichtig“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Die letzte Frage in diesem Themenblock konzentriert sich auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit Deutschlands mit bestimmten Staaten bzw. die Bedeutung von Deutschlands Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Organisationen (vgl. Abbildung 8.6). Grundsätzlich wird die Kooperation mit allen Staaten und Organisationen von einer absoluten Mehrheit der Befragten für wichtig gehalten. An der Spitze der Staaten

rangieren die USA mit 75 Prozent, gefolgt vom westeuropäischen Partner Frankreich (72 Prozent). Die Kooperation mit Großbritannien und Russland halten jeweils 62 Prozent für wichtig. Polen bildet zwar mit 58 Prozent das Schlusslicht, aber auch hier bewertet eine Mehrheit der Befragten die Kooperation als wichtig.

Bei den internationalen Organisationen scheinen die Befragten nur wenig zwischen VN, EU und NATO zu differenzieren. Die Mitgliedschaft in diesen Organisationen wird von etwa zwei Dritteln als wichtig eingeschätzt. 60 Prozent sehen die OSZE als wichtig an.

Fasst man die zentralen Ergebnisse dieses Abschnitts zusammen, so folgt eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dem Tenor des öffentlichen politischen Diskurses und nimmt wahr, dass Deutschlands internationale Verantwortung zugenommen hat. Die Zustimmung für eine aktive Außenpolitik ist deutlich gewachsen. Die Nachfragen zeigen, dass viele Befragte darunter sowohl humanitäre Hilfe und Unterstützungsmaßnahmen als auch Bündnissolidarität und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit verstehen. Eine ähnliche Mischung von Aktivitäten zeigt sich auch bei der gezielten Nachfrage nach den Zielen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

9 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

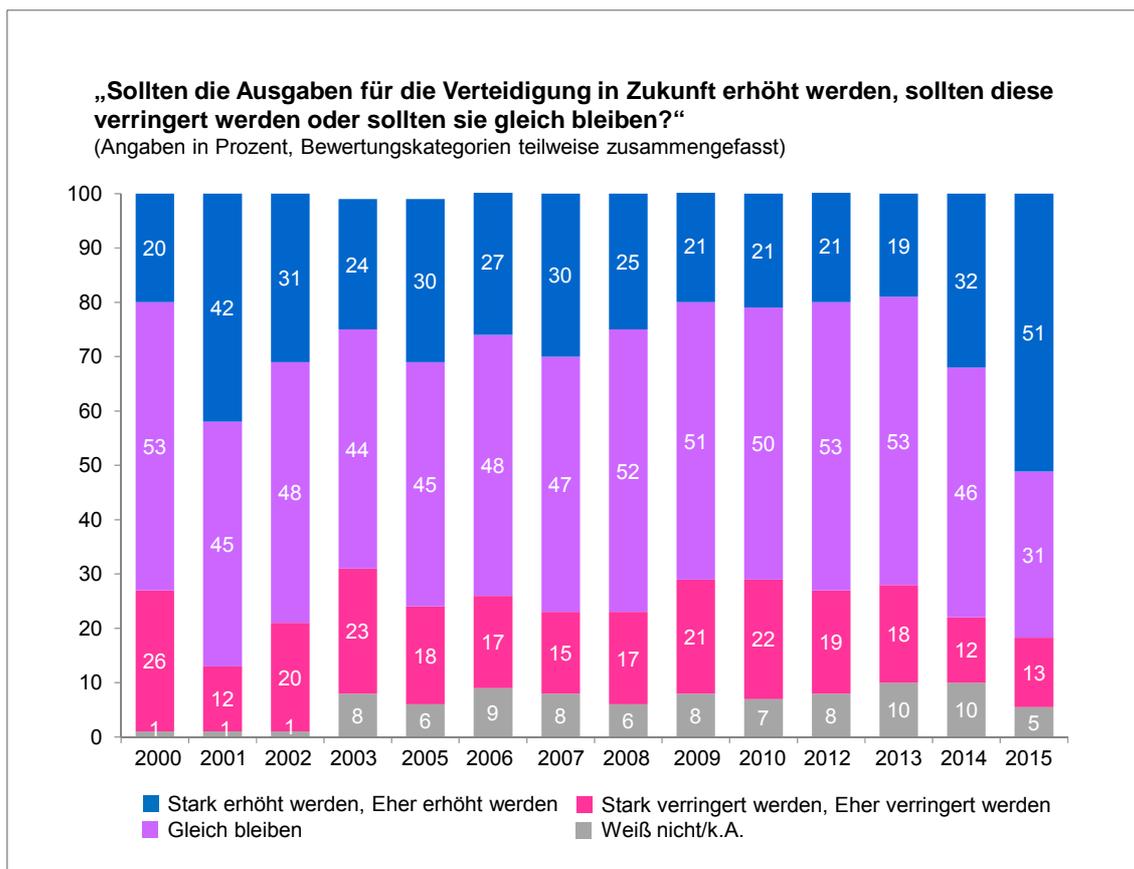
Meike Wanner

Die Bereitstellung personeller wie finanzieller Ressourcen stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit und den internationalen Einfluss der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Am 9. September 2015 wurde der Verteidigungshaushalt 2016 von der Bundesregierung durch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in den Bundestag eingebracht. Geplant ist, den Wehretat um 1,39 Milliarden Euro auf 34,37 Milliarden Euro zu erhöhen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg der Verteidigungsausgaben um rund 4 Prozent. Die Verteidigungsministerin betonte, dass die Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben modern aufgestellt, vielseitig einsetzbar und vor allem solide finanziert sein müsse. Mit dem Verteidigungshaushalt 2016 werde diesbezüglich nun eine „Trendwende“ eingeleitet. Nachholbedarf besteht insbesondere im Hinblick auf moderne Ausrüstung und beim Materialerhalt, um dem vielfältigen Aufgabenspektrum der Bundeswehr, auch im Hinblick auf Bündnisverpflichtungen, gerecht werden zu können (Bundesministerium der Verteidigung 2015).

Im Folgenden werden die Einstellungen der Bundesbürger zur finanziellen Ausstattung sowie zum Personalumfang der Bundeswehr dargestellt. Hinsichtlich der Fragestellung, ob die Verteidigungsausgaben der Bundeswehr erhöht, verringert oder gleich bleiben sollten, sind für das Jahr 2015 – wie bereits im Vorjahr – deutliche Anteilssteigerungen derer zu beobachten, die sich für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aussprechen (vgl. Abbildung 9.1). Im Jahr 2015 ist, erstmals seit dem Beginn der vorliegenden Zeitreihenbetrachtung, die Mehrheit der Bundesbürger (51 Prozent) für mehr Verteidigungsausgaben. Rund ein Drittel (31 Prozent) votiert dafür, die Ausgaben gleich zu halten, und 13 Prozent sind der Ansicht, dass die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr verringert werden sollte.

Die Detailbetrachtung zeigt auf, dass sich 38 Prozent dafür aussprechen, dass das Verteidigungsbudget eher erhöht werden sollte, 13 Prozent votieren dafür, es stark zu erhöhen. Im direkten Vergleich mit den Daten aus dem Jahr 2014 wächst der Anteil der Befürworter erhöhter Verteidigungsausgaben um 19 Prozentpunkte an.

Abbildung 9.1: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2015.

Eine Betrachtung dieser Fragestellung nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen zeigt auf, dass der Anteil der Befürworter erhöhter Verteidigungsausgaben in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen deutlich überwiegt (vgl. Tabelle 9.1). Bei Männern oder Frauen, entlang der verschiedenen Altersgruppen, Bildungs- und Einkommensniveaus, Parteipräferenzen und Regionen überwiegt jeweils der Anteil derer, die sich für einen erhöhten Verteidigungsetat aussprechen.

Im Detail zeigen sich innerhalb der betrachteten Gruppen jedoch auch Unterschiede. Die größten Differenzen ergeben sich bezüglich des Geschlechts und der Parteipräferenz. Männer sprechen sich signifikant häufiger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus als Frauen (58 Prozent vs. 45 Prozent). Die Anhänger von CDU/CSU sowie der SPD sind eher für einen erhöhten Verteidigungshaushalt als Wählerinnen und Wähler von Bündnis 90/Die Grünen. Während die Unterschiede bezüglich der Altersgruppen und regionalen Herkunft statistisch signifikant sind, zeigen sich hinsichtlich Bildungs- und Einkommensniveau keine signifikanten Unterschiede.

Tabelle 9.1: Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Sollten erhöht werden ¹	Sollten gleichbleiben	Sollten verringert werden ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	51	31	13	5
Geschlecht ***				
Männer	58	27	11	4
Frauen	45	34	15	6
Alter *				
16 bis 29 Jahre	47	31	15	(7)
30 bis 49 Jahre	54	28	14	(4)
50 bis 69 Jahre	51	32	11	(5)
70 Jahre und älter	52	32	(10)	(7)
Bildungsniveau n.s.				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	52	28	15	(5)
Realschulabschluss	52	30	12	(5)
Hauptschulabschluss	50	32	12	6
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.				
4.001 Euro und mehr	(49)	(36)	(11)	(5)
2.001 bis 4.000 Euro	54	30	11	(4)
Bis 2.000 Euro	48	32	14	6
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	57	30	8	(5)
SPD	56	29	12	(3)
Bündnis 90/Die Grünen	43	28	26	(3)
Die Linke	(36)	(28)	(31)	(5)
FDP	(51)	(27)	(16)	(5)
AfD	(49)	(33)	(13)	(5)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	51	31	(10)	(8)
Region *				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	52	32	(12)	(4)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	45	33	14	(8)
Süddeutschland (BW, BY)	52	29	13	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	53	30	12	(5)

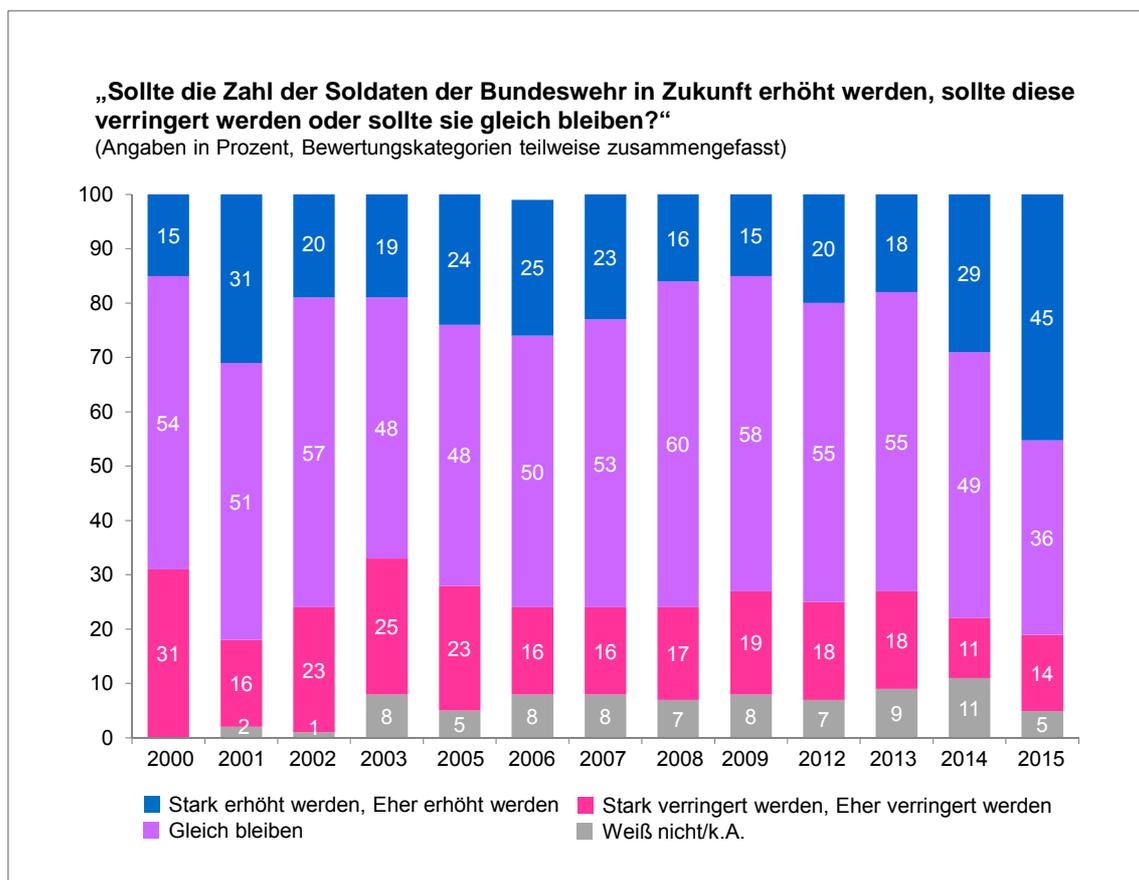
Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Ein ähnliches Bild weist die Frage nach dem Personalumfang der Bundeswehr auf (vgl. Abbildung 9.2). Im Jahr 2015 sprechen sich 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dafür aus, den Personalumfang der Bundeswehr zu erhöhen (davon 34 Prozent für „Eher erhöht“ und 11 Prozent für „Stark erhöht“ werden). Etwas mehr als ein Drittel ist der

Ansicht, dass die Personalstärke gleich bleiben sollte (36 Prozent), und 14 Prozent vorziehen dafür, den Personalumfang der Bundeswehr zu verringern (davon 10 Prozent für „Eher verringert“ und 4 Prozent für „Stark verringert“ werden). Hier zeigt sich, analog zu den Verteidigungsausgaben, im Vergleich mit den Vorjahresdaten ein großer Zuwachs der Personen, die dafür sind, die Bundeswehr personell zu vergrößern (+16 Prozentpunkte). Die Betrachtung dieser Fragestellung nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen ergibt eine sehr ähnliche Verteilung wie bei der vorangegangenen Frage, der zukünftigen Gestaltung der Verteidigungsausgaben (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Abbildung 9.2: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2015.

Welche Gründe könnten diesen Änderungen im Meinungsbild zugrunde liegen? Warum sprechen sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und eine Erhöhung des Personalumfangs der Bundeswehr aus? Zur weiteren statistischen Analyse werden zunächst drei Gruppen möglicher Einflussfaktoren identifiziert und der statistische Zusammenhang dieser Va-

riablen mit der Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie des Personalumfangs der Bundeswehr mittels einer Korrelationsanalyse überprüft. Schließlich erfolgt die Bildung eines multivariaten Untersuchungsmodells (logistische Regression), das Aufschluss darüber geben soll, welche Einflussfaktoren die Chance erhöhen, dass eine Vergrößerung des Verteidigungsetats bzw. des Personalumfangs der Bundeswehr befürwortet wird.

Die erste Gruppe möglicher Einflussfaktoren bilden soziodemografische Merkmale der Befragten (Geschlecht, Alter und Bildungsniveau). Als zentrale politische Einstellung kommt die ideologische Selbsteinschätzung (Links-Rechts-Skala) hinzu. Weiterhin denkbar ist der Einfluss der allgemeinen Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr (persönliche Einstellung zur Bundeswehr, Bewertung Wichtigkeit der Streitkräfte für die Bundesrepublik Deutschland, persönliches Ansehen der Bundeswehr, Bewertung von Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr). Als dritte Gruppe schließlich wird der Einfluss der sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürger betrachtet (Interesse Verteidigungspolitik, Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Einschätzung der persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Sicherheitslage, Bedrohungswahrnehmungen, Einschätzung der außenpolitischen Verantwortung Deutschlands, die Befürwortung einer aktiven deutschen Außenpolitik, Einstellung zu Einsätzen der Bundeswehr als Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik).

Als probates Mittel, um zu entscheiden, welche der genannten Einflussfaktoren in das multivariate Analysemodell aufgenommen werden sollen, dient die Korrelationsanalyse. Diese zeigt, dass sich für die soziodemografischen Variablen nur geringe Korrelationen ergeben. Mittlere bis hohe Korrelationen ergeben sich hingegen für verschiedene Variablen zur allgemeinen Einstellung bzw. zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellung der Bundesbürger. Die Variablen, für die sich mindestens eine mittlere Korrelation ergibt ($r \geq 0,3$), werden in das multivariate Analysemodell aufgenommen.¹³

Die in Tabelle 9.2 zusammengestellten Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die in die Analyse einbezogenen Variablen positiv und zum größten Teil signifikant auf die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie auf die Zustimmung zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr auswirken. Betrachtet man die

¹³ Spearmans Rho (Verteidigungsausgaben/Personalumfang der Bundeswehr): Persönliche Einstellung zur Bw = 0,47/0,43; Wichtigkeit der Bw = 0,47/0,43; Persönliches Ansehen der Bw = 0,46/0,45; Interesse Verteidigungspolitik = 0,39/0,35; Informationsstand Auslandseinsätze = 0,35/0,31; Einstellung zu Einsätzen der Bundeswehr als Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik = 0,32/0,32. Alle Korrelationen sind signifikant auf dem 0.001-Niveau.

Odds Ratios, also das Chancenverhältnis, wird deutlich, dass die Chance, der Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bundeswehr zuzustimmen, insbesondere dann steigt, wenn die Befragten angeben, dass sie die Bundeswehr als wichtig für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnen, Interesse an Verteidigungspolitik haben oder eine persönlich positive Einstellung zur Bundeswehr vertreten. Für diese Personen ist die Chance, der Erhöhung des Verteidigungsetats zuzustimmen, zwischen vier- und siebenmal so hoch wie für die Personen, die Gegenteiliges behaupten. Auf die Zustimmung zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr wirkt sich insbesondere das Ansehen aus, das der Bundeswehr persönlich entgegengebracht wird sowie das Interesse an Verteidigungspolitik und die Einschätzung der Bundeswehr als wichtigem Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Auch in diesem Fall erhöht sich die Zustimmungschance um das vier- bis siebenfache.

Tabelle 9.2: Determinanten der Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben bzw. zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr

	Zustimmung: Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bundeswehr	Zustimmung: Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr
Allgemeine Einstellung zur Bundeswehr		
Persönliche Einstellung	1,50*** (0,34) / [4,49]	0,32 ^{n.s.} (0,34) / [1,38]
Wichtigkeit der Bundeswehr	1,88*** (0,27) / [6,55]	1,45*** (0,27) / [4,26]
Persönliches Ansehen der Bundeswehr	0,92** (0,30) / [2,50]	1,93*** (0,31) / [6,90]
Sicherheits- u. verteidigungspolitische Einstellungen		
Interesse Verteidigungspolitik	1,66*** (0,22) / [5,25]	1,49*** (0,21) / [4,45]
Informationsstand Auslandseinsätze	0,65** (0,20) / [1,92]	0,44* (0,20) / [1,56]
Einsätze als außenpolitisches Mittel	1,04*** (0,22) / [2,83]	1,09*** (0,21) / [2,99]
Konstante	-4,73*** (0,24) / [0,01]	-4,49*** (0,23) / [0,01]
Nagelkerkes R ²	0,33	0,29
N	2 381	2 381

Anmerkungen: Binäre logistische Regressionen, ausgewiesen sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten (Odds) mit Standardfehlern in Klammern sowie Odds Ratios in eckigen Klammern. Alle Variablen wurden auf den Wertebereich 0 bis 1 recodiert. Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Die vorangegangene Analyse zeigt, dass der Zuspruch der Bundesbürger zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben und einer Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr zum Teil durch allgemeine Einstellungen zur Bundeswehr und sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen zu erklären ist. Je positiver diese Einflussfaktoren bei den Befragten ausgeprägt sind, desto eher werden von ihnen auch finanzielle bzw. personelle Aufstockungen der Bundeswehr befürwortet.

10 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

Meike Wanner

Im Rahmen der Verteidigungspolitischen Richtlinien werden Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr als ein Teil gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge beschrieben. Als Auftrag der Bundeswehr wird zuerst der Schutz der Bürgerinnen und Bürger benannt. Als weitere relevante Aufgabenbereiche gelten die Sicherung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Verteidigung von Verbündeten, die Wahrung von Stabilität und Partnerschaft im internationalen Rahmen sowie die Förderung der multinationalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration. Vor diesem Hintergrund werden der Bundeswehr vielfältige Aufgabenbereiche zugesprochen: Landesverteidigung als Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO, internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, Beteiligung an militärischen Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, Beiträge zum Heimatschutz, also Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, Rettung, Evakuierung sowie Geiselnbefreiung und humanitäre Hilfe im Ausland (Bundesministerium der Verteidigung 2011).

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2015 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Tabelle 10.1). Acht von zehn Bundesbürgern (82 Prozent) befürworteten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren. Jeweils sieben von zehn Bürgerinnen und Bürgern befürworteten außerdem den Einsatz der Bundeswehr, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren (jeweils 73 Prozent) und um einen Völkermord zu verhindern (67 Prozent). Diese vier Aufgabenbereiche werden, wie im vergangenen Jahr, von der Bevölkerung am stärksten befürwortet. Von Relevanz erscheinen demnach insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger.

Weiterhin befürworteten jeweils sechs von zehn Bürgerinnen und Bürgern den Einsatz der Bundeswehr, um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands (jeweils 62 Prozent), um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wurde und um die Lage

in einer Krisenregion zu stabilisieren (jeweils 60 Prozent). Insbesondere das Aufgabenfeld „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ hat im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutsamkeit in der Wahrnehmung der Bevölkerung zugelegt. Während es 2014 Rang 8 hinsichtlich der Zustimmung durch die Bundesbürger belegte, rangiert es aktuell auf dem 5. Platz. Bezüglich etwaiger Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inland ist davon auszugehen, dass mögliche verfassungsrechtliche und gesetzliche Beschränkungen von Inlandseinsätzen der Bundeswehr den Bürgerinnen und Bürgern entweder unbekannt sind oder dass sie bei der Bewertung außer Acht gelassen werden.

Tabelle 10.1: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

„Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren.	82	11	6	1
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	73	16	9	1
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	73	15	10	2
um einen Völkermord zu verhindern.	67	20	11	2
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	62	22	14	2
zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands.	62	19	17	2
um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wurde.	60	24	14	1
um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren.	60	23	16	2
um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen.	55	24	18	2
um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird.	54	26	17	2
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	54	23	20	3
um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen.	51	25	22	2

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Auch die Aufgabenbereiche, die hinsichtlich der Zustimmung durch die Bevölkerung die letzten Ränge in der vorliegenden Betrachtung belegen, werden jeweils mehrheitlich befürwortet. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist für den Einsatz der Bundeswehr, um gegen Länder, die Deutschland oder seine Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen (55 Prozent), um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (jeweils 54 Prozent) und um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (51 Prozent). Zwar belegt der Aufgabenbereich „in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen“ wie im Vorjahr den letzten Rang, konnte aber hinsichtlich der Zustimmungswerte

deutlich zulegen und wird im Jahr 2015 erstmals mehrheitlich befürwortet (Zuwachs im Vergleich zu 2014: +14 Prozentpunkte).

Deutlich wird insgesamt, dass der Einsatz militärischer Gewalt prinzipiell kein Tabuthema für die Deutschen darstellt. Die Akzeptanz militärischer Gewalt ist dann am größten, wenn Deutschland bzw. deutsche Staatsbürger bedroht sind oder wenn das Leid, das aus einem Nichteingreifen der Bundeswehr erwachsen könnte, zu groß ist und damit eine moralische Verpflichtung zur Hilfeleistung empfunden wird. Aktuelle Entwicklungen und Berichterstattungen, z.B. über Terroranschläge oder die Flüchtlingskrise, tragen sicherlich ihren Teil dazu bei, dass Aufgabenbereiche, die zuvor kritischer betrachtet wurden, stärker befürwortet werden. Aus dieser prinzipiellen Bereitschaft, der Bundeswehr weitere Aufgaben zuzuweisen, erwächst jedoch keineswegs die Zustimmung zu jeder Art von Auslandsmission, wie der folgende Abschnitt 11 zeigt.

11 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Meike Wanner

Mit einer wechselnden sicherheitspolitischen Lage verändert sich auch das Aufgabenspektrum der Bundeswehr. Um Auswirkungen von Krisen und Konflikten in einer globalisierten Welt auf Distanz zu halten, kann der Einsatz der Bundeswehr auch in weit entfernten Gebieten notwendig werden. Damit einher geht der stetige Wandel der Bundeswehr zu einer Armee für internationale Einsätze weltweit. Im Jahr 2015 beteiligte sich die Bundeswehr an mehreren Missionen im Ausland mit rund 3 040 Soldatinnen und Soldaten (Bundeswehr 2015a). Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Einsatzkontingente um insgesamt 780 Soldatinnen und Soldaten erhöht.

Rund zwei Drittel (63 Prozent) der im Auslandseinsatz befindlichen Soldaten verteilen sich auf die Einsätze Resolute Support in Afghanistan (996 Soldatinnen und Soldaten)¹⁴ und KFOR im Kosovo (907 Soldatinnen und Soldaten) (Bundeswehr 2015a). Seit Januar 2015 beteiligt sich die Bundeswehr an der ISAF-Folgemission Resolute Support zur Ausbildung und Unterstützung afghanischer Sicherheitskräfte und zur Stabilisierung Afghanistans. Die KFOR-Mission im Kosovo, in der sich die Bundeswehr seit 1999 engagiert, hat den Auftrag, ein sicheres Umfeld im Kosovo aufzubauen und zu erhalten, einschließlich der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und Ordnung (Bundeswehr 2015b).

Die Kontingentstärke der übrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr ist deutlich geringer. 7 bzw 8 Prozent der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz dienen in der Türkei (Active Fence: 251 Soldatinnen und Soldaten), im Rahmen der Mission EUNAVFOR MED im Mittelmeer (216 Soldatinnen und Soldaten)¹⁵ und in Mali (EUTM: 207 Soldatinnen und Soldaten) (Bundeswehr 2015a). Seit 2012 beteiligt sich die Bundeswehr an der Stationierungsmission von Flugabwehrsystemen des Typs Patriot zum Schutz türkischen Territoriums gegen syrische Raketen (das aktuelle Mandat ist bis Januar 2016 befristet). Seit Juni 2015 beteiligt sich die Bundeswehr an EUNAVFOR

¹⁴ Während eines Kontingentwechsels kann die Mandatsobergrenze vorübergehend überschritten werden.

¹⁵ Im Rahmen der vorliegenden Befragung wurde die Mission EUNAVFOR MED als Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer benannt, da aufgrund der Verwendung dieses Begriffs in den Medien davon auszugehen war, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem eigentlichen Missionsnamen wenig anfangen können.

MED (European Union Naval Force Mediterranean) im Mittelmeer (im Folgenden: Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer), zur Aufklärung von Schleusernetzwerken, der Zerstörung von Booten, die von Schleppern genutzt werden und der Rettung von Flüchtlingen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten sind. Seit 2013 beteiligen sich die deutschen Streitkräfte zudem an der Ausbildungsmission von Streitkräften und Sanitätern zur Stabilisierung Malis (Bundeswehr 2015b).

Die Einsätze, auf die im Vergleich die geringsten Einsatzkontingente entfallen (zwischen 3 und 5 Prozent der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz), sind die Anti-Piraterie Mission vor der Küste Somalias (ATALANTA: 162 Soldatinnen und Soldaten), die Mission zur Kontrolle der Seewege und zur Unterbindung des Waffenschmuggels vor der Küste des Libanons (UNIFIL: 110 Soldatinnen und Soldaten) sowie die Ausbildungsunterstützungsmission im Irak (94 Soldatinnen und Soldaten) (Bundeswehr 2015a, 2015b).

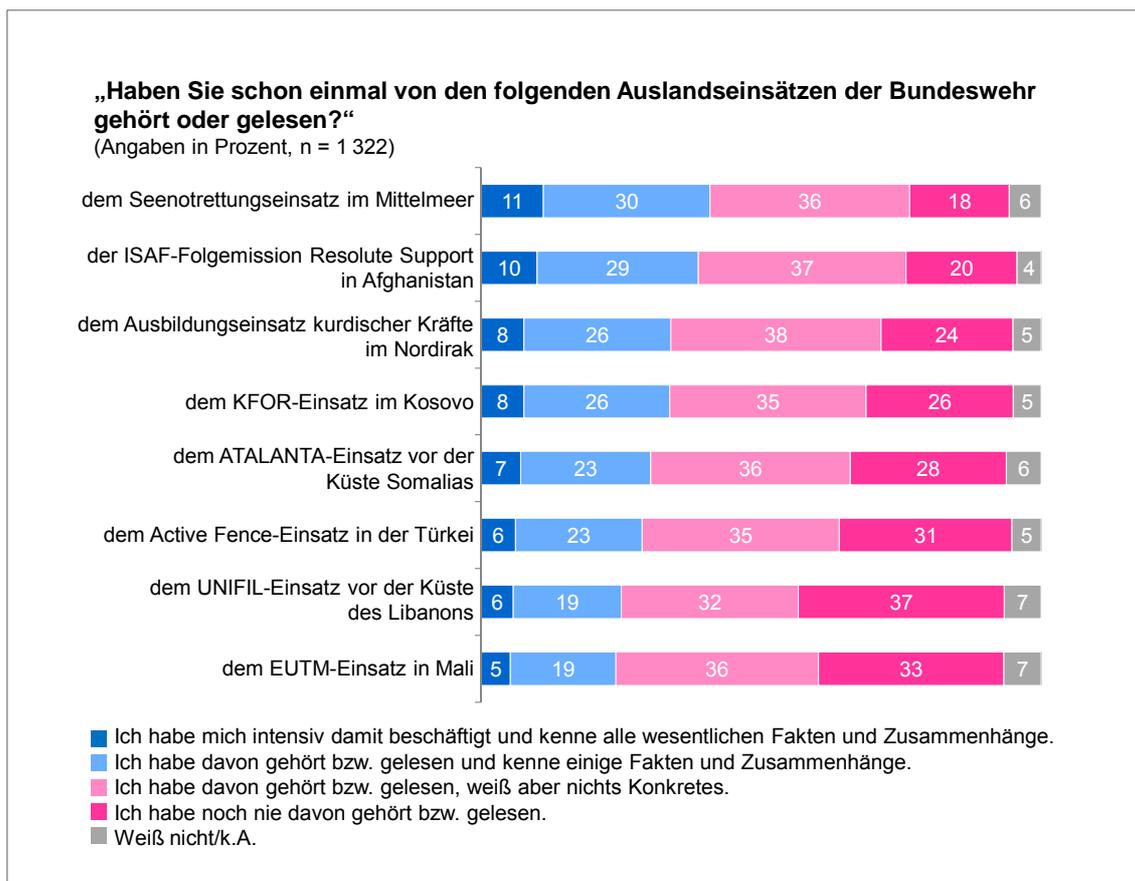
Doch wie bekannt sind der deutschen Bevölkerung die einzelnen Auslandseinsätze und wie sieht es hinsichtlich der Zustimmung einer Beteiligung der Bundeswehr an den unterschiedlichen Auslandsmissionen aus? Welche Einsätze und Einsatzziele werden unterstützt, welche eher kritisch gesehen?

Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandseinsätze innerhalb der Bevölkerung zeigt auf, dass Fakten und Zusammenhänge rund um die Einsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung mehrheitlich nicht bekannt sind. Zwischen 54 und 69 Prozent der Befragten geben an, dass sie nichts oder nichts Konkretes über die Auslandseinsätze der Bundeswehr wissen (vgl. Abbildung 11.1).

Die Bürgerinnen und Bürger, die etwas über die Auslandseinsätze der Bundeswehr wissen, geben an, dass ihnen am ehesten Fakten und Zusammenhänge rund um den Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer sowie die ISAF-Folgemission Resolute Support bekannt sind. Rund vier von zehn Bundesbürgern sind alle oder einige Fakten rund um diese Einsätze bekannt (41 bzw. 39 Prozent).

Rund einem Drittel der Bundesbürger sind jeweils alle oder einige Fakten zu der Ausbildungsmission im Nordirak, zum KFOR-Einsatz im Kosovo, zum ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias sowie zum Active Fence-Einsatz in der Türkei bekannt (zwischen 29 und 34 Prozent). Nur noch rund ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger kennt alle oder einige Fakten und Zusammenhänge rund um den UNIFIL-Einsatz vor der Küste des Libanons (25 Prozent) und dem EUTM-Einsatz in Mali (24 Prozent).

Abbildung 11.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr

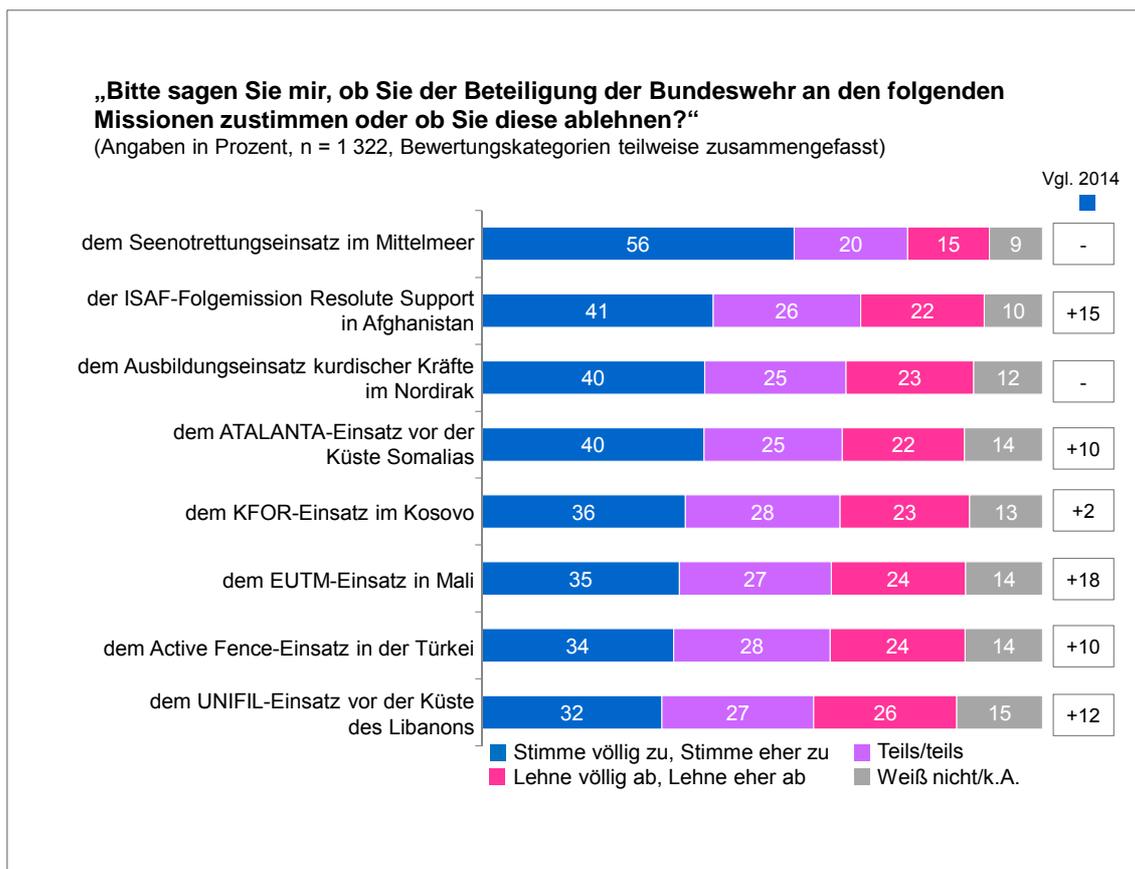


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verdeutlicht, dass die in 2015 bekannteste Mission, der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer, auch als einziger Einsatz der Bundeswehr mehrheitlich Zustimmung durch die Bevölkerung erfährt (56 Prozent) (vgl. Abbildung 11.2). Als Mission mit einem eindeutig humanitären Charakter und einem klar umrissenen Einsatzzweck stellt der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer die Art von Auslandseinsatz dar, in der die deutsche Bevölkerung die eigenen Soldaten in der Rolle von Helfern weiß und gerne sieht.

Jeweils vier von zehn Befragten befürworteten außerdem die Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Folgemission Resolute Support in Afghanistan (41 Prozent), dem Ausbildungseinsatz kurdischer Kräfte im Nordirak sowie dem ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias (jeweils 40 Prozent). Weniger stark werden die KFOR-Mission im Kosovo, der EUTM-Einsatz in Mali, der Active Fence-Einsatz in der Türkei und der UNIFIL-Einsatz vor der Küste des Libanons unterstützt (zwischen 32 und 36 Prozent).

Abbildung 11.2: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr



Anmerkungen: Werte für die Einsätze Resolute Support und ISAF nur eingeschränkt vergleichbar.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Vergleicht man für die seit längerem laufenden Einsätze der Bundeswehr die Entwicklung der Zustimmung mit dem Vorjahr, zeigt sich ein genereller Anstieg. Ist er bei KFOR mit zwei Prozentpunkten noch moderat, ergeben sich für Resolute Support, ATALANTA, Active Fence und UNIFIL Zuwächse zwischen 10 und 15 Prozentpunkten. Spitzenreiter ist aber der EUTM-Einsatz, für den sich der Anteil derjenigen, die ihn positiv bewerten, von 17 auf 35 Prozent verdoppelt hat. Dieser Anstieg sollte allerdings nicht überbewertet werden: Bewertungen der Auslandseinsätze in der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw bzw. SOWI werden seit 2005 abgefragt. Ein Blick auf die gesamte Zeitreihe zeigt teilweise deutliche Schwankungen von Jahr zu Jahr (tabellarisch bzw. grafisch nicht ausgewiesen). Hinzu kommt, dass die Zustimmungsraten 2015 für ISAF/Resolute Support, KFOR, ATALANTA und UNIFIL im langjährigen Vergleich immer noch zu den niedrigsten beobachteten Werten gehören (vgl. z.B. Wanner/Biehl 2014).

Tabelle 11.1: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Bedeutung von Wissen

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
Seenotrettungseinsatz (Mittelmeer) ***				
Wissen vorhanden ³	74	17	(7)	(2)
Wissen nicht vorhanden ⁴	45	24	20	11
Ausbildungsmision (Irak) ***				
Wissen vorhanden	64	23	12	(1)
Wissen nicht vorhanden	29	27	29	15
EUTM (Mali) ***				
Wissen vorhanden	64	22	(13)	(1)
Wissen nicht vorhanden	27	30	28	15
ATALANTA (Somalia) ***				
Wissen vorhanden	64	20	14	(3)
Wissen nicht vorhanden	31	28	26	16
Resolute Support (Afghanistan) ***				
Wissen vorhanden	62	22	15	(1)
Wissen nicht vorhanden	29	29	28	15
KFOR (Kosovo) ***				
Wissen vorhanden	60	22	17	(1)
Wissen nicht vorhanden	25	31	26	17
UNIFIL (Libanon) ***				
Wissen vorhanden	59	22	16	(3)
Wissen nicht vorhanden	24	30	30	16
Active Fence (Türkei) ***				
Wissen vorhanden	57	27	(14)	(1)
Wissen nicht vorhanden	25	29	29	16

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst; 3) Anteile „Kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ wurden zusammengefasst; 4) Anteile „Habe noch nie davon gehört oder gelesen“ und „Habe davon gehört oder gelesen, weiß aber nichts Konkretes“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

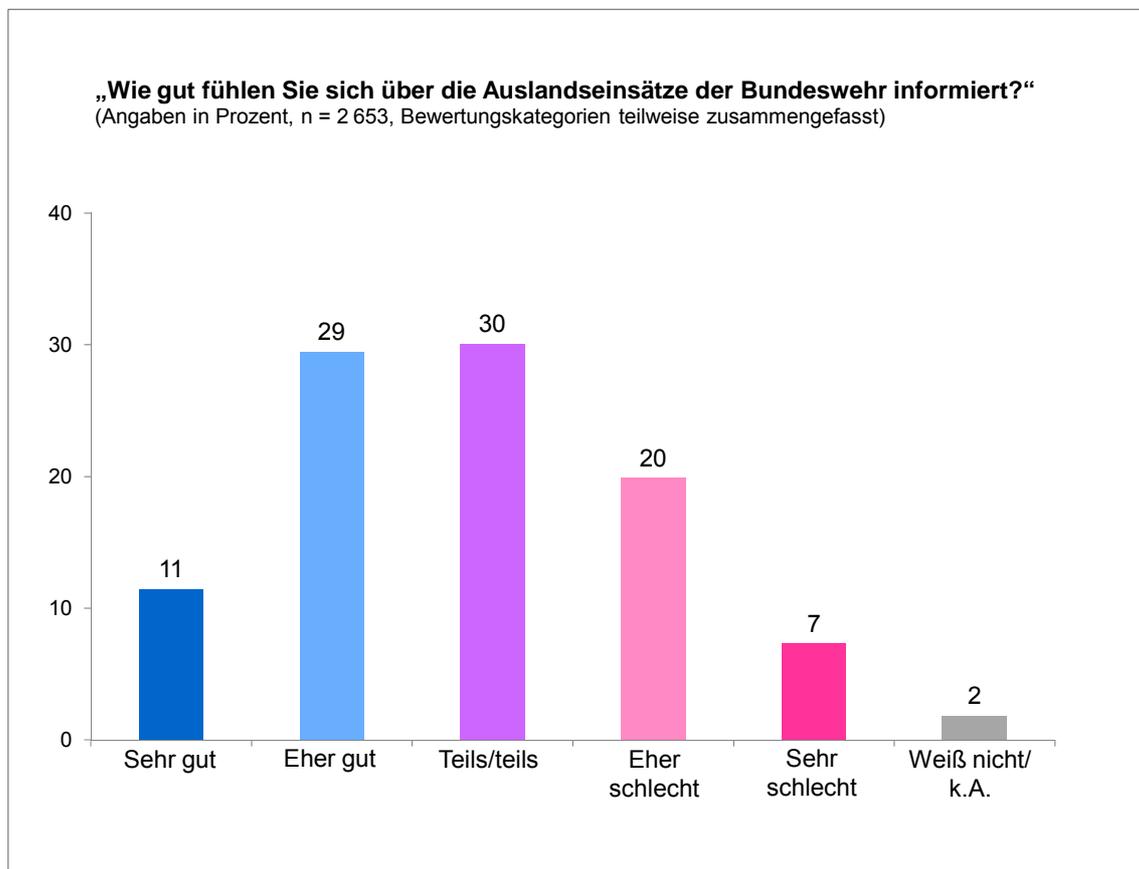
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Ob zwischen dem Wissen über und der Zustimmung zu den unterschiedlichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr ein Zusammenhang besteht, kann mittels einer Korrelationsanalyse festgestellt werden. Es zeigt sich für alle betrachteten Auslandseinsätze der Bundeswehr, dass zwischen dem jeweiligen Wissen und Zustimmungswerten der verschiedenen Auslandsmissionen ein mittlerer positiver Zusammenhang nachgewiesen

werden kann.¹⁶ Das bedeutet, dass mehr Wissen über die Einsätze zu größerer Zustimmung führt.¹⁷

Der direkte Vergleich von Personen mit subjektivem und ohne subjektives Wissen über die einzelnen Auslandseinsätze der Bundeswehr verdeutlicht, dass die Anteilswerte der Zustimmung zu den unterschiedlichen Bundeswehrmissionen bei den Personen, die angeben, dass sie über einige oder alle Fakten und Zusammenhänge informiert sind, um 29 bis 37 Prozentpunkte höher ist (vgl. Tabelle 11.1). Das Wissen der Bürgerinnen und Bürger um die Gründe und Zielsetzungen der Einsätze erscheint folglich als wichtiger Einflussfaktor für die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung des Bundeswehrens im Ausland.

Abbildung 11.3: Selbsteinschätzung Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr



¹⁶ Spearman's Rho: Ausbildungsmission (Irak) = 0,32; ATALANTA (Somalia) = 0,29; Active Fence (Türkei) = 0,29; UNIFIL (Libanon) = 0,29; EUTM (Mali) = 0,29; Resolute Support (Afghanistan) = 0,28; KFOR (Kosovo) = 0,28; ATALANTA (Somalia) 0,27; Seenotrettungseinsatz (Mittelmeer) = 0,27. Alle Korrelationen sind signifikant auf dem 0.001-Niveau.

¹⁷ Zu beachten ist, dass es sich bei dem berichteten Wissen um Selbstauskünfte der Befragten handelt. Es kann vermutet werden, dass diese, aufgrund sozialer Erwünschtheitsprozesse, die in einer Interviewsituation entstehen können, überschätzt werden.

Doch wie gut fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger insgesamt über die Auslandseinsätze informiert? Die entsprechende Frage ergibt, dass sich 11 Prozent der Bundesbürger sehr gut und 29 Prozent eher gut informiert fühlen (vgl. Abbildung 11.3). Damit bezeichnen lediglich vier von zehn Bundesbürgern ihr Wissen über alle Auslandsmissionen der Bundeswehr zusammen als gut. Knapp ein Drittel (30 Prozent) bezeichnet den eigenen Informationsstand über die Auslandseinsätze als „teils/teils“ und 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geben an, dass sie sich insgesamt schlecht informiert fühlen (davon 20 Prozent „eher schlecht“ und 7 Prozent „sehr schlecht“).

Die Detailbetrachtung nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen zeigt auf, dass jeder zweite Mann (50 Prozent), Personen der Altersgruppe 50 bis 69 Jahre (46 Prozent), Anhänger von CDU/CSU sowie der SPD (45 bzw. 44 Prozent) und Personen aus dem Westen und Osten Deutschlands (46 bzw. 44 Prozent) den eigenen Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr als insgesamt gut bezeichnen (vgl. Tabelle 11.2). Weiterer Informationsbedarf besteht, laut der Selbsteinschätzung der Befragten, am ehesten bei Frauen, den Jüngeren (16 bis 29 Jahre), den Nichtwählern und den Süddeutschen. Die Anteile der Personen dieser Gruppen, die den eigenen Informationsstand über die Auslandsmissionen der Bundeswehr als schlechter bewerten, liegen zwischen 32 und 34 Prozent.

Auf die Folgefrage, ob sich die Bundesbürger weitere Informationen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr wünschen, antworten 35 Prozent mit ja (davon 10 Prozent ja und 25 Prozent eher ja), 29 Prozent mit teils/teils und 32 Prozent mit nein (davon 12 Prozent nein und 20 Prozent eher nein) (vgl. Abbildung 11.4).

Die differenzierte Betrachtung dieser Fragestellung nach der Einschätzung des eigenen Informationsstands zeigt auf, dass sich am ehesten die Personen ausführlichere Informationen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr wünschen, die sich als gut informiert bezeichnen (41 Prozent). Personen, die sich nach eigenen Angaben schlecht oder teils/teils informiert fühlen, wünschen sich hingegen weniger häufig weitere Informationen zu den Auslandsmissionen (schlecht Informierte: 33 Prozent, mittelmäßig Informierte: 29 Prozent) (tabellarisch nicht dargestellt). Ein noch deutlicheres Bild zeigt sich zudem für die differenzierte Betrachtung dieser Fragestellung nach dem verteidigungspolitischen Interesse der Befragten. Personen die angeben, dass sie sich stark für Verteidigungspolitik interessieren, wünschen sich signifikant häufiger weitergehende Informationen, als Personen die sich mäßig oder überhaupt nicht für Sicherheitspolitik interessieren (Verteidigungspolitisches Interesse: stark 58 Prozent, mittel 33 Prozent, gering 12 Prozent). Eine mögliche Erklärung für diese Ergebnisse könnte sein, dass es sich bei

dem Thema Auslandseinsätze, wie bei vielen anderen Themen aus dem Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um einen sehr komplexen Gegenstand handelt, der sich Personen mit geringen Vorkenntnissen nicht ohne Weiteres erschließt (Wagner/Biehl 2013: 25).

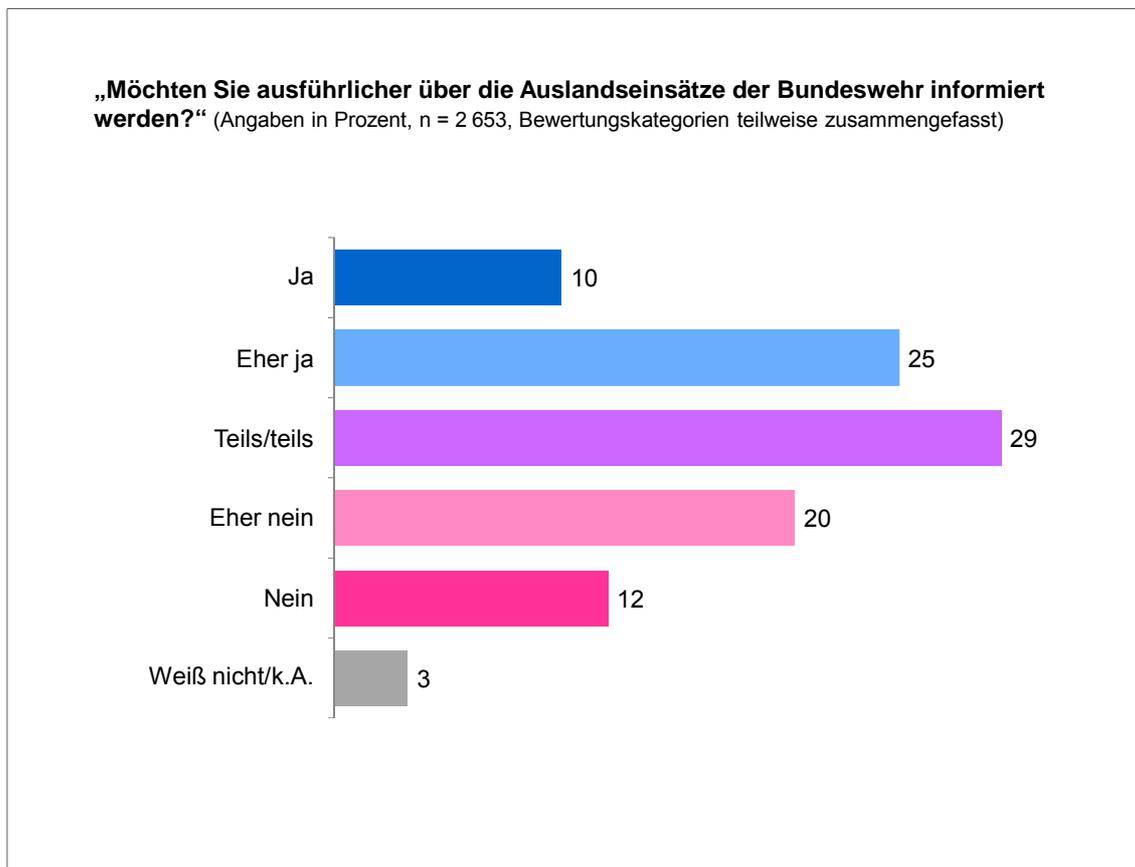
Tabelle 11.2: Selbsteinschätzung Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr

„Wie gut fühlen Sie sich über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert?“ (Angaben in Prozent)				
	Gut ¹	Teils/teils	Schlecht ²	Weiß nicht/ k.A.
Insgesamt	41	30	27	(2)
Geschlecht ***				
Männer	50	29	20	(1)
Frauen	33	31	34	(3)
Alter **				
16 bis 29 Jahre	35	29	33	(2)
30 bis 49 Jahre	41	31	26	(1)
50 bis 69 Jahre	46	29	24	(2)
70 Jahre und älter	38	31	29	(2)
Bildungsniveau ^{n.s.}				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	43	30	26	(1)
Realschulabschluss	41	30	27	(2)
Hauptschulabschluss	42	30	25	(2)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *				
4.001 Euro und mehr	39	28	30	(2)
2.001 bis 4.000 Euro	43	31	25	(1)
Bis 2.000 Euro	(46)	(33)	(18)	(2)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	45	30	23	(2)
SPD	44	29	25	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	36	34	29	(1)
Die Linke	41	(21)	(36)	(2)
FDP	(46)	(30)	(19)	(5)
AfD (Alternative für Deutschland)	(29)	(39)	(32)	(0)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	39	26	32	(2)
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	38	37	24	(2)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	44	29	26	(1)
Süddeutschland (BW, BY)	34	31	32	(2)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	46	27	26	(2)

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Sehr gut“ und „Eher gut“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr schlecht“ und „Eher schlecht“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Abbildung 11.4: Interesse an ausführlicheren Informationen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015.

Insgesamt zeigt sich auf Basis der Ergebnisse dieses Abschnitts eine gewisse Distanz der Deutschen zu den Auslandsmissionen der Bundeswehr. Die Bürgerinnen und Bürger wissen häufig nichts Konkretes über die Gründe und Zielsetzungen der Auslandseinsätze. Dabei zeigen statistische Analysen, dass gerade das Wissen über Fakten und Zusammenhänge der Auslandseinsätze, die gesellschaftliche Akzeptanz und Zustimmung der Beteiligung der Bundeswehr an den unterschiedlichen Missionen positiv beeinflusst. Insgesamt scheint vor diesem Hintergrund eine offensive, authentische und zielgruppengerechte Kommunikationsstrategie im Hinblick auf die Vermittlung von Sinn und Zweck der Auslandseinsätze angeraten, um das Interesse der Bundesbürger stärker zu wecken, Informationsdefizite in der Bevölkerung zu reduzieren und damit die Grundlage für gesellschaftliche Akzeptanz der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandsmissionen zu schaffen.

Literaturverzeichnis

- Armbrorst, Andreas (2014): Sicherheitsforschung. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten. Münster: Lit Verlag: 31-52.
- Arson, Elliot/Wilson, Timothy D./Akert, Robin M. (2008): Sozialpsychologie. 6., akt. Aufl. München: Pearson.
- Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger/Giegerich, Bastian/Jacobs, Jörg/Jonas, Alexandra (2011): Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Biehl, Heiko/Schoen, Harald (2015): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS.
- Biemer, Paul P. (2010): Overview of Design Issues: Total Survey Error. In: Marsden, Peter V./Wright, James D. (Hg.): Handbook of Survey Research, 2. Aufl. Bingley: Group Publishing Limited Emerald: 27-57.
- Bortz, Jürgen (1999): Statistik für Sozialwissenschaftler. 5., vollst. überarb. u. akt. Aufl. Berlin/Heidelberg/New York: Springer.
- Brunner, Otto (Hg.) (1984): Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 5: Pro – Soz.
- Bulmahn, Thomas/Wanner, Meike (2013): Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2013 zum Image der Bundeswehr sowie zur Wahrnehmung und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Bundesministerium der Verteidigung (2011): Die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 (27.05.2011). <http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg!/ut/p/c4/LYsxEOAgDATf4gdIbcv1MYBzcQbMDgQ8ftSONtssUsrddQ3iDdk9YlmWnaM4XXhauIq9pPLYbB65wRDdF6FQzZ2R47PxdqtcTHGAXIU_q72byv9tgQFK91xGj6tRgx1/> [03.12.2015].
- Bundesministerium der Verteidigung (2015): Trendwende bei den Verteidigungsausgaben (10.09.2015). <http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg!/ut/p/c4/NYuxDsIwDET_yE4KUgVbqy6sLLRsaRtFRk1cGacsfDzJwJ30hns6fGJpcgcFp8TJbTjitNB1_sAcjwAvzIjWiJTorV4oR3zUz-ph4eS1Un1SKgzilAV2Ft2qySLFAK04GTv0xpp_7Ldr2st5PLXNcOvvuMfY_QCHgeq6/> [04.12.2015].
- Bundeswehr (2015a): Einsatzzahlen – Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente (27.11.2015). <

- Bundeswehr (2015c): Link zur Attraktivitätsagenda „Bundeswehr in Führung“. <http://www.bundeswehr.org/portal/a/bworg!/ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9pPL8onS9zMTsktLUnBy9tNLUjKLSvPT4stSi8sScEiATqCQ-LS9dvyDbUREAhSKeFQ!!/> [08.12.2015].
- Daase, Christopher (2010): Sicherheitskultur im Wandel. Ein Forschungsprojekt an der Goethe-Universität Frankfurt, Statement auf der Veranstaltung des BMBF zur Vorstellung der Innovationsplattform „Gesellschaftliche Dimensionen der zivilen Sicherheitsforschung“, Bonn, 1.-2. Dezember 2010. <http://www.sicherheitskultur.org/fileadmin/files/Vortraege/2010-12-01_Vortrag.pdf> [24.06.2015].
- Daase, Christopher (2012): Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm. In: Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hg.): Sicherheitskultur: Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. Frankfurt am Main: Campus Verlag: 23-44.
- Fantapié Altobelli, Claudia/Hensel, David/Langhinrichs, Birthe/Mühlbach, Cordelia/Znanewitz, Judith (2015): Trendforschung zur Optimierung und Sicherstellung der externen Personalbedarfsdeckung der Bundeswehr. 1. Zwischenbericht: Ergebnisse der Referenzstudie. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität.
- Gigerenzer, Gerd (2013): Risiko. Wie man die richtigen Entscheidungen trifft. München: Bertelsmann Verlag.
- Gusy, Christoph (2010): Sicherheitskultur – Sicherheitspolitik – Sicherheitsrecht. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, 93, 111-128.
- Haverkamp, Rita (2014): Grundzüge eines Sicherheitsbarometers in Deutschland. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten. Münster: Lit Verlag: 15-30.
- Hentschel, Katrin (2013): Ergebnisse der Jugendstudie 2011. Berufswahl Jugendlicher und Einstellungen zum Arbeitgeber Bundeswehr. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Höfig, Chariklia (2014): „War for Talents“ – Die Attraktivitätsoffensive der Bundeswehr aus der Perspektive sozialwissenschaftlich-empirischer Untersuchungen. In: Bundeswehrverwaltung, 58, 249-252.
- Hummelsheim, Dina/Oberwittler, Dietrich (2014): Unsicherheitsgefühle und ihr Einfluss auf die Lebenszufriedenheit in Deutschland. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten. Münster: Lit Verlag: 53-74.
- Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhard/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schlepper, Christina (2014): Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.
- Maslow, Abraham (1943): A Theory of Human Motivation. In: Psychological Review, 50, 370-396.
- Meier, Ernst-Christoph/Nelte, Klaus-Michael/Huhn, Walter (Hrsg.) (2008): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld. 7., vollst. überarb. Aufl. Hamburg/Berlin/Bonn: Mittler.

- Noll, Heinz-Herbert (1994): Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger: Befunde zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 12, 5-8.
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden Baden: Nomos.
- Wagner, Achim/Biehl, Heiko (2013): Bundeswehr und Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63: 44, 23-30.
- Wanner, Meike/Biehl, Heiko (2014): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2013. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Windzio, Michael/Simonson, Julia/Pfeiffer, Christian/Kleimann, Matthias (2007): Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung. Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ist aus dem ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) am Standort Potsdam und dem ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) mit Sitz in Strausberg hervorgegangen. Damit ist aus zwei renommierten Wissenschaftseinrichtungen mit langjähriger Tradition ein neues wissenschaftliches Zentrum in Potsdam entstanden. Das ZMSBw betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zu den Autoren:

Dr. Heiko Biehl, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Chariklia Höfig, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Dr. Markus Steinbrecher, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Meike Wanner, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.